

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 2.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 3.00 Mk. halbjährlich 5.50 Mk. jährlich 10.00 Mk. ...

Die Insertions-Gebühr

Beträge für die Verlagsanstalt: 100 W. für politische und gesellschaftliche Artikel, 50 W. für kleine Anzeigen, 20 W. für Stellenanzeigen, 10 W. für ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 5. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Militärkabinett.

Der Ankauf und Bau der luxuriösen und kostspieligen Villa in der Viktoriastraße, der unter ironischer Beiseiteziehung des verfassungsmäßigen Budgetrechts des Reichstages erfolgt ist, lenkt wieder einmal die allgemeine Aufmerksamkeit auf die eigenartige Stellung des Militärkabinetts in mitten unseres Verfassungslebens.

So besonders auf dem Gebiete des Heerwesens; denn nie vergaß man, daß, wer die Vollgewalt über das Heer — diese „fürchtbare Waffe“ nach Herrn von Falkenhayn — besitzt, der wahre Herr im Staate ist.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

Man begann die Loslösung der Kommandogewalt von ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, indem man die bekannte Kabinettsorder des Jahres 1881 — 13 Jahre nach Einführung der Verfassung — erließ, durch die bestimmt wurde, welche Erlasse der Krone in Heeresangelegenheiten der Kriegsminister nicht gegenzeichnen sollte.

unser absolutistische Bureaokratie die größten Wirkungen. Von nun an dehnte sich der Geschäftsbereich des Kabinetts mehr und mehr aus, und jetzt erst machte sich allmählich das Bedürfnis erhellend vergrößerter Bureauräumlichkeiten geltend, die von Gottes und Rechts wegen in die Gebäude des Kriegsministeriums hineingehören.

Die Wehrheit des Reichstages mag ja in ihrer grotesken Harmlosigkeit der unverbündlichen Versicherung trauen, daß man sie nie wieder so vergewaltigen werde wie jetzt; bewilligt sie aber gegenwärtig die fürstliche Villa und die Weigabe der Bureauräumlichkeiten (diese sind in der Tat nur der Vorwand, das weentliche ist die Villa), so erkennt sie damit für alle Zeiten die staatsrechtliche Stellung des Militärkabinetts grundsätzlich an, erkennt ebenfalls an, daß die Kriegsminister berechtigt sind, jede Verantwortung, jede Auskunft über dessen Handlungen und Maßnahmen zu verweigern.

Daß die Kommandogewalt an sich dieses selbständigen Militärkabinetts nicht bedarf, beweist nicht nur der geschichtliche Sengang in Preußen, sondern vor allen Dingen das Beispiel der süddeutschen Staaten und Bayerns insbesondere, wo der Kriegsminister die persönlichen Angelegenheiten als oberster Chef mitverwaltet. Die Behauptung von der verfassungsmäßigen Stellung des preussischen Militärkabinetts ist blanke Lüge.

Bekanntlich ist es nicht das erste Mal, daß dieses den Reichstag verewaltigt und daß der Reichstag die Ohrfeige demütig eingenommen hat. Um die Wende des Jahrhunderts hatte er bekräftigt die Stellung des Kommandanten von Altona als „künftig fortfallend“ erklärt; sie wurde beim Abgang des Inhabers seelenruhig, ohne den Reichstag irgendwie zu befragen, vom Militärkabinett wieder besetzt.

Der Reichstag aber ließ sich durch einige Verhöhnungsspielen des Ministers, die ebenso vielen realen Wert hatten wie jetzt die des Herrn von Falkenhayn, beschwichtigen. Man sieht, wie sehr die „bitteren Erfahrungen“ der Militärverwaltung nützen. Sie wird durch solche Nachgebildeten nur immer anwachsender.

Wer jetzt der Versicherung glaubt, daß ähnliche Dinge nie wieder vorkommen werden, der ist ein Narr und gehört nicht in den Reichstag, sondern in eine Irrenanstalt.

Man erinnere an die Vergewaltigung des Vizepräsidenten des Reichstages, der ja auch jetzt wieder antwortet, in seiner doppelten Eigenschaft als Abgeordneter und Heeresoffizier. Auch hier hat man doch den Kampf ums Recht gesucht und schwachherzig nachgegeben, obwohl nichts klarer zutage lag, als der rechtswidrige Terrorismus der Militärbehörde.

Und solche Leute glauben unseren Heeresgebietigern zu imponieren! Der überaus klägliche Ausgang der Jaberne Angelegenheit hat ihnen die Augen noch immer nicht geöffnet.

Und darum bin ich überzeugt, der Chef des Militärkabinetts wird auch diesmal seinen Willen durchsetzen. Wehe dem Kriegsminister, wenn ihm das nicht glückt! Bei dem Geiste, der unsere Reichsboten beherrscht, wäre das freilich ein Kunststück.

M. Gädke.

Der mexikanische Konflikt.

Carranza gegen den Waffenstillstand.

El Paso, 4. Mai. Es wird gemeldet, daß General Carranza es formell abgelehnt hat, während der Vermittlungsverhandlungen die Feindseligkeiten gegen Huerta einzustellen. Eine Note dieses Inhaltes ist am Sonnabend nach Washington gesandt worden.

Die Lage Huertas.

London, 4. Mai. Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Mexiko, daß in der Stadt alles ruhig sei. Huerta soll am Ende seiner Kräfte angelangt sein. Er sieht seinen Einfluß langsam schwinden. Er lebt in beständiger Furcht, ermordet zu werden und hat daher große Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze seines Lebens getroffen.

Ein gesunkenes Schiff.

Mexiko, 4. Mai. Laut Telegramm aus Manzanillo ist der mexikanische Dampfer „Quella“ infolge Explosion einer Mine im Hafen, die für den Kreuzer der Vereinigten Staaten „Kaleigh“ gelegt worden war, gesunken. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Die betrogenen Handlungsgehilfen.

Die bürgerlichen Parteien haben es erreicht. Sie wagen es, die unerhörte Vergewaltigung fortzusetzen zu lassen, daß der Handlungsgehilfe nach Austritt aus seiner bisherigen Stelle nicht in jene Konkurrenzgeschäfte eintreten darf, in denen er seine Arbeitskraft am besten verwerten könnte. Ein solches Wettbewerbsverbot erklären die Unternehmer für notwendig, weil sonst der Gehilfe — und es trifft dies für alle Angestellte und Arbeiter zu — nach seinem Austritt aus dem Geschäft das, was er darin gelernt hat, in einer anderen Stelle zum Schaden seines früheren Prinzipals anzuwenden könnte.

wenn sie der Tüchtigkeit und der Tätigkeit eines Angestellten verdanken auch nach dessen Austritt aus deren Geschäft nutzbar zu machen, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch das Fortkommen des Angestellten erschwert werde. Das Wettbewerbsverbot untersagt daher den Angestellten und Arbeitern das, was die Unternehmer tun; es ist eine unverantwortliche Rechtsfälschung der Angestellten und Arbeiter.

Seit vielen Jahren bereits haben denn auch alle Angestellten und Arbeiter die unbedingte Beseitigung der Wettbewerbsverbot gefordert. Schließlich haben sich Regierung und die bürgerlichen Parteien genötigt, etwas in der Sache zu tun.

Zunächst kamen die Handlungsgehilfen an die Reihe. Jedoch brachte der Regierungsentwurf nur ein ganz ungenügendes Mittel, das auf einem Umwege die Unternehmer abschrecken sollte, gar zu leichtfertig ihren Handlungsgehilfen das Wettbewerbsverbot aufzugeben. Zu dem Zwecke verschleierte der Entwurf die Unternehmern, den Gehilfen für die Zeit, in der sie durch Wettbewerbsverbot von der Annahme bestimmter Stellen ausgeschlossen sind, eine Entschädigung zu zahlen.

Die Handlungsgehilfen waren zunächst über den ungenügenden Inhalt des Entwurfs sehr unzufrieden. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung aber bearbeiteten planmäßig die bürgerlichen Gewerksverbände und brachten sie in der Tat Schritt für Schritt von ihren Forderungen ab. Schließlich blieb noch der Streit über eine angebotene Verschlechterung des beschriebenen Gesetzes, eine Verschlechterung, die bezeichnend ist für die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Regierung zu den Gehilfen.

Das Wettbewerbsverbot wird in der Regel mit dem Zusatz vereinbart, daß der Gehilfe eine bestimmte Geldstrafe bezahlen muß, wenn er im Widerspruch mit dem Wettbewerbsverbot eine Stelle annimmt. In einem solchen Falle darf der Unternehmer nach dem geltenden Gesetz nur die Geldstrafe verlangen. Dagegen schlug der Regierungsentwurf vor, daß in Zukunft in einem solchen Falle der Gehilfe durch das Gesetz bis zu 2 Jahren zum Austritt aus der verdienstlichen Stelle gezwungen werden kann.

Diesen Vorschlag empanden die Gehilfen als eine schwere Schädigung und verlangten, daß diese Bestimmung unter allen Umständen gestrichen werde. Trotzdem geben die bürgerlichen Parteien die Zustimmung nicht auf, die Gehilfen auch für die Verschlechterung zu gewinnen. Die Parteien verlangen in der letzten Sitzung des Reichstags vor allem die zweite Beratung des Entwurfs, nachdem der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums erklärt hatte, daß die Regierungen des Gesetz scheitern lassen, wenn der Reichstag nicht auch die Verschlechterung annimmt.

Seitdem sind einige bürgerliche Handlungsgehilfenverbände unzufrieden, an ihrer Spitze selbstverständlich die antimilitarischen Deutsch-Nationalen. Das gab den bürgerlichen Parteien den Mut, den Entwurf in der Fassung anzunehmen, den die Regierungen wünschten und so vereinigt sich sämtliche bürgerlichen Parteien auf einen derartigen Antrag.

Gestern hat der Reichstag darüber in der zweiten Lesung des Entwurfs zu beraten. Unsere Genossen dagegen forderten den unbedingten Ausschluß der Wettbewerbsverbot.

Diesen Antrag begründete Genosse Hoch. Er wies nach, daß die jetzt vorliegenden bürgerlichen Vorschläge völlig ungenügend sind und nur das von und verlangte Verbot den berechtigten Forderungen der Gehilfen Rechnung trägt. Unser Redner sagte aber auch den bürgerlichen Parteien ins Gesicht, daß sie für die ungenügenden Verbesserungen und für die Verschlechterung des bestehenden Gesetzes verantwortlich sind, und daß sie durch ihr den Gehilfen so schändliches Verhalten immer weitere Kreise der Gehilfen um so schneller der Sozialdemokratie zutreiben.

Das peitschte die bürgerlichen Parteien auf. Die Abgeordneten Trimborn, Waldstein, Dr. Thoma usw. — kurz alle bürgerliche Redner — vergossen Protokollstränen darüber, daß unser Genosse eine — agitatorische Rede gehalten habe. So sei die ganze Sozialpolitik der Sozialdemokraten nur Agitation im Parteinteresse. Sie aber, die selbstlosen, bürgerlichen Sozialpolitiker, hätten ganz und gar nicht ein Parteinteresse im Auge, sondern quälten sich einzig und allein zum Wohle der Gehilfen ab. Und dann folgte die übliche sittliche Entrüstung der Herren über die „Alles-oder-Nichts-Politik“ der Sozialdemokraten und über ihre eigene staatsmännische Kunst, sich mit dem Erreichbaren zu begnügen — leider nur jenseit zum Schaden der Angestellten und Arbeiter.

Ihnen antworteten die Genossen Dr. Quara und Dr. Coblenz. Sie lezten eingehend dar, daß das ganze moralische Getöse der Gegner unangebracht sei. Die Angriffe unseres Redners konnten sie als völlig berechtigt nachweisen.

Genosse Schumann begründete unseren Antrag, die Wettbewerbsverbot auch für die anderen Angestellten und Arbeiter, auf die sich die Gewerbeordnung bezieht, zu verbieten. Diese und einige weitere Verbesserungsanträge unserer Genossen lehnten die Gegner ab. Der nationalliberale Gehilfenführer Marxart jammerte vergebens über die Haltung seiner Partei, erklärte aber zum Schluß doch, daß er die Kapitulation vor der Regierung mitmachen werde. Nur gegen die Haftstrafe als Zwangsmittel gegen die Gehilfen wolle er stimmen.

Darüber wird heute namentlich abgestimmt werden und die Gegner werden sogar diese Ungehörlichkeit beschließen.

Die Sozialdemokratie hat auch bei dieser Gelegenheit wieder alles getan, um die berechtigten Forderungen der Handlungsgehilfen zur Geltung zu bringen. Sie handten aber allein. Die bürgerlichen Parteien und das klagliche Juridikowischen eines Teils der Gehilfen haben es verstanden, daß die Gehilfen nur so wenig erreicht haben. So sind die Gehilfen von ihren bürgerlichen Freunden im Stich gelassen worden.

# Politische Uebersicht.

## Sozialdemokratische Schulideale.

Die Gegner der Sozialdemokratie, die uns geistlich als Leute hinzustellen suchen, die die Vernichtung jeglicher Kultur auf ihre Fahne geschrieben, können sich, wenn anders sie sich nicht absichtlich jeder besseren Belehrung verschließen, aus der Rede, die Genosse Haenisch am Montag im Abgeordnetenhaus über das höhere Schulwesen gehalten hat, mit Leichtigkeit davon überzeugen, wie verkehrt ihre Anschauungen über das Wesen der Sozialdemokratie sind. Das von Haenisch entwickelte Programm wird von mehr als einem Pädagogen unterschieden werden, und niemand, dem die Verbreitung von Bildung und Wissenschaft am Herzen liegt, wird sich den grundsätzlichen Forderungen widersetzen können, daß die Schätze des Wissens dem ganzen Volke zugänglich gemacht werden sollen. Wie es aber heutzutage mit diesem von wahrhaft patriotischer Gesinnung getragenen Ideal bestellt ist, das letzte unser Redner, gestützt auf ein ungemein reichhaltiges Material, mit begehrender Schärfe auseinandersetzt. Selbst die gewerbmäßigen Lobredner des bestehenden Zustandes werden nicht zu behaupten wagen, daß es ein Ruhmesblatt für Preußen ist, zu sehen, wie die Besucher der höheren Lehranstalten durch einen eigens auf diesen Zweck zugeschnittenen Unterricht nicht zu vorurteilslosen freien Menschen, sondern zu Kurrapatrioten erzogen werden sollen. Die Geschichte wird direkt gefälscht, Staats- und Gesellschaftswissenschaft werden den gleichen Zwecken wie der Geschichtsunterricht dienbar gemacht, und sogar die Literatur wird den Wadern und Strebern zu Liebe lastriert. Diese traurigen Schulzustände zu schildern und ihnen gegenüber die Forderungen der Sozialdemokratie zu vertreten, war die Aufgabe, die sich Haenisch gestellt hatte und deren Lösung er sich in seiner anderthalbstündigen Rede mit Geschick unterzog.

Derber hätte der neugewählte Vertreter von Nordhausen, der Abg. Piegler (Sp.) eine Reihe von Mängeln auf dem Gebiete des höheren Schulwesens zur Sprache gebracht und manche beherzigenswerten Anregungen gegeben. Freilich werden diese Anregungen ebensowenig wie die unseres Redners vorläufig auf fruchtbarer Boden fallen. Erklärte doch der Minister, der im übrigen alles gut und schön findet, sich aufs entschiedenste gegen die Einheitschule! Unter Herrn Trost zu Solz sind wirklich durchgreifende Reformen nicht zu erwarten, die kleinen Jugendschicksale, zu denen er sich im Laufe der Jahre bequem hat, bedeuten keine Änderung des Systems.

Nach weiterer unerbittlicher Debatte, in der u. a. Abg. Gsch von Zentrum sich zum Sprachrohr der pflücklichen und rückwärtigen Bestrebungen machte, während die fortschrittlichen Wähler Berg und Cassel sich über Einzelheiten des höheren Schulwesens verkehrten, schloß die allgemeine Versammlung.

Am Dienstag soll nach Erledigung kleinerer Vorlagen die Beratung des Kulturbudgets fortgesetzt werden.

## Eine Schamade.

Herr Staatssekretär Dr. Delbrück will nichts gegen den Reichstag gesagt haben. Das Wolffsche Bureau erklärt jetzt, daß in der Wiedergabe der Rede in Guxhagen Ungenauigkeiten unterlaufen sind. In Wirklichkeit hat danach der Staatssekretär gesagt:

Wer, wie wir in Berlin, tagtäglich in der Schützenlinie stehen muß, wird durch die Kritik, die er dauernd über oder über sich ergehen lassen muß, in der Freiheit des Urteils darüber beeinträchtigt, was eigentlich das Ergebnis unserer Arbeit ist. (Allgemeine Heilerkeit.) Sie werden mir darin zustimmen, daß es zuweilen den Anschein hat, als wenn man sich der Erfolge und der Entwicklung unseres Vaterlandes nirgends so wenig bewußt ist, als im Reichstag; es ist ja selbstverständlich nicht der Fall, aber es kann doch so scheinen. Hier drängen aber in der freien hanseatischen Luft, an der Spitze des Weltmeeres, angefächelt dieses kalten Schiffs, das sich zu seiner ersten Fahrt in den Ozean anschickt, wird unser Blick freier, und wir sagen uns mit Stolz, daß wir im Laufe der letzten vierzig Jahre im Deutschen Reich doch nicht vergebens gearbeitet haben.

Das klingt freilich ganz anders, als die geistige Janfare. Die „Vost“ hat sich also vergebens über den Angriff gegen den Reichstag gefreut und das „Berliner Tageblatt“ hätte nicht erst nötig gehabt, ihn mühsam wegzudeutern.

## Kölnner und Integrale.

Es will den „Kölnnern“, trotz aller Terrorismus, nicht gelingen, die integralen „Quertreiber“ im keritalen Lager zur Unterwürfigkeit und Einstellung ihrer Kritiken an den großen Leistungen der Zentrumspreffe zu zwingen. So beleuchtete Graf Oppersdorf ohne Rücksicht auf die feigen Ablehnungen der „Kölnischen Volkszeitung“ in seinem Blatte „Macht und Wahrheit“ die Rolle, die das offizielle Zentrum in der Episode des gefälschten Kaiserbriefes gespielt hat:

„Die ganze Kaiserbriefgeschichte ist ein Werk von Zentrumsleuten, und nicht von belanglosen, sondern von Abgeordneten und Redakteuren, von Parteimitgliedern also, die ins Weite zu wirken berufen sind. Und wenn die „Kölnische Volkszeitung“, um die ganze Klugheit ihres Verhaltens in dieser Angelegenheit zu krönen, von einer „gehässigen Kompfessart der zentrumsfeindlichen Presse“ und von „Verlogenheit“ (im Sperrdruck) zu reden sich erdreistet, so lügt sie, schlicht und einfach, mit demselben Talent unberechenbare Tatsachen aus der Welt, mit dem Herr Geheimrat Korich ebenso unberechenbare Tatsachen aus dem Gedächtnis verlor. Oder will die „Kölnische Volkszeitung“, ganz abgesehen von ihrem eigenen Verhalten, vielleicht behaupten, daß der „Bayerische Kurier“, der „Badische Beobachter“ (des Jähringer Admen), die „Augsburger Postzeitung“ (mit dem gleichgerichteten Angriff gegen die Kaiserin!), die Korrespondenz des in allen Saiten gerechten Zentrumsführers Eraberger, die „Allgemeine Rundschau“, die „Trierer Landeszeitung“, der „Deutsche Volksfreund“ e tutti quanti mit dem Zentrum nichts zu tun haben, keine führenden Zentrumsblätter sind? Dann entschuldigt vielmals, ehrliche Herren! . . . Und nun, zum Schluß, noch eine Frage: Wer führt den konfessionellen Frieden? Der (unterstellt einmal alles als wahr, was in Wahrheit sich als gefälscht erweist), der einen solchen Privatbrief schrieb, oder der, der ihn als die Ueberzeugung des obersten Vertrauensmannes der Nation in die Öffentlichkeit geriet? Die Frage wäre einer Antwort wert. Und wenn sie auch nur auf drei Minuten sich einmal zu einem ehelichen Bekenntnis entschließen, könnten sie die Herren Kölnner sogar selbst finden.“

Man kann es verstehen, wenn die so Gezeichneten den Grafen Oppersdorf mit ihrem Haß verfolgen.

Freilich kennen die Anhänger der „Kölnerei“ gegen ihre Widersacher noch viel weniger Schöning, als die Integrale. Der badische Zentrumsführer, der Geistliche Rat Wader, rechnet zum Beispiel mit dem Trierer „Petrus-Blättern“, dem Organ des Bischofs Korum, im „Badischen Beobachter“ in folgender Weise ab:

### 1. In persönlicher Beziehung.

Ich finde es unerträglich, anmakend und feige zugleich, wenn jemand in der Zeit des Trierer „Quertreiber“-Blattes austritt und dabei im Versteck der Anonymität verbleibt. Für Gegner solcher Art habe ich weder Respekt noch Beachtung übrig.

Weine Oberen, die mich zur Rechenschaft ziehen können und denen ich gegebenenfalls bereitwillig und pflichtgemäß Rechenschaft geben würde, sind der Erzbischof von Freiburg und das erzbischöfliche Ordinariat (und über ihnen natürlich der päpstliche Stuhl). Von einem Inquisitionstribunal mit unbekannter Zusammensetzung in Trier oder irgendwo anders weiß ich nichts und will ich nichts wissen. Was es etwa unternimmt oder leistet, ist in meinen Augen absolut belanglos. Und so wenig ich der Meinung bin, daß ein Priester sich ohne weiteres über das hinwegsetzen darf, wie von anderen auf Kosten seiner Ehre geurteilt wird, so bestimmt erkläre ich: Bei dem bisherigen Verhalten der „Petrus-Blätter“ und ihres Augustinus ist es mir ganz gleichgültig, ob sie ihr „Urteil“ über mich ändern oder aufrechterhalten.

### 2. Nach der sachlichen Seite.

Ungleich wichtiger als die Seite der ganzen Sache, die mich persönlich berührt, ist die andere, welche mit meiner Person gar nicht zusammenhängt.

Nur verbündeter Fanatismus kann übersehen, wie sehr mit einem solchen Treiben, wie gewisse „Quertreiber“ und „Integral“-Elemente es entfalten, den ausgesprochenen Feinden des Zentrums und der Kirche in die Hände gearbeitet und welcher unermeßlicher Schaden den wichtigsten Interessen der katholischen Kirche Deutschlands zugefügt wird.

Die Art, wie das Trierer „Quertreiber“-Organ auf meine Kosten aufgetrieben ist, bringt die Frage auf, ob denn in Trier eine Gesellschaft mit geheimer Zusammensetzung sich etabliert hat, um Verdächtigungs-material auszuschnüffeln

und zu Denunziationszwecken zu bearbeiten. Mühte gegen alles Erwarten die Frage bejaht werden, dann wäre weiter zu fragen, ob der Klerus in Deutschland solches ertragen und der Episkopat in Deutschland es dulden könnte.

Anderes will ich nicht hervorheben. Th. Wader.

Man sieht, der „Löwe von Jähringen“ weiß sich in Positur zu setzen, den Nachen aufzureißen und zu brüllen. Doch werden die Integrale dieses Getöse nicht allzu ernst nehmen; denn sie wissen, wenn er auf den Schwanz getreten wird, zieht er ihn ein und schließt still davon. So hat er es damals gemacht, als der Papst durch den Münchener Runtius Frühwirth erklären ließ, er werde die Gewerkschaftsfrage regeln und wünsche, daß bis zu dieser Regelung die Zentrumspreffe schweige. Noch wenige Tage vorher hatte Herr Wader mit seiner ganzen Abulistik bewiesen, daß der Papst in die Gewerkschaftsfrage nicht das geringste hineinzureden habe. Als dann aber der Papst die Entscheidung vor sein Forum zog, sank Herr Wader der Jähringer Löwenmut in die Hosen, und er wagte kein Wort der Widerrede.

Genau so steht es auch jetzt mit seinem Gebrüll. Immer wieder versichert er, weder der Papst noch der Episkopat hätten dem Zentrum in politischer Hinsicht irgendwelche Vorschriften zu machen, und doch erkennt er in der obigen Erklärung dem Erzbischof von Freiburg und dem päpstlichen Stuhl das Recht zu, ihn wegen seiner politischen Tätigkeit zur Verantwortung zu ziehen. Wie stimmt das zueinander?

## Ueberflüssige Ausgabe.

Der Kaiser hat nunmehr den Generalleutnant v. Selius zum Militärbevollmächtigten am russischen Hofe, „attachiert der Person des Kaisers aller Reichen“, ernannt. Für die Geschäfte des Militärbevollmächtigten hat Deutschland in Petersburg einen anderen Offizier sigen. General v. Selius wird einfach dem russischen Kaiser beigegeben, weil dieser auch dem deutschen Kaiser einen militärischen Begleiter in der Person des russischen Generals Tattischoff gestellt hat. Wie sich Herrscher früherer Zeiten gegenseitig mit einzelnen besonders großen Soldaten beschenkten, so tauschen der deutsche und der russische Kaiser einen General miteinander aus. Gegen dieses private Vergnügen wäre vielleicht nicht viel einzumwenden, wenn nicht die Steuerzahler die Kosten zu tragen hätten. Auf den deutschen Anteil entfallen ungefähr 75 000 M.

## Fortschrittlich-nationalliberales Wahlabkommen in Sachsen.

Der Geschäftsführende Ausschuss und der Landesvorstand der nationalliberalen Partei Sachsens beschäftigten sich am Sonntag mit dem Wahlabkommen, das mit der fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossen werden soll. Das Wahlabkommen wurde festgelegt und soll beiden Landesparteien zur Genehmigung vorgelegt werden.

## Enteignung der Dula.

Dem Reichstag wird am heutigen Dienstag die von der Regierung zugesagte Denkschrift über die Enteignung in Dula vorgelegt werden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt bereits am Montagabend einen Auszug aus der Denkschrift. Dieser Auszug läßt erkennen, daß die Regierung alle Angaben der Eingeborenen bestreitet.

Den Eingeborenen wird zunächst zum Vorwurf gemacht, daß sie sich hartnäckig weigern, der Verlegung ihrer Wohnstube zuzustimmen. Obwohl die dortigen Beamten ihnen eingehend zugeredet haben, lassen sie sich angeblich nicht belehren. Sie haben der Durchführung der Enteignung von Anfang an bis jetzt passiven Widerstand entgegengesetzt. Es wird zugegeben, daß eine Anzahl Hütten einfach abgerissen worden sind und daß man es den Eigentümern überlassen hat, diese Hütten in einem anderen Gebiete wieder aufzubauen. Bestritten wird auch, daß den Eingeborenen der Wert ihres bisherigen Besizes nicht ersetzt werden soll. Es wird behauptet, daß die Durchschnittspreise bezahlt werden und daß das Geld für die bereits enteigneten Eingeborenen bereit liege, daß sie sich aber geweigert haben, das Geld in Empfang zu nehmen. Die Denkschrift gibt zu, daß das Hotel, das von einem Eingeborenen betrieben wurde, abgerissen worden ist. Es wird aber behauptet, daß das Hotel nur aus einer Wellblechbarade im Werte von 8000 M. bestanden habe, in der vorübergehend eine Kneipe unterhalten wurde. Dem jetzigen Eigentümer ist eine Entschädigung von 90 Pf. für das Quadratmeter

# Gewerkschaftsbriefe vom Balkan.

Von Karl Legien.

III.

## Bukarest, Ende April.

Sofia ist als Großstadt weiter entwickelt als Belgrad. Eine Anzahl recht prächtiger Gebäude liegen im Zentrum der Stadt. Darunter eine russische Kirche, die noch nicht eingeweiht, aber zur Besichtigung zugänglich ist. Die Kirche, innen mit großer Pracht ausgestattet, ist als Denkmal für den russischen Zaren, dem Befreier Bulgariens, gedacht. Die Kaufleute sind durch Beiträge der Gemeinden gedeckt. Der König Ferdinand wollte sich hier als Jax des Balkans krönen lassen. Dann hat er es sich überlegt, daß die Krönung würdiger in Konstantinopel vollzogen würde. Dazu kam es jedoch nicht. Nun ist die Spannung mit Rußland so groß, daß man fürchtet, der Zar würde zur Einweihung der Kirche nicht kommen, vielleicht nicht einmal eine Deputation senden. Demwegen wird die Eröffnung des Geschäftsbetriebes hinausgeschoben, bis die Verhältnisse sich gebessert haben.

Der Königspalast ist nur klein. Der Wunsch des Königs ist, von der Stadt einen großen öffentlichen Park geschenkt zu bekommen, in dem ein prächtiges Schloß erbaut werden soll. Da die Sozialisten aber eine recht anscheinliche Vertretung in der Gemeindeverwaltung besitzen, so gelangt die Sache nicht, obwohl viele Bürgerliche gewillt sind, den Wunsch des Königs zu erfüllen und dem Volke den Park zu nehmen. Das Hotel- und Wirtschaftsleben ist, soweit die von dem Bürgertum frequentierten Lokale in Betracht kommen, von dem deutschen Städte nicht wesentlich verschieden. Auch in den Ausgüßorten am Fuße des acht Kilometer von Sofia entfernten Gebirges merkt man wenig Unterschied gegenüber gleichen Orten in Deutschland. Dagegen hatte ein Volksfest am zweiten Pfingsttag einen ganz andern Charakter. Auf einem rasigen Felde waren Tausende in heiterer Stimmung versammelt. Die bunten Nationaltrachten, die Jägermusik, in denen Weis gebührt und als Lederbissen verkauft wurde, gaben dem Ganzen einen ost orientalischen Anstrich. Originell war der bulgarische Nationalanzug. In der Mitte Jägermusik, Pauke, Trommel und Geige. Alles, was tanzen wollte, sah sich an den Händen und Hüften im Kreise herum.

Welche Verschwendung von Kraft und Geld die Trennung in zwei sozialistische Parteien verurachte, lehnte uns ein Besuch der Arbeiterlokalitäten. Die „Engländer“ und die „Weißerzigen“ haben je ein Arbeiterheim, in welchem sich Bureauräume, die Buchhandlung, Sitzungszimmer und die Druckerie befinden. Die Zeitung der Engländer hat 12 000, die der Weißerzigen 10 000 Auflage. Die Literatur ist die gleiche. Wie weit die Trennung geht, wurde uns an einer bulgarischen Ausgabe von Marx „Kapital“ gezeigt. Jede der Parteien hat eine besondere Reder-

schung anfertigen lassen. — Die Eisenbahner, die Lokomotivführer, die Lehrer und die Köhler haben besondere Lokalitäten. Diese Organisationen gehören keiner der beiden Gewerkschaftsgruppen an. Wenn alle diese Einrichtungen vereinigt würden, ließe sich ein staatliches Haus mit den modernsten Einrichtungen schaffen, während jetzt manches der Lokale recht primitiv, dafür aber sehr teuer ist.

Dabei ist in der Arbeiterschaft im Lande anscheinend keine große Differenz vorhanden. Das zeigte sich auf der Fahrt von Sofia nach Ruspjaul. Auf jeder Station, auf welcher der Zug hielt, eine Demonstration mit vielen Fahnen, Ansprachen und Blumenpenden mit roten Schleifen. Immer sprach entweder ein Engländer oder ein Weißerziger, die sich für die Einigung erklärten, oder es sprach auch nur einer im Namen beider Parteien, weil sich diese an Orte einig waren. Es half nichts, ich murkte von der Treppe des Waggons auf die Ansprachen anworten. Ein demokratischer Abgeordneter der Sorbanje und ehemaliger Minister des Inneren bemerkte, daß einem Bürgerlichen das Reden vom Wagon aus nicht gestattet sein würde. „Aber die Sozialisten haben die Eisenbahnen durch ihre Organisation okkupiert.“ „Werden Sie Sozialist, dann dürfen Sie das Gleiche tun,“ war meine Antwort. Er lehnte jedoch dankend ab, anscheinend ist seine politische Betätigung einträglicher, als die eines Sozialisten.

Bald war unser Coupé mit Blumen gefüllt, so daß wir in der Lage waren, untererseits Blumenpenden an die zahlreich erschienenen Lehrerinnen auf den einzelnen Stationen zu verabschieden. Ein sinniges Geschenk erhielten wir in Plezna. Von Schülern der dort befindlichen Weinbauerschule wurden uns drei Flaschen eines alten bulgarischen Weines überreicht, die uns die weiteren Strapazen, welche die Operationen mit sich brachten, leichter ertragen ließ. In Ruspjaul gab es dann noch eine Massendemonstration mit zwei Ansprachen. Fast hätten wir darüber das Schiff veräumt, das uns über die Donau nach Quirjewo in Rumänien bringen sollte, denn nun hörte der Einfluß der organisierten bulgarischen Eisenbahner auf.

Die Bahnstation war noch komplizierter als an der serbischen und bulgarischen Grenze. Das unsere Pässe von dem rumänischen Konsul in Belgrad abgeholt waren, genügte dem Grenzwachter nicht. Er wollte wissen, zu wem wir in Bukarest wollten. Auf unser Bemerkten, wir würden in einem Hotel wohnen, verlangte er die Angabe des Hotels. Schließlich befreite uns der Parteisekretär, der uns aus Bukarest entgegengefahren war, durch Rennung eines Hotels von diesem Examen. Die Pässe behielt der Grenzwachter zunächst. Wir mußten sie uns von der in der Nähe befindlichen Polizeistation abholen, denn an der rumänischen Grenze ist neben der papiernen Legitimation persönliche Zeugenscheinigung durch einen Polizeimann erforderlich.

In Bukarest hatten sich wider Erwarten einige hundert Parteigenossen am Bahnhof eingefunden, die uns mit dem Gesang der Internationale empfingen. Mit Gesang ging es auch ein Stück in

die Stadt hinein. Dann im Auto ins Hotel, denn wir sollten, obgleich es zehn Uhr geworden war, noch zum sozialdemokratischen Parteitag, der seine letzte Sitzung nach dreitägiger Dauer hielt. Das war keine angenehme Aussicht, denn eine viergeshstündige Eisenbahnfahrt, verstärkt durch Demonstrationen an den Haltestellen, lag ja hinter uns. Die Delegierten des Parteitages, etwa 40, hatten mehr Ausdauer. Während wir uns um 12 Uhr verabschiedeten, tagten sie noch bis morgens 5 Uhr, um die Beratung des Parteistatus zu beenden.

Das Arbeiterheim, mit einem kleinen Versammlungslokal, einigen Bureau für Partei und Gewerkschaften und der Buchhandlung, ist recht primitiv, obgleich es nicht weniger als 6000 Jahresmiete kostet. Die Räumlichkeiten liegen im Hofe, so dem man durch einen unanständigen Hausengang gelangt. Das beimal wöchentlich erscheinende Parteiblatt hat eine Auflage von 7000 bis 10 000 Exemplaren. Die Parteiorganisation zählt nur wenig Mitglieder. Die Beiträge für die Partei werden auch von den Gewerkschaften durch Kartenverkauf einfließt. Die Gewerkschaften haben es wieder auf etwa 6000 Mitglieder gebracht, während sie vor dem Kriege deren 10 000 hatten. Die Regierung läßt den Arbeitern zurzeit freien Spielraum. Jedoch nicht aus Liebe zur Arbeiterbewegung, sondern, um diese gegen die liberale Partei auszuspielen. In den Jahren 1907—1911 wäre weder der Empfang noch die Versammlung möglich gewesen. Die Ausländer wären ohne weiteres ausgewiesen worden, wenn sie in einer sozialistischen Versammlung hätten reden wollen. Die Versammlung selbst war von etwa 1000 Personen besucht, obgleich ein Eintrittsgeld von 50 Centimen erhoben wurde. Die Versammlungsgeld kosten so hohe Mieten, daß sich die Erhebung eines Eintrittsgeldes nicht umgehen läßt.

Das Wahlrecht, das heute etwas pressisch ist, soll in nächster Zeit verbessert werden. Die Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bildet gegenwärtig den Agitationsstoff in der Arbeiterschaft. Im Ganzen zeigen sich die Bewegung und die leitenden Personen recht sympathisch. Es ist wie in den anderen Balkanländern. Die ersten Ansätze festgefügter Organisationen, dem Stande der industriellen Entwicklung entsprechend. Doch Rumänien will nicht zu den Balkanländern gezählt werden. Diese sollen erst südlich der Donau beginnen, während Rumänien ein Kulturstaat sein soll. Bukarest wird mit Paris verglichen und auch Klein-Paris genannt. Diesen Vergleich kann nur ein Rumäne oder ein Westeuropäer machen, der Paris nie gesehen hat. Wenn man einige Gebäude oder Straßen mit Gleichartigem in Paris in Parallele stellt, kann nur die große Entfernung zwischen den beiden Städten zu dieser optischen Täuschung führen. Und Kulturland? Wohl in keinem anderen Lande der Welt findet sich wie in Rumänien eine solche Verfassung der Bauern durch die Sojaren, die ihre aus den Arbeiterknoten ersprossenen Kapitalien in Bukarest vergehren. Die wiederholten Bauernaufstände sind in Blut erstickt. Der Kulturfortschritt der Hauptstadt kann über diese Dinge nicht hinwegtäuschen.

Bewilligt worden, außerdem ist ihm der Jementkodel, auf dem die Wellblechbarade stand, mit 320 M. entschädigt worden. In der Denkschrift werden alle Angaben der Eingeborenen als bewahrt und wahr bezeichnet; die Petition bestehe in der Hauptsache aus solchen bewährten Unwahrheiten und falschen Verdächtigungen. Die Absicht der Eingeborenen sei, mit ihrem selbsterhaltenen Grund und Boden Spekulation zu treiben. Durch die Aufwendungen, die die Kolonialverwaltung mache, um die Wege zu verbessern, Wasserleitung und Kanalisation auszubauen, steigt der Wert des Grund und Bodens, und den Gewinn daraus wollten die Eingeborenen ziehen. Danach wären die Duala ja überaus zivilisationsfähig, hätten sie doch die Maximen unserer Haus- und Grundstückspekulanten sehr rasch begriffen! Die Denkschrift sagt: „Die Deutschen sollten die Deutschen sein und die Eingeborenen wollten als Drobuen ein sorgenloses Dasein führen.“ Mit keinem Wort geht aber die Denkschrift darauf ein, daß auch die Verwaltung die Absicht hat, mit diesen enteigneten Grundstücken Spekulation zu treiben!

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen der Budgetkommission bereits schmerzliche politische Folgen geseigt haben. Schon am zweiten Tage nach der Sitzung der Budgetkommission feierten die Eingeborenen ihren Sieg über die Regierung angeblich mit Tanz und Trinkgelagen. Wenige Tage später sollen sie ihrem Berliner Rechtsanwalt 5000 M. überwiesen haben und bereit sein, neuerdings weitere 3000 M. zu bezahlen. Die Agitation soll bereits auf weitere Bezirke übergriffen haben, politische Versammlungen werden angeblich in der Nacht heimlich und gegen das ausdrückliche Verbot des Bezirksammanns, von dessen Abberufung und Bestrafung bereits gesprochen wird, abgehalten. Die Autorität der Regierung und der weißen Rasse soll bereits erheblich gelitten haben.

Wir werden, wenn die Denkschrift vorliegt, näher darauf eingehen. Die Regierung rechnet offenbar damit, daß bei der Geschäftslage des Reichstags, der unbedingt am 16. Mai in die Ferien gehen wird, eine durchgreifende Behandlung der ganzen Frage umgangen werden kann! Im übrigen ist es nach dieser Darstellung um so unbegreiflicher, warum die Regierung die Vorlegung des Schriftwechsels verzögert hat!

### Vertagung des württembergischen Landtages.

Nach beinahe viermonatiger Tätigkeit ist der württembergische Landtag am Sonnabend bis zum Herbst vertagt worden. Es war ein sogenannter „Zwischenlandtag“, der keinen Etat zu erledigen hatte. Einigenmaßen aufgeräumt wurde mit den Vorlagen, die im vorjährigen Etatslandtag unerledigt geblieben waren, mit den Initiativvorträgen und den Petitionen. Unerledigt geblieben sind namentlich die Gesetzentwürfe über die innere Ordnung des Stats, über die Errichtung eines unabhängigen Rechnungshofes, über Neuordnung der staatlichen Gebäudebrandversicherung und die Vorlage einer neuen Verfassung, die den Staat in größerer Nähe als bisher zum Träger der Strafkosten machen soll. Von den in den letzten Wochen erledigten Vorlagen kommt derjenigen politische Bedeutung zu, die den Höchstsatz der zulässigen Gemeindefiskalsteuern von 50 auf 75 Proz. der staatlichen Einkommenssteuer erhöht. Auf Drängen unserer Fraktion war in der ersten Beratung beschloffen worden, die Einkommen von weniger als 950 M. von der Erhöhung zu befreien. Nachdem aber die Erste Kammer die ganze Erhöhung wegen ihrer Wirkung auf die großen Einkommen abgelehnt und insbesondere die Schenkbestimmung zugunsten der Unerledigten scharf zurückgewiesen hatte, gab die Zweite Kammer diese Schenkbestimmung preis und erkaufte mit einer Milderung der Wirkungen nach oben die Zustimmung der privilegierten Oberhäuser. Die scharfen Debatten, die darüber entstanden, werden in der Agitation nachwirken. Auf den zum dritten Mal von der Zweiten Kammer gefassten Beschluß, daß die Regierung Mittel für die Arbeitslosenfürsorge bereit stellen solle, hat sich die Regierung nicht gerührt. Dagegen ist die neue Landespolizei-Zentrale errichtet und ein Kinogebäude geschaffen worden, das der Polizei der Auftrag der sittlichen Erziehung des Volkes erteilt. Die Vorbereitungen für die Schiffarmamentierung des Neckars sind trotz einer ausgedehnten Landtagsdebatte keinen Schritt weiter gekommen, so daß die Industrieverbände rebellisch zu werden beginnen. Zustände gesonnen sind eine Anzahl Gesetze, die u. a. die Unterfütterung der neuliebenden Weingärtner und der von den Störmen des vorigen Sommers Betroffenen regeln, den Denkmalbau und die Förderung einiger Kunststellungen betreffen. Auch ein neues Gesetz über die Pensionen und Unfallfürsorge der Körperschaftsbeamten hat Annahme gefunden. Bei der Neuordnung des Verfahrens bei Submissionen wurden auf unseren Antrag Bestimmungen zum Schutz des Koalitionsrechts und zur Bevorzugung der Bewerber mit günstigen Arbeitsbedingungen getroffen, die aber nicht die Zustimmung der Dritten Kammer gefunden haben.

Im ganzen hat die Wähle des württembergischen Landtags in den letzten Monaten eifrig gemacht, aber ihre Ergebnisse bilden mehr Spreu als Weizenmehl. Und für das nächste Jahr sind die Aussichten schon darum nicht günstig, weil es nach den Erklärungen des neuen Finanzministers unter den Nachwirkungen der Steuerpolitik des Reichs sehr schwer sein wird, den nächsten Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

### Seine Durchlaucht wünschen.

Aus Detmold wird uns geschrieben: „Da mag einer sagen, was er will — aber in den Kleinstaatlichen Leben wir gemächlich — behäulich und erbaulich, und wenn wir nicht den Kalender von 1914 vor uns hätten, wir könnten, weiß Gott, wahren, es sei alles noch so, wie damals, als der fürstliche Absolutismus auch in deutschen Ländern freigelegt zerstört — und was für welche! — ansteuerte. Wir schreiben heute den 30. April 1914, und der Oberbürgermeister der fürstlich lippschen Residenzstadt Detmold erklärt da in der Stadtverordnetenversammlung, daß der Fürst ihn gleich nach der vorigen Sitzung zu sich befohlen und ihm gesagt habe — doch wir wollen es lieber gleich wörtlich hierher legen:

„... und sprach mir gegenüber sein Bekommen darüber aus, daß in der letzten Sitzung seine Privatangelegenheiten in die Verhandlung gezogen seien. Seine Durchlaucht hält Reden, wie sie in der letzten Stadtverordnetenversammlung gehalten sind, für nicht angezeigt. Zum Schluß sagte Seine Durchlaucht der Fürst, daß er nicht wünsche, daß seitens der Stadtverordneten wieder über seine Privatangelegenheiten verhandelt würde. Wenn das aber dennoch wieder geschehen sollte, würde er sich veranlaßt fühlen, der Stadt die ihm zur Verfügung gestellte Summe zurückzugeben und von dem Neubau eines Theaters Abstand zu nehmen.“

Na, sehr schön nun, das ist der Erfolg der Koralle über das Schneidentempo, in dem sich die Vorarbeiten zum Theaterbau bewegen! Was hat eine Stadtverordnetenversammlung, zumal die einer Residenz — und mag sie je einmal Zuschüsse zu den Baukosten bewilligt haben und der veralteten Meinung sein, daß es ihre Pflicht sei, über die richtige Verwendung der Steuergroschen zu wachen — was hat eine Stadtverordnetenversammlung überhaupt zu nützen,

wenn ein höflicher Kunststempel entsetzt soll? Was kommt dabei heraus? Die Entzückung der fürstlichen Kunst, und das Ende von Liebe ist, daß Seine Durchlaucht sagt: Nein, nun bekommt Ihr überhaupt nichts!

Und die bürgerlichen Stadtverordneten wagten keinen Ton des Widerspruches gegen diesen Narren und glatten Versuch einer Zurechtweisung, der nicht im mindesten berechtigt war; denn in dem Augenblick, wo die Stadtverordneten Zuschüsse zu dem Theaterbau bewilligt hatten, wurde aus der reinen Privatangelegenheit des Fürsten eine öffentliche Angelegenheit. Von sozialdemokratischer Seite ist das in der Sitzung denn auch zum Ausdruck gebracht worden, und indem der sozialdemokratische Vertreter die fürstliche Zurechtweisung zurückwies, betonte er zugleich, daß die Kritik in öffentlichen Angelegenheiten vor der Person des Fürsten nicht Halt machen werde.

### Die Mosel- und Saarkanalisierung.

In der am Sonntag in Trier abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Mosel- und Saarkanalisierung wurde nach längerer Debatte einstimmig eine Resolution angenommen, welche die baldige Inangriffnahme des Kanalprojekts in wirtschaftlichem und nationalem Interesse fordert. Die parlamentarischen Vertreter werden gebeten, ihre Tätigkeit gegen den Widerstand der Kanalfeinde fortzusetzen und auf die großen wirtschaftlichen Nachteile, die ein weiteres Hinauszögern bringt, hinzuweisen.

### Güter der Lehrfreiheit.

Das Eintreten der Dozenten und Studenten an der Berliner Handelshochschule für ihren Kollegen und Lehrer Professor Jostrow berührt ohne Zweifel sehr sympathisch. Wenn Professor Jostrow den Nachweis führen wollte, daß man ihn seiner wissenschaftlichen Anschauungen wegen loswerden wollte, so könnten wir uns dem Protest, der sich vorläufig nur gegen die Form der Kündigung richtet, ebenfalls anschließen. Da aber allein in der Kündigungsklausel des Ausstellungsvertrages eine Beeinträchtigung der Lehrfreiheit gesehen wird, weshalb hat Professor Jostrow nicht sofort bei Abschluß des Vertrages dagegen protestiert? Wir halten es durchaus für gerechtfertigt, daß der Fall Jostrow dazu benutzt wird, die Lehrer an der Handelshochschule selbst vor Kündigungen in einwandfreierer Form, als wie bei Jostrow gewählt wurde, sicherzustellen. Wenn aber Organe wie die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Staatsbürger-Zeitung“ sich plötzlich als Hüter der Gedankenfreiheit aufspielen, so verrät sich doch zu deutlich die Absicht, im Trüben fischen zu wollen. Ausen nicht gerade jene „Mäcker“ heiß nach einem Bernhard für etwas weniger scharf-moderische sozialwissenschaftliche Dozenten?! Gar die preußische Regierung gegen die „Kleinste“ auszuspielen, müdet uns förmlich an; wenn wir auch gut wissen, daß die liberalen Kleinste eben so wenig wichtige Gedankenfreiheit geben und etwa einen sozialistischen Dozenten anstellen würden. Was ist die Befassung eines Strafprofessors, der einem mißliebigen Dozenten auf die Nase gesetzt wird, in Preußen anders, als die offene Kündigung. Auch der Strafprofessor, dem die (einträglichen) Prüfungskammer überreichten werden, soll ja die Einnahmen seines Kollegen kürzen helfen.

### Patriotische Steuerdrückeberger.

Die blöberigen Feststellungen über die Mehrsteuerergebnisse in Bannien (Schlesien) ergaben, daß das der Besteuerung hinterzogene Vermögen rund 600 000 M. beträgt. — Bannien ist ein kleines Städtchen mit 2713 Einwohnern, die in der Hauptsache Landwirtschaft betreiben und konservativ-kerikal bis auf die Knochen sind.

### Bekenntnis eines Pfarrers.

Über den Charakter der Zentrumspresse hat der Präses des katholischen Arbeitervereins zu St. Elisabeth, Pfarrer Simhal in Breslau ein interessantes Bekenntnis abgelegt. Nach den eigenen Berichten der katholischen „Schlesischen Volkszeitung“ führte er aus: Er ziehe die sozialdemokratische Presse der „Schlesischen Volkszeitung“ vor, denn sie sei unabhängiger. Er lese deshalb lieber die „Vollstauer“ „Volksmacht“, als die „Schlesische Volkszeitung“, das Zentrumsblatt, das ihn und die Berliner Fachabteilungen anpöbele. Die Wort des kerikalen Blattes ist darüber nicht gering, und sie giebt den offenen Pfarrer gehörig durch die Zähne.

### Die neue politische Lage in England.

Aus London wird uns geschrieben: Mit einem Schlage hat sich die politische Situation verändert. Konservative und Liberale, die sich vor wenigen Tagen noch verhöhrt und bedrohlich, die sich im Parlament Schimpfwörter wie Lügner, Verbrecher, Spigel an den Kopf werfen, liegen heute einander in den Armen und machen sich gegenseitig Komplimente. Das Publikum ist verduzt und weiß nicht, was es von der Geschichte denken soll. Viele, die nie die liberal-konservativen Kämpfe ernst genommen und sie als furchtbar ernst aussehende, aber vorher abgekartete Bühnenspiele betrachteten, sehen in der Vorstellung nur eine Befestigung ihrer Ansichten. Zweifellos tragen viele Kämpfe der beiden bürgerlichen Vortreten, die doch denselben Grundansichten huldigen, einen unwirklichen Charakter. Aber diesmal war man auf beiden Seiten doch im Ernst; denn der Kampf stellt in letzter Hinsicht einen Versuch der Konservativen dar, die Liberalen mit einem Knick und mit ganz neuen Mitteln aus den Ministerseffeln zu heben. Die liberale Presse verliert ihren Rückzug vor den Konservativen und den mit diesen verbündeten Streitkräften der Krone durch die Behauptung zu erklären, daß sich der gesunde Ordnungssinn der Volksmasse endlich offenbart und die Politiker gezwungen habe, die Widerfrage auf friedlichem Wege zu lösen. Andere Liberale reden gar von einem Rückzug der Konservativen, die sich in einer Sadasse befunden hätten. Die Wahrheit ist, daß die Regierung, in der die Angstmeier die große Mehrheit bilden, ihren Preis-kämpfer Churchill vorzuziehen, um eine Brandrede zu halten, die in einer inständigen Bitte um Frieden ausklingt. Daß die Konservativen den Friedensantrag annehmen, war selbstverständlich. Denn in dem Waffenstillstand, der jetzt herrscht, kann die Regierung unmöglich etwas gegen die Waffenstillwähler und Gelehrten überreiter in Ulster unternehmen, wenn sie nicht die Unruhen veranlassen will, die die Friedensverhandlungen beschwören sollen. Die Ulsterleute können nun in aller Seelenruhe einen neuen Schlag vorbereiten.

Die Waffe der Friedensverhandlungen ist den Konservativen auch sonst sehr günstig. Die Frage des Ausschusses Ulsters aus der Homeoffice, die jetzt zwischen den englischen und irischen Parteien hinter verschlossenen Türen diskutiert werden soll, bietet den Konservativen gerade das Mittel, das sie brauchen, um ihr wahres Ziel zu erreichen: die Erregung der nationalistisch-liberalen Koalition und den Fall der Regierung. Herr Asquith hat den Ulsterleuten mit Genehmigung der Nationalisten bekanntlich schon vor etlichen Wochen den Vorschlag gemacht, die Grafen Ulsters, die es verlangen, auf sechs Jahre von dem übrigen Irland selbst verwaltenden Irland auszuschließen. Das war die äußerste Grenze, bis zu der der Irenführer Red-

mond gehen konnte. Selbst die Konzeption ist in seiner eigenen Partei scharf kritisiert worden. An seiner rechten Flanke hängen zudem die unabhängigen Nationalisten, die ihn unbarmherzig verfolgen, und auf der linken Seite hat er mit der von Parry und Connally geführten Arbeiterbewegung zu rechnen, die von einer Zersplitterung Irlands, die die Arbeiterchaft Dublins, Corks und anderer katholischer Städte von den Arbeitern der Großindustrie Ulsters trennen und zur politischen Ohnmacht verurteilen würde, absolut nichts wissen will. Das weiß der geriebene Jurist Carion sehr genau. Mag er auch jetzt verächtlich reden und dem Vorschlag zustimmen, Ulster von der Homeoffice auszuschließen bis zur Einführung eines allgemeinen Föderationssystems, unter dem England, Schottland und Wales ebenfalls lokale Parlamente haben würden, er rechnet mit der Möglichkeit, die Nationalisten so in die Enge zu treiben, daß sie entweder mit den zu allem bereiten Liberalen brechen oder moralisch Bankrott machen müssen. Diese blöbliche Behauptung eines Feuerfressers kann nur die heilige Einfalt betrügen. Das Verstecken vor einem Föderationssystem scheint nur ein Mittel zu sein, mit dem die Regierung ihren Rückzug verdecken will. Als solches laßt es jedenfalls auch Sir Edward Carson auf; denn was kann die Tatsache, daß in Edinburgh ein schottisches Parlament ist, an den Eigenheiten Ulsters ändern, die doch das Argument für den Ausschluß dieser irischen Provinz aus dem neuen Irland abgeben? Die Homeofficeklacht ist noch lange nicht vorüber. Es ist nur eine Windstille eingetreten, in der die Konservativen versuchen werden, die „Quecksilberheit“ der Liberalen auf eine neue Probe zu stellen.

Im Gegenteil zu den Liberalen, die jetzt sehr feilhaft und gehorchen sind, hören die Konservativen nicht auf, von den Sympathien, die zwischen dem Heere und der Flotte einerseits und den Ulsterfreiwilligen andererseits bestehen, und von den kriegerischen Taten und der Tüchtigkeit der letzteren zu reden.

### England.

#### Das Budget.

London, 4. Mai. Unterhaus. Der Schatzkanzler Lloyd George brachte heute das Budget ein, wobei er u. a. ausführte, daß das vergangene Jahr ein Ausnahmejahr gewesen sei. Handel und Wandel hätten ihren Höhepunkt erreicht, die Arbeitslosigkeit sei auf die niedrigste Ziffer gesunken. Raum ein anderes Land könne dies für sich geltend machen. Er sei imstande gewesen, die Mittel für die Ergänzungsbudgets bereitzustellen und dazu noch einen Heberfiskus von 750 000 Pfund Sterling zu erzielen. Wenn die Notenausgaben nicht seit 1900 die Erwartungen über-troffen hätten, so würde er imstande gewesen sein, Vorschläge zur Verminderung der Steuern zu machen. Der Schatzkanzler veranschlagte die Einnahmen für das neue Budget auf Grund der bestehenden Besteuerung auf 200 655 000 Pfund Sterling, die Ausgaben auf 205 985 000 Pfund Sterling, wobei ein Fehlbetrag von 5 330 000 Pfund Sterling verbleibe. Weitere Ausgaben würden u. a. für Zwecke der Gemeinden und des Unterrichtswesens notwendig werden. Mit Bezug auf die Ausgaben für Zwecke der Gemeinden behandelte der Schatzkanzler ausführlich das Verhältnis von Staats- und Gemeindesteuern zu einander und zählte die Zwecke auf, für welche den Gemeindebehörden Zuschüsse gegeben werden sollen. Die Zuschüsse für das öffentliche Gesundheitswesen würden sich für ein volles Jahr auf 4 750 000 Pfund Sterling belaufen. Der erhöhte Zuschuß für Unterrichtsziele in England und Wales werde 2 750 000 Pfund Sterling betragen. Andere Zuschüsse im Zusammenhang mit der Krankheitsversicherung würden sich auf 1 240 000 Pfund Sterling belaufen. Die Vermehrung aller dieser Zuschüsse werde im Dezember beginnen. Ihre Gesamtsumme betrage für das laufende Finanzjahr 4 218 000 Pfund Sterling, die er dem Fehlbetrag von 5 330 000 Pfund Sterling hinzuzurechnen müsse. Mit einer notwendigen Ausgleichssumme von 200 000 Pfund Sterling werde sich der Gesamtfehlbetrag damit auf 9 800 000 Pfund Sterling belaufen. Er schloß Erhöhungen bei der Einkommensteuer vor:

Die Einkommensteuer auf selbstverdiente Einkommen unter 1000 Pfund Sterling solle unverändert bleiben. Bei selbstverdienten Einkommen von 1000 bis 3000 Pfund Sterling solle sie sich jedoch stufenförmig bis auf einen Schilling und vier Pence erhöhen. Die Einkommensteuer auf nicht selbstverdiente Einkommen werde von ein Schilling zwei Pence auf einen Schilling vier Pence erhöht. Die Ergänzungsteuer solle anstatt bei 5000 Pfund Sterling schon bei 3000 Pfund Sterling beginnen und stufenweise steigen, bis bei einem Einkommen von 100 000 Pfund Sterling eine Gesamteinkommensteuer nach dem Takte von 2 Schilling 7 Pence pro Pfund Sterling zu zahlen seien, der Gesamtertrag der Ergänzungsteuer würde für ein volles Jahr 7 770 000 Pfund Sterling ergeben. Die Erbschaftsteuer würde bei Nachlässen von über 60 000 Pfund Sterling erhöht werden. Zum Schluß erklärte Lloyd George, seine Vorschläge stellten einen entscheidenden Schritt auf dem Wege dar, welcher das Volk zu höherem Glück und größerer Leistungsfähigkeit und die britische Nation zu größerer und ausdauernder Kraft führe.

### Japan.

#### Die Bestechungssache.

Tokio, 4. Mai. Das Marineministerium veröffentlichte eine Reihe von Anklagen gegen Admiral Fujii, worin er beschuldigt wird, von zwei bekannten englischen Schiffwerften Provisionen erhalten zu haben. Wie angegeben wird, hat Fujii in der Zeit vom Januar 1911 bis September 1912 von den Lieferanten 352 700 Yen (etwa 1 1/2 Millionen Mark) erhalten.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Streikunruhen in Colorado.

New York, 4. Mai. 86 Militärsoldaten des Staates Colorado, die den Tod von zwei Frauen und 11 Kindern verschuldet haben, werden vor ein Kriegsgericht gestellt. Jede Waffeneinfuhr in den Staat wurde verboten.

Washington, 4. Mai. Der österreichisch-ungarische Botschafter besuchte heute den Staatssekretär Bryan, um sich nach der Lage im Streitgebiet in Colorado zu erkundigen. Ein großer Teil der dortigen Grubenarbeiter ist österreichischer und ungarischer Staatsangehörigkeit. Es heißt, daß für die bei den Unruhen Getöteten Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden sollen.

#### Caillaux duelliert sich.

Paris, 4. Mai. Ein Rittolenduell zwischen Caillaux und dem Grafen d'Albieres hat heute nachmittags im Parc des Princes stattgefunden. Es sind zwei Augen auf 25 Schritt Entfernung geschossen worden, ohne daß einer der Gegner verletzt worden wäre. Caillaux schoß in die Luft.

# Im Passage-Kaufhaus Friedrichstr. 110-112

## Fortsetzung des Konkursmassen-Ausverkaufs

der Firma *W. Wertheim G. m. b. H.* in den Abteilungen:  
Glas, Porzellan und Steingut, Emaillewaren, Wirtschafts- und Beleuchtungsartikel, Musikinstrumente, Spielwaren, Kolonialwaren, Konserven, Tee, Spirituosen und Weine.

Es sind unter anderem herabgesetzt:

Lampen, Kronen u. Ampeln für Gas oder elektr. Licht um <b>40%</b>	das l. d. Erfrischungsräume noch vorräthige ungebrauchte Geschirr um <b>75%</b>	Weine, Spirituosen und Konserven um <b>40%</b>
---	---	--

## Heute beginnt der Konkursmassen-Ausverkauf

In den Abteilungen: Damen-, Backfisch- und Mädchen-Kleidung, Damen-Hüte und Putz, Pelzwaren und Schuhwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen. ➔

Für das photographische Atelier werden Aufträge nicht mehr angenommen!

Der Konkursverwalter

<p><b>Theater.</b> Dienstag, den 5. Mai 1914. Anfang 5 Uhr. <b>Passage-Theater.</b> Aino-Varieté. Anfang 6 1/2 Uhr. <b>Eines Hollendorfs Theater.</b> Histoire d'un Pierrot. Anfang 7 1/2 Uhr. <b>Rgl. Opernhaus.</b> Samson und Dalila. <b>Rgl. Schauspielhaus.</b> Der Störenfried. <b>Deutsches.</b> Ein Sommernachts-traum. Anfang 7 1/2 Uhr. <b>Metropol.</b> Die Reize um die Welt in 40 Tagen. Anfang 8 Uhr. <b>Urania.</b> Der Großglockner, Saffin, Salzburg. Besetzung: Bogmalion. <b>Kammertheater.</b> Freiheit. <b>Deutsches Künstler-Theater.</b> Schneider Wibbel. <b>Berliner.</b> Wie einst im Mai. <b>Königsgräber Straße.</b> Hr. Su. <b>Theater des Westens.</b> Polenblut <b>Theater am Kollendorfsplatz.</b> Der Juxbaron. <b>Reines.</b> Nischen Gebet. <b>Thalia.</b> Wenn der Frühling kommt. <b>Trionon.</b> Die Notbrücke. <b>Komödienhaus.</b> Kammermusik. <b>Montis Operette.</b> Jung-England. <b>Deutsches Opernhaus.</b> Monsieur Bonaparte. <b>Schauspielhaus.</b> Die spanische Fliege. <b>Schiller O.</b> Das große Licht. <b>Schiller Charlottenburg.</b> Wenn wir altern. <b>Wie.</b> Die Tochter des Heimgekehrten. <b>Ruhm.</b> Wo die Liebe hinfällt. <b>Reichshallen.</b> Stettiner Sänger. <b>Herrnfeld.</b> Ein Reinfall. <b>Deut.</b> Ist übermorgen. <b>Madras-Perle.</b> <b>Wintergarten.</b> Spezialitäten. <b>Apollo.</b> Otto Reutter. <b>Polak-Theater.</b> Das Mirakel. Anfang 8 1/2 Uhr. <b>Residenz.</b> Ein Walzer von Chopin. <b>Friedrich-Wilhelmstädt.</b> <b>Theater an der Weidendammer Brücke.</b> Bräute. <b>Walhalla.</b> Die Tochter des Heimgekehrten. <b>Eniten.</b> Ein seltsamer Fall. <b>Folies Caprice.</b> Johannasohn. Anfang 8 1/2 Uhr. <b>Neues Volkstheater.</b> Die Gaubensche. Anfang 9 Uhr. <b>Admiralspalast.</b> Am Tangoklub. <b>Berliner Circus.</b> Eisballett. Amor auf Urlaub. <b>Eines Hollendorfs Theater.</b> Histoire d'un Pierrot. Anfang 8 1/2 Uhr. <b>Sternwarte.</b> Invalidenstr. 57-62</p>	<p><b>Schiller-Theater O.</b> (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: <b>Das große Licht.</b> Mittwoch, abends 8 Uhr: <b>Was ihr wollt.</b> Donnerstag, abends 8 Uhr: <b>Das große Licht.</b> <b>Schiller-Theater</b> Char- lotten- burg. Dienstag, abends 8 Uhr: <b>Wenn wir altern.</b> Hierauf: Liebe, Nachher: Lottchens Geburtstag. Mittwoch, abds. 8 Uhr, 3. ersten Male: <b>Ueber unsere Kraft</b> (1. Teil). Donnerstag, abends 8 Uhr: <b>Heiligenwald.</b> <b>Deutsches Künstlertheater</b> Theater-Sozietät. Nürnbergers Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Dienstag, 8 Uhr: <b>Schneider Wibbel.</b> Mittwoch, 8 Uhr: <b>Erziehung zur Liebe.</b> <b>Theater in der Königsgräber Straße</b> Mittwoch, 8 Uhr, (zum 25. Male): <b>Mr. Wu.</b> <b>Komödienhaus.</b> Mittwoch, 8 Uhr, (zum 100. Male): „Kammermusik“. <b>Berliner Theater.</b> 8 Uhr: <b>Wie einst im Mai.</b> <b>Theater am Kollendorfsplatz 5.</b> 8 Uhr: <b>Der Juxbaron.</b> <b>Theater des Westens.</b> 8 Uhr: <b>Polenblut.</b> <b>Theater an der Weidendammerbrücke.</b> Täglich 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2: <b>Der müde Theodor</b> mit Henry Bender als Gast. Stürmischer Pochersolg laut ein- stimmigem Bericht der Presse. <b>Voigt-Theater</b> Bodstraße 38. Morgen Mittwoch, den 6. Mai 1914: <b>Prinz und Bettlerin</b> Sensationstomödie in 6 Bildern von E. B. Zug. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf. Freitag, den 15. Mai: Bettlerin O. Rein. „Der Liebe Erwachen“</p>	<p><b>URANIA</b> Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Der Großglockner, Gasten und die Salzburger Alpen. <b>Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.</b> Anfang 8 1/2 Uhr. <b>Die Förster-Christl.</b></p>	<p><b>Trionon-Theater.</b> Täglich abends 8 Uhr: <b>Die Notbrücke.</b> <b>ROSE-THEATER</b> Grenz-Brandenburger Str. 132. <b>Die Tochter des Heimgekehrten</b> Anfang 8 Uhr. — Mittwoch: Die Tochter des Heimgekehrten.</p>	<p><b>Residenz-Theater.</b> Anfang 8 1/2 Uhr. <b>Ein Walzer von Chopin.</b> Schmant in 3 Akten von Henri Reizout und Albert Carré. Morgen und folgende Tage: <b>Ein Walzer von Chopin.</b></p>	<p><b>Metropol-Theater.</b> Abends 7 Uhr 35 beginnend: <b>Die Reise um die Erde in 40 Tagen.</b></p>
<p><b>Zirkus Busch</b> Gastspiel des Deutschen Theaters Direktion: Max Reinhardt. <b>Das Mirakel</b> Anfang 8 Uhr. Vorverkauf an der Tageskasse des Deutschen Theaters u. an allen Theaterkassen von A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1—10 M.</p>			<p><b>ZOOLOG</b> ischer Garten Tägl. ab 4 Uhr: <b>Militär-Konzert.</b> Vom 15. Mai 1914 ab: <b>Großes Militär-Doppel-Konzert.</b> Eintrittspreise: Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf. Aquar. 1 M., v. d. Str. 50 Pf., v. Zoo Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte. Neu! Neu! <b>AQUARIUM</b> 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.</p>	<p><b>Passage-Panoptikum.</b> <b>Der unfesselbare Rappo,</b> der König der Ausbrecher. Vom Publikum gefesselt. Vor dem Publikum befreit. Aga, die schwebende Jungfrau. Buddhas Geisterfahne. 20 Säle mit Sehenswürdigkeiten. Alles ohne Extra-Entree! Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.</p>	
<p><b>Die Küche im Mai</b> <b>Kochkunst</b> Ausstellung <b>Clou</b> Eröffnung: <b>Morgen!</b></p>			<p><b>Apollo-Theater.</b> 8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr <b>Otto Reutter</b> u. ein vollst. neues Variétéprogr. Rauchen gestattet!</p>	<p><b>Casino-Theater</b> Lotharstr. 37. Täglich 8 Uhr Litke Carlsen in „Der Glückspilz“. Juana, 3 Tauberts, Mlle. Lolitta. Dazu der große Lustspiel-„Schlingel“. <b>Wo die Liebe hinfällt.</b> Zürcherer Lustspiel.</p>	
<p><b>Brauerei Friedrichshain.</b> Nur Donnerstag, den 7., u. Freitag, den 8. Mai 1914: Gastspiel von <b>Johann Strauß</b> aus Wien Dirigent a. D. der k. k. österr. Hofballmusik mit seiner vollständigen Kapelle. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.</p>			<p><b>WINTERGARTEN</b> Neues Programm! <b>Rajah</b> in ihren Tänzen Johnson u. Dean Jeanette Denarber Ragtime mit ihrem Sextett Ballon und eine Auslese hervorragender Kunstkräfte! Entreeplatz wochentags M. 0,60. — Rauchen gestattet! —</p>	<p><b>Folies Caprice.</b> 1/4 Tokuwabohn Das Karnickel Das Erdbeben.</p>	
<p><b>Admiralspalast.</b> Eis-Arena. Die Novität „Im Tangoklub“ und zum 246. Male das effekt- volle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise. <b>Wein- und Bier-Abteilung.</b></p>			<p><b>Reichshallen-Theater.</b> Stettiner Sänger. Herr Direktor Kuhlische Barleske von Steinle. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.</p>	<p><b>Walhalla-Theater</b> Weinbergsweg 19/20. Gastspiel des Operetten-Ensembles Direktion: Bernhard Rose. <b>Die Dollarprinzessin</b> Anfang 8 1/2 Uhr. Mittwoch: Die Dollarprinzessin</p>	

Gewerkschaftliches.

Der deutschnationale Umfall.

Es kommt alles, wie es kommen mußte. Zuerst legte sich die „Soziale Praxis“ für die unsozialen Vorschläge der Regierung ins Zeug, jetzt kommen ihr die Deutschnationalen zu Hilfe — wollen wir wetten, daß binnen kurzem auch die Verbände der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ ihr „Unannehmbar“ zurückziehen werden?

Herr Alfred Roth, der Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hat es unternommen, in der lehrerlichen Nummer der „Sozialen Praxis“ die kaufmännischen Angestellten zur Aufgabe ihrer so bescheidenen Forderungen in der Konkurrenzkaufselfrage und zur Annahme der Regierungsvorschläge zu überreden. Dieser Vorstoß verdient um so mehr Beachtung wegen der bekannten Beziehungen des deutschnationalen Verbandes zur Zentrumspartei. Als im Dezember vorigen Jahres in der Gesellschaft für soziale Reform das erste große Kompromiß zustande gebracht wurde, diente als Grundlage dazu eine Resolution, die der Zentrumsgewerkschaft als Vorsitzender eines Unterausschusses für Angestelltenfragen scheinbar persönlich einbrachte, von der sich aber zur größten Uebertrübung aller Teilnehmer hinterher herausstellte, daß sie das Ergebnis einer vorherigen Verständigung mit dem deutschnationalen Verband darstellte. Handelt Herr Roth jetzt vielleicht im Auftrage des Herrn Erimborn, um den unvermeidlichen Umfall des Zentrums zu decken?

Die Gründe, mit denen der deutschnationale Führer seine Berufscollegen zu überzeugen sucht, sind, wie man sich denken kann, äußerst schwach. Herr Roth spielt sich einfach als den erfahrenen Realpolitiker auf, der „seit nun bald 15 Jahren mit an erster Stelle in der Handlungsgehilfenbewegung steht“, und schilt über die törichtesten Leute, die den Angestellten ein steifes Rückgrat wünschen und hervorheben, daß Erfolge nicht durch fortwährendes Zurückweichen und Nachgeben zu erreichen sind, sondern nur durch zähes Festhalten an den Forderungen. Wer so etwas schreibt, sagt Herr Roth, wird dem Ernst der Lage ganz gewiß nicht gerecht, und damit auch der Scherz zu seinem Recht kommt, beruft er sich auf Eduard Bernstein, der in irgend einem Zusammenhang einmal die Demokratie als eine Hochschule der Kompromisse genannt hat. Aber Herr Roth ist bestimmt im Irrtum, wenn er glaubt, dieses Wort so auslegen zu können, als ob die widerstandslose Billigung jedes faulen Kompromisses bereits ein Stützpunkt Demokratie sei.

Im übrigen ist Herr Roth ein großer Bessimist. Für ihn unterliegt es keinem Zweifel, daß der Gesegentwurf über die Konkurrenzkaufsel „auf Nimmerwiederkehr erledigt“ ist, wenn es nicht zur Verständigung auf der von der Regierung verlangten Grundlage kommt, denn, so fragt er triumphierend, wie wollte der Reichstag den ihm verfassungsmäßig hierin gleichgestellten Bundesrat zur Vorlegung eines ihm genehmeren Gesegentwurfes zwingen? In der Tat verblüffend! Es ist nur schade, daß Herr Roth diese Weisheit nicht früher zum besten gegeben hat, denn wenn die Verbündeten der Regierung doch niemals gegungen werden können, auf den Willen des Reichstags Rücksicht zu nehmen, hat diese ganze Einrichtung doch schließlich gar keinen Zweck. Wir empfehlen dem lehrerlichen Herrn allen Ernstes, sich von unserem Genossen Bernstein einmal etwas gründlicher über Demokratie und Parlamentarismus aufklären zu lassen.

Aber Herr Roth kennt seine Leute! Er legt seinen Berufscollegen einfach in fünf langen Spalten aneinander, welchen „annehmbaren Fortschritt“ die Regierungsvorschläge doch immerhin darstellen würden, den Leitern der anderen Harmonieverbände versichert er beruhigend, daß es durchaus keine Schande sei, gelegentlich einmal „verbandstaktische Hemmungen beiseite zu schieben“, und am Ende seiner Epistel ist er bereits „überzeugt“, die Handlungsgehilfen denken praktisch genug, um den Teilerfolg hinzunehmen, da sie Besseres nicht bekommen können“. Und wir glauben

auch, daß ihn diese Ueberzeugung nicht trügen wird. Denn wer die ganzen Jahre hindurch zur Schwäche und Energielosigkeit erzogen worden ist, von dem kann man nicht erwarten, daß er in der entscheidenden Stunde plötzlich zum selbstbewußten Kämpfer wird.

Wie uns heute berichtet wird, sind der Frankfurter Verband und der Verein der Handlungsgehilfen von 1858 am Sonntag bereits auf das deutschnationale Signal eingeschwenkt, sobald gegenwärtig nur noch die Haltung des Leipziger Verbandes unentschieden ist.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! In den Karosierfabriken in Stuttgart befinden sich die Kollegen im Streik, und versuchen einige Agenten, in Berlin Arbeitsangebote für Stuttgart anzubringen. Wir bitten dringend, alle Arbeitsangebote nach Stuttgart abzulehnen. Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

„Revolution“ in der Brunnenstraße.

Der Streik der Bäcker bei Goldacker und Hanke u. Co., Inhaber Otto Weidner, scheint wieder einmal die Polizei in ungeheure Aufregung versetzt zu haben! War schon ein starkes Aufgebot von Beamten bei der Arbeitniederlegung bei Goldacker sowie bei Auszahlung des Lohnes und Herausgabe der Papiere vorhanden, so wurden am Sonnabend und Sonntag vor dem Hause Brunnenstr. 129/130 ein förmliches Kriegslager eingerichtet. Außer den zahllosen uniformierten Schulheuten war noch ein starkes Aufgebot von Polizisten in Zivil vertreten, die wie gewöhnlich außerordentlich „schneidig“ vorgingen. Durch einen der Anstreiber bei Goldacker, einen ehemaligen Hausdiener, der die Streikenden ziemlich genau kannte, wurden die Staatsretter auf die Streikposten aufmerksam gemacht, die wider alles Recht nicht nur verjagt, sondern auch verhaftet wurden. Teilweise mußten die Verhafteten mehrere Stunden auf der Wache zubringen. Auch die Jettelverteiler wurden verhaftet! Kein Wunder, daß sich alsbald eine größere Menschenmenge ansammelte, die ihrer Entrüstung über das Vorgehen Goldackers sowie Weidners ziemlich unbehohlenen Ausdruck gab.

Die Streikenden hatten im Laufe des Sonnabends in den Stadtteilen, in denen sich die Filialen der beiden Firmen befinden, durch Leute mit polizeilichen Erlaubnisbescheinigungen Lauszetten verbreiten lassen, worin die Kollegen der Streikenden zur Solidarität aufgefordert wurden! Auf diese Jettelverteiler machte die Polizei besonders Jagd. Die Flugblätter enthielten lediglich eine Darstellung der Differenzen und eine Aufforderung an die Bäckergehilfen zur Solidarität. Nichtsdestoweniger wurden die Jettelverteiler verhaftet. Auf den ziemlich deutlichen Protest einer Anzahl der Verteiler haben verschiedene Polizeiwachen die Jettelverteiler wieder entlassen und ihnen die Flugblätter zurückgegeben mit der Bemerkung, daß diese Flugblätter nicht direkt vor den Geschäften selbst, sondern einige Häuser entfernt davon verteilt werden können. Allein in der Brunnenstraße vor dem Hauptgeschäft Goldackers wurde das Verteilen konsequent auch in bestimmten Abständen verboten. Die Jettelverteiler wurden arreliert und die Flugblätter konfisziert, auch trotz Protest und Hinweis auf das ungesetzliche dieses Vorgehens nicht wieder freigegeben. Ob dieser überaus eifrige Polizeikampf dem bedrohten Profit Goldackers und Weidners etwas nützen wird, ist wohl zu bezweifeln. Keinesfalls ging die Polizei in der Brunnenstraße vor.

Wahre Orgien feiert bei diesen Kämpfen aber die Handwerksretterei der Bäckerinnung, die dem Großbäcker Goldacker sofort zu Hilfe kam. Tatsächlich gab sich auch einige Bäcker zu Kaufverträgen für Goldacker her, obgleich dieselben 2 M. Wochenlohn weniger erhalten und täglich circa zwei Stunden länger arbeiten müssen, als die Streikenden laut Tarif. Die Bäcker werden auf das dringendste vor Zugang sowohl nach der Bäckerei Goldacker, Brunnenstr. 129/130, als auch nach den Bäckereien der Firma Hanke u. Co., Inhaber Weidner, gewarnt.

Das Lokal des Schankwirts Kron, Soldiner Straße 8, wurde in der vorigen Woche dazu genutzbraucht, um von dort aus arbeitswichtige Zimmerer nach Kältern zu vermitteln. Wie Herr Kron uns mitteilt, geschah dies ohne sein Wissen. Als er von der Sache Kenntnis erhielt, hat er den Beteiligten sofort das Handwerk gelegt.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Holzarbeiterverband im Jahre 1913.

Der Veröffentlichung der Jahresabrechnung des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat man mit einer gewissen Besorgnis entgegen gesehen. Wenn dieser Verband auch zu den leistungsfähigsten Ge-

werkschaften gehört, so ist es doch bekannt, daß gerade die Holzindustrie sehr schwer unter der letzten Wirtschaftskrise gelitten hat. Der Verband nimmt schon seit einer längeren Reihe von Jahren allmählich eine Arbeitslosenzählung vor, aber noch nie waren deren Ergebnisse so ungünstig als im Jahre 1913. Wenn man aus festgestellten Arbeitslosenziffern am Schlusse der einzelnen Monate den Jahresdurchschnitt berechnet, dann beträgt die Arbeitslosigkeit im Jahre 1911 2,40 Proz., 1912 3,15 Proz., sie stieg aber im Jahre 1913 auf 5,10 Proz. Das heißt im Durchschnitt waren an jedem Tage des verfloffenen Jahres 5,10 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos. Am Jahreschlusse war die Arbeitslosigkeit sogar auf 11,0 Proz. gestiegen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat aber das schwere Jahr 1913 verhältnismäßig gut überstanden. Betrachtet man nur den Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl, dann ergibt sich sogar gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 193 845 auf 195 400. Von Jahreschlusse zu Jahreschlusse gerechnet, ist allerdings ein Verlust von 3785 zu verzeichnen. Am Ende des Jahres zählte der Verband 193 075 Mitglieder. Die Einbuße an Mitgliedern ist also in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering. Dabei hat die Zahl der weiblichen Mitglieder noch eine Steigerung von 7198 auf 7470 und die der jugendlichen eine solche von 1116 auf 1148 erfahren.

Erfürlicherweise bewirkt die große Arbeitslosigkeit einen außerordentlich starken Ansturm auf die Kassen des Verbandes. Im Jahre 1912 hatte der Verband für Unterstützungs Zwecke 8 678 180 M. ausgegeben. Diese Summe erschien ungewöhnlich hoch; sie wurde aber im Jahre 1913 weit in den Schatten gestellt. Dabei doch die Mitglieder des Verbandes aus der Haupt- und den Lokal-Kassen insgesamt nahezu 5 1/2 Millionen Mark an Unterstützungen bezogen. Der Löwenanteil an dieser Summe entfällt natürlich auf die Arbeitslosenunterstützung, für welche mehr als 2 1/2 Millionen Mark aufgewendet wurden. Aber nicht nur die Arbeitslosenunterstützung, sondern alle Unterstützungen haben gegenüber dem Jahre 1912 eine beträchtliche Steigerung erfahren, wie aus der nachfolgenden Uebersicht hervorgeht:

	1912	1913
	M.	M.
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	140 183	150 019
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	1 389 487	2 250 808
Streikunterstützung . . . . .	876 242	1 450 281
Krankunterstützung . . . . .	989 693	1 200 624
Gemahregelunterstützung . . . . .	71 587	118 591
Sterbegeld . . . . .	65 610	74 517
Umzugsunterstützung . . . . .	47 610	52 290
Rückfallunterstützung . . . . .	72 755	133 644
Rechtschutz . . . . .	23 123	26 840
Zusammen . . . . .	3 076 180	5 496 612

Es ist begreiflich, daß bei einer solch rapiden Steigerung der Ausgaben das Verbandsvermögen keine wesentliche Vermehrung erfahren hat. Insgesamt verfügte der Verband am Jahreschlusse in der Haupt-, den Gau- und Lokal-Kassen über ein Vermögen von 740 4017 M. Gegenüber dem Stand am Schlusse des Vorjahres beträgt die Zunahme nur 182 440 M.

Beachtenswert und ein Zeichen für die Kampfkraftigkeit des Holzarbeiterverbandes ist der Umstand, daß auch die Ausgabe an Streikunterstützung eine sehr wesentliche Steigerung erfahren hat. Gegenüber dem Vorjahre mit 861 Lohnbewegungen und 51 449 Beteiligten ist wohl die Zahl der Bewegungen zurückgegangen, aber die Zahl der Beteiligten ist stark gestiegen. Der Verband hat im Jahre 1913 696 Lohnbewegungen mit 85188 Beteiligten geführt. Die große Mehrzahl der Lohnbewegungen, nämlich 367 Angriffsbewegungen mit 68 721 Beteiligten und 19 Abwehrbewegungen mit 402 Beteiligten, konnten ohne Streik durchgeführt werden. Diese Tatsache sei besonders jenen Arbeiter zur Beachtung empfohlen, die in den Gewerkschaften nur Organisationen zur Angeltung von Streiks sehen wollen. Das gerade Gegenteil ist richtig. Eine gut geführte Gewerkschaft ist ein Mittel, Streiks zu verhüten. Je schwächer die Organisation der Arbeiter ist, um so eher läßt es der Unternehmer auf den Streik ankommen, während er einer leistungsfähigen Organisation gegenüber viel leichter zum Verhandeln und Zugeständnissen bereit ist.

Inmischen mußte der Holzarbeiterverband 171 Angriffstreiks mit 10 127 Beteiligten, darunter 637, denen die Forderung ohne Streik bewilligt wurde, 117 Abwehrstreiks mit 3269 Beteiligten und 22 Ausfahrungen mit 2619 Beteiligten führen. Das Ergebnis der Lohnkämpfe war in der überwiegenden Zahl der Fälle den Arbeitern günstig. Als Gesamtresultat wurde registriert: Für 68 659 Personen eine Arbeitszeiterhöhung um durchschnittlich 1,8 Stunden pro Woche und für 71 963 Personen eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 2,26 M. pro Woche.

Deutsche Sänger.

Eine Gesellschaft, eine Gesellschaft, diese teutschen Sängere!... „Deutsch und Hart“ nennen sie sich. So wie alles Teutsche. Auch wenn es sich mit den Armen, den Weinen oder — dem Raube rührt — statt der Kelle. Sogar „bis ins Mark“ soll das gehen. Man bedenke!... Aber, aber! Teutsch? (Ausgesprochen im Sinne der — denke!... Aber, aber! Teutsch? (Ausgesprochen im Sinne der — freilich etwas sagenhaften — Germanentugenden.) Ne, is nich Stark? (Als wahrhaft, aufrecht genommen.) Ne, ne, um alles in der Welt nich. Weilt nur: Teutsch und Hart! etwa in dem Sinne, daß sie sich patriotisch unter Anwendung großer Lungentraft gegen die sich patriotisch unter Anwendung großer Lungentraft gegen die Ehrenliste eintragen zu dürfen.

Der Männergesangsverein..... wünscht Ihnen Gnädigster Herr Probechor nebst Ew. Hochgeschätzten Familie ein glückliches festliches Osterfest. Möge es dem Herrn Probechor nebst Familie vergönnt sein dieses festliche Fest durch ein langes von Gott gesegnetes Leben noch lange Jahren in fester Gesundheit erleben. Für die von Herrn Probechor dem Verein bisher bewiesene Wohlthaten sagen wir unfern besten Dank. So erlauben wir uns die Ehrenliste der Ehrenmitgliederschaft des Herrn Probechor dem Verein die Ehrenmitgliederschaft des Vereins ehrenbreitig einzuführen und anzubieten. Leben der Hoffnung Raum das Ew. Hochgeschätzten Namen in die Ehrenliste eintragen zu dürfen. Möge es dem Herrn Probechor Gnädigsten Familien gütige Hand ein festliches Osterfest im Verein feiern zu können. Gutes großes Glückheit mit Freunden entgegengehend als Gutes großes Glückheit mit Freunden entgegengehend als untertänigster

ähnlicher Leute. Dabei betont er aber ausdrücklich, daß er noch „andere fürstliche und hohe Personen“ zu Ehrenmitgliedern holt. Wenn man nun dieses Schreiben liest — kommt einem da nicht die Erinnerung an jene schönen Zeiten von dem Teiche, in dem eine „grünlich-blaue, schleimig-weiche Wasserleiche“ lag? Von wegen dem Schleimigen, widerlich Weichen darin??... Dabei handelt es sich hier nur um einen „Probechor“, um einen ganz gewöhnlichen Professor! Mit welchen Superlativen mag man da wohl die anderen Personen bedacht haben, die schon längst Ehrenmitglieder geworden sind, die Majestäten, königlichen Hoheiten, Durchlauchten, Erzengelzen e tutti quanti??...

Unterzeichnete Verein meldet sich zu Ihrem bedauernden Großen Gesang Wettstreit mit 58 Sängern an. Mit der Voraussetzung, daß Sie und den Kaiserpreis sowie die vorherige Ausgabe der Preisrichter zuzichern. Mit deutschem Sängerglück

Auch dieser Verein ist in jener sehr großen Stadt des Niederrheins zu Hause. Er kann zwar nicht solche Ehrenmitglieder aufweisen, wie der „höhenvollernsche“, trägt aber dafür ein anderes Charakteristikum: es ist ein Fabrikangereicher, also durchaus waschecht. Der Adressat wohnt ganz in der Nähe jener großen Stadt und gehört — natürlich! — ebenfalls zu den „Deutsch- und -Harten“. Ob die 58 Mann den Kaiserpreis bei dem „Großen Gesang Wettstreit“ erhalten haben, darüber sagt die Chronik nichts. Aber das ist schließlich auch ganz gleichgültig. Wie man sich diese Preise „erweicht“, das zeigt dieses Schreiben und darauf kommt es an. Das aber ist köstlich.

Dichter an die Front! Diesen Kampfzettel erhebt Max Dreger in den „Rosen“, der Halbmonatschrift des Düsseldorf-Schauspielhauses. Es gibt — so schreibt er — Leute genug, die sich als Überubin mit Klammernschweidern aufpflanzen und den Dichtern den Weg zur Gegenwart wehren. Sie meinen, hier hätten die Dichter nichts zu suchen, denn hier kämpfen lebendige Meinungen, Dichter dürfen aber keine Meinung haben, das sei Verbot an der Kunst. „Sie haben ein Wort zur Hand, das scharf im Klang wie ein Messerlinge. Damit schneiden sie sich die Kehlen ab, sobald sie es wagt, etwas auszusprechen, was einer Ansicht nur ähnlich ist. Tendenz heißt das Wort.“ Davon sollten sich aber die Dichter nicht beirren lassen. „Lacht sie rufen. Fürchtet Euch nicht vor ihren Klammernschweidern oder ihren Schwätzereien. Nützt die Spielleute nicht! Nehmt Jesus Christus zweiunddreißig Vers fünf. Wollen sie Euch aber beirren, so laßt Euch nicht. Auch nicht von ihnen, den erhabensten der Kestheten, die ganz oben in wellenförmiger Höhe sitzen, verzückt ob sich selber, versunken in des Glück der Selbstbetrachtung

und lauen an ihrer Nabelschnur.“ Sie sollte man übrigens lassen lassen. — wenn sie nur nicht produzierten! Und dann kommt es: „Ihr aber, Ihr Dichter, ob jung, ob alt, ob hoch, ob gering, stellt Euch mit beiden Beinen fest auf die Erde! Nehmt an die Hand, wenn etwas Eure Hilfe sucht, wartet und schützt und schreit drein, jeder nach seinen Gaben und seinem Vermögen! Greift zu! Und greift an! Denn die Zeit hat ihre Not. Und arbeitet an der Zeit.“

Lacht Euch nicht mit künstlerischen Ewigkeitsworten beneiden — in der Zeit ruft die Ewigkeit! Ihr, denen das Wort verliehen ist, nicht bloß singen sollt Ihr, Ihr sollt auch sagen! Sprechen und reden. Und wenn sie's Euch tausendmal verbieten, gerade weil sie's Euch verbieten — nicht bloß Künstler sollt Ihr sein und Wärdner, auch Dolfer, Berater, Freunde und Gefinnungsgenossen. Ueber den Parteien — was heißt das, über den Parteien! Jeder ist Partei, und um so mehr, je mehr er selber Einer ist!

Ueber den Parteien ist das graue Nichts. Und Dichter dürfen keine Schatten sein. Farbe müssen sie haben! Und Farbe müssen sie bekennen. Kampfer. Und Kämpfer im Streik! So Max Dreger. Dessen wird das natürlich nichts, denn die Weltabgewandtheit der meisten unserer gegenwärtig lebenden Dichter hat viel tiefere Ursachen wie den Kappel an gutem Willen oder auch an Aufrichtigkeit: sie wurzelt in der glatten Unfähigkeit, die Fragen des modernen Lebens zu verstehen und zu beantworten. Aber trotzdem hat dieser Appell seine Bedeutung, denn er zeigt, daß selbst in den Reihen der Dichter die Erkenntnis darüber aufblüht, wie sehr sie auf falschen Wegen wandeln und wie sehr eine Abkehr davon notwendig ist.

Der Gang der Modedame. Wir lesen in der Wochenschrift „Zeit im Bild“: Die grotesk wirkt der Gang der heutigen Modedame! Sie macht keine trippelnde Schritte, wie ein Kind. Der zu enge Rock hindert das Schwingen des Beins im Hüftgelenk, das sozusagen in die Anie verlegt wird. Der Rock würde sie zum Stolpern, ja zu Fall bringen, wenn sie nicht mit leicht eingeknickten Knien ginge. Dazu kommen die modernen Stiefelschuhe, die noch zur Unfähigkeit des Ganges beitragen und die Ferse beart beben, daß die Lebensspitzen die Schwere des Körpers allein tragen müssen. Um das Gleichgewicht zu erhalten, neigt der Oberkörper naturgemäß nach vorne. Durch die unwillkürliche Vordwärtsbeugung entsteht eine Abflachung, bei hängenden Schultern sogar eine Rundung des Rückens, und die anmutig geschwungene Rückenlinie des normalen Körpers geht verloren. Auf die „Vangernung“ der „Modedamen“ noch erst hinzuweisen, halte ich für überflüssig. Kann nun so eine Modedame einen graziösen Gang haben? Ich muß es mit Bedauern verneinen, denn bei Kleiderpuppen mit immerer Achromie kann man weder von Grazie noch von Individualität sprechen.

Auch die Tarifverträge in der Holzindustrie haben im verflochtenen Jahre einen weiteren Ausbau erfahren. Am Schlus des Jahres 1912 war der Holzarbeiterverband beteiligt an 1098 Verträgen für 14 338 Betriebe mit 144 658 Personen. Im Laufe des Jahres waren davon 242 Verträge für 5629 Betriebe und 63 551 Personen abgeschlossen, aber es wurden 282 Verträge für 6283 Betriebe und 68 043 Personen abgeschlossen, so daß am Schlus des Jahres 1135 Verträge für 14 990 Betriebe mit 149 128 Personen in Kraft waren.

Der Deutsche Holzarbeiterverband kann mit Befriedigung auf das Jahr 1913 zurückblicken. Seine Leistungsfähigkeit war auf eine scharfe Probe gestellt, aber er hat sie glänzend bestanden. Der geringe Mitgliederverlust will wenig besagen; schließlich ist die Zahl der Verbandsmitglieder, die gedrängt durch die langanhaltende Arbeitslosigkeit den Beruf gewechselt haben und deshalb aus der Organisation ausgeschieden sind, weit größer als der nominelle Verlust des Verbandes. Hat die Wirtschaftskrise den Mitgliederstand nicht zu erschüttern vermocht, so hat sie doch bewirkt, daß die Kräfte in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen wurden. Sie haben sich aber dem Ansturm gewachsen gezeigt. Auf neue ist erwiehen worden, daß die Arbeiter in allen Kollagen eine sichere Zuflucht in ihrer Gewerkschaft haben. Mit besonderem Stolz darf der Deutsche Holzarbeiterverband auf die Erfolge seiner Lohnbewegungen im verflochtenen Jahre zurückblicken, die in Anbetracht der schweren Wirtschaftskrise unter besonders schwierigen Umständen erungen wurden. Frohen Mutes und hoffnungsfreudig dürfen die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, nach den Erfahrungen, die ihre Organisation im Jahre 1913 gemacht hat, der Zukunft entgegensehen.

### Der Verband der Maler stärkt seine Reihen.

Schon seit Wochen entfaltete der Verband der Maler eine umfassende, planmäßig durchgeführte Agitationstätigkeit. Der Herausgabe einer Instruktion, des Wirtes und die Erfolge der Organisation trefflich schildernden Aufklärungsschrift und einer Hausagitation folgt vom 4. bis 12. Mai eine allgemeine Versammlungssaktion. Annähernd 300 Versammlungen mit den Verbandsfunktionären als Referenten werden über ganz Deutschland hinweg in diesen Tagen abgehalten werden. Darin soll behandelt werden: „Der Widerstand der Unternehmer gegen die soziale und kulturelle Besserstellung der Arbeiter des Malergewerbes“. — Die Nr. 18 des „Verbands-Anzeigers“ (Organ des Malerverbandes) ist als Agitationsnummer gut ausgestaltet und in größerem Umfang als sonst erschienen. Außer einer Anzahl Artikel, die den Wert der Organisation behandeln, ist an erster Stelle in einem Aufsatz mit wenigen Sätzen die im Malergewerbe herrschende Situation klar und deutlich aufgezeichnet. Die Entwicklung des Organisationsgedankens, die Leistungen des Verbandes der Maler, die Pläne des Unternehmertums, dessen im Vorjahr inszenierte, aber verunglückte Nachfolge und dann ein ganzes Sündenregister sozialer Rückschlüsse und mittelständlich-verhöhrter Arbeiterfeindschaft werden da geschildert.

Die im Unternehmerverband organisierten Malermeister — weniger ihre Führer — hegen jetzt zusammen mit den Scharwachern aller Grade gegen die soziale Gesetzgebung, besonders gegen den Unfall- und Gesundheitschutz, gegen eine anfängliche Bezahlung, vor allem der älteren Arbeiter; gegen die Arbeitslosenversicherung; desto mehr aber wirken sie für die Verkümmernng des Koalitionsrechts der Arbeiter, in dessen sie selbst den schlimmsten Terrorismus üben, den Handhändler Beiträge abzugeben und die Zwangsmaßnahmen zu ihren Kampfbündeln mißbrauchen; sie verlangen die Politisierung der Gewerkschaften, treiben aber selbst unangenehme Politik. Daß es aber auch ein lebhaftes Echo in den Kreisen der beteiligten Arbeiter findet, bezweifeln wir nicht. Die richtige Tätigkeit der leitenden Faktoren des Verbandes der Maler zeigt, daß dessen Mitglieder bei ihm eine energische Vertretung ihrer Interessen gegen ein sozial-rückständiges Unternehmertum finden.

Formen und Scharwachern! Die „Marienhütte“ in Kopenau bei Liegnitz in Schlesien sendet Werbeagenten aus, um Formen, Maschinenarbeiter und Scharwachern zu bekommen. Wegen der miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe hat eine große Anzahl Formen und Scharwachern vor einigen Wochen Kopenau verlassen und in anderen Orten Arbeit angenommen. Die Hüttenverwaltung will nun die entlassenen Läden füllen. Bei der Anwerbung wird ziemlich strupplos verfahren. So hat dieser Tage ein Agent in Reichen circa 40 Mann angeworben und nach Kopenau befördert. Den Leuten war ein Verdienst von 4,50 bis 5 M. schriftlich garantiert worden. Raum in Kopenau angelangt wurde ihnen mitgeteilt, daß sie nur 2,20 M. bis 2,60 M. erhalten. Natürlich entstand daraufhin eine große Erregung unter den Angeworbenen, alle verlangten unentgeltlich Zurückbeförderung nach Reichen, die schriftlich garantiert worden war. Davon wollte aber die Hüttenverwaltung nichts wissen, sie ordnete vielmehr die Räumung des Verbringungsheims, in dem alle einquartiert waren, an. Durch Vermittlung des Bürgermeisters wurde erreicht, daß die Leute auf Kosten der Firma am gleichen Tage nach Reichen zurückbefördert wurden.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der „Marienhütte“ sind die denkbar schlechtesten. Arbeiterinnen erhalten Löhne von 11 Pf., Hilfsarbeiter von 22 Pf. die Stunde.

duellem Charakter des Ganges sprechen. Sie sind Kunstprodukte eines Kleidermagazins, einer Kultur des Neufertigen. Sie sind nur imfandne, einen Typus, den der Gedankenlosigkeit, darzustellen, und in diesem liegt auch die Unbefähigkeit und das Wechselsende in ihrer Erscheinungsform. Wo eine Kleidung dem Lebensmoment und der Notwendigkeit des Körpers entspricht, bleibt sie in ihren Grundrissen einheitslich und unterwirft sich keiner Mode; das sehen wir bei den Beschäftigten, die die Körperhaltung als Zweck und die Kleidung als Mittel erachten. z. B. beim Schwimmen, Reiten, Fechten, Tanzen, Turnen, Bergsteigen, bei Gartenarbeiten usw. Hier herrscht Grazie, weil wir bei der Bekleidung auf die nackte Gestalt des Menschen, auf seinen normalen Knochen- und Muskelbau zurückgehen und uns so kleiden, daß die Stoffe die Körperbewegung nicht hemmen, noch in naturwidrige Formen einpressen.

### Humor und Satire.

#### Triumph des Antitopps.

##### I. Ertrunkenheit.

Zur Auftrags einer Filmgesellschaft operierte ein Berliner Arzt unter Mitwirkung des Kinooperateurs einen gar nicht Operationsbedürftigen, der keine Ahnung hatte, daß die Operation eine Operette war.

##### II. Steigerung.

Zur Auftrags einer Filmgesellschaft entließ sich — gegen ein Miesenhonorar zugunsten seiner Gläubiger — der Gardeleutnant K. Koch der vorzüglich gelungenen Aufnahme des spannenden Todeskampfes (unter freundlicher Mitwirkung von Pastor P.) eröffnete Justizrat B. das Testament des Verdächtigten, der keine Ahnung gehabt hatte, daß er irrinnig war, was die Gesellschaft der Zahlung des Honorars entthob.

(Emanuel im „Simplicissimus“.)

### Notizen.

— Vorträge. Ueber „Ziele und Aufgaben der Expedition zur Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis am 21. August 1914“ spricht Direktor Archenholz im „Verein von Freunden der Tropen-Steinwarte“ am Mittwoch, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im großen Hörsaal des Instituts.

— Theaterkritik. Im Schiller-Theater O geht Mittwoch statt der „Beiden Deonoren“ „Was ihr wollt“ in Szene. — Im Deutschen Theater ist die Aufführung des Bremer Dramas „Das Wundermädchen von Berlin“ im Einverständnis mit dem Autor auf die nächste Saison verschoben.

— Ein Klaus-Groth-Pauseum wurde in Heide, der Geburtsstadt des plattdeutschen Dichters Klaus Groth, eingeweiht.

### Zum Kampf in der Solinger Waffenindustrie.

Volle neun Wochen stehen nunmehr die Solinger Waffenarbeiter im Kampf, ohne daß auch nur ein einziger Arbeiter der Sache untreu geworden wäre. Streikbrecher sind nicht zu finden. Die dem Scharfmacherlohnfortium angehörenden fünf ausparterwärtigen Firmen sind am Ende ihres Latens angelangt. Dem Unternehmerverband gelang es nun, durch einen gewissen Druck auf die nicht ausparterwärtigen kleinen Firmen insoweit einzuwirken, daß zwei dieser Firmen (Rox u. Obliger und Clemen u. Jung) sich der Aussperrung angeschlossen haben. Den Arbeitern dieser Firmen wurde bereits gekündigt und den für diese Firmen arbeitenden Selbständigen wurden keine Aufträge mehr erteilt. Auch die anderen kleinen Firmen wurden nochmals aufgefordert, sich der Aussperrung anzuschließen, die dann eine allgemeine werden dürfte.

Die an der Aussperrung beteiligten drei Arbeiterorganisationen haben diese Maßnahme damit beantwortet, daß sie in einer Waffenarbeiterversammlung am Sonnabend beschlossen, über alle dem Unternehmerverband angehörenden Firmen den Streik zu verhängen. Die Zahl der betroffenen Arbeiter wächst damit auf 800 an. Industriearbeiter, Metallarbeiter und christlicher Metallarbeiterverband stehen geschlossen hinter den Streikenden und werden den Kampf energisch weiter führen.

Eine erfolgreiche Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit haben die Arbeiter Samtweber soeben zum Abschluß gebracht. Es handelt sich bei ihrer Forderung um den Mittagsarbeitschluß an den Sonnabenden. In der Textilindustrie sind von den über eine Million Beschäftigten gegen 60 Proz. Arbeiterinnen. Zu einem erheblichen Teil sind die Arbeiterinnen auch verheiratet. Neben der Fabrikarbeit bleibt in der Regel für diese Frauen auch noch die ganze häusliche Arbeit zu verrichten. Die meisten dieser Frauen erwarten den Sonntag, damit sie alles, was naturgemäß an den Arbeitstagen an häuslicher Arbeit zurückbleibt, aufarbeiten können. Am diesen Frauen den Sonntag als Feiertag zu gewinnen, gibt es nur ein Mittel, die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt und an den Sonabenden der Sonn- und Feiertage im besondern. Auch für die männlichen Arbeitskräfte in der Textilindustrie ist eine kürzere Arbeitszeit und der Mittagsarbeitschluß an den Sonnabenden wohl begründet, namentlich, wenn sie, wie das meistens der Fall ist, ihren ebenfalls in der Textilindustrie beschäftigten Frauen bei den häuslichen Arbeiten mitarbeiten wollen. Vom Deutschen Textilarbeiterverband wird schon seit Jahren Mittagsarbeitschluß an den Sonnabenden propagiert. Dem Reichstag liegt er kürzlich eine von vielen tausenden Arbeitern und Arbeiterinnen unterzeichnete Petition zugehen, um so eine gesetzliche Regelung der Frage herbeizuführen. Krefeld gehört mit zu den Textilkorten, die zu allererst mit durch das Drängen der im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten den zehn Stunden-Arbeitschluß einführen. Einsticht für die Notwendigkeit, die Arbeitszeit zu verkürzen, ist hier unter der Textilarbeiterchaft vorhanden. Neben einigen Stoffweberereien und anderen Betrieben ist in der Gasse der Samtweber schon seit Jahren Sonnabendmittags-Arbeitschluß. Die Samtweber in den noch übrigen Betrieben forderten das ebenfalls und wandten sich schon im Herbst 1913 durch ihre Arbeiterausschüsse an die Herren Arbeitgeber. Die Antwort war ablehnend; sie mag durch die Krise und durch den organisierten Streikbruch der Christen unruhig verlaufenen Forderungsbekämpfung gewesen sein. Von einigen Firmen wurde sogar der Versuch gemacht, den freien Sonnabendmittags, wo er bestand, illusorisch zu machen. Im Februar 1914 mit Einsetzen der besseren Konjunktur erhoben die Samtweber neu ihre alte Forderung, in allen Samtweberereien Sonnabendmittags die Betriebe zu schließen. Und da wiederum kein Arbeitgeber bewilligen wollte, blieben die Arbeiter und Arbeiterinnen des größten Betriebs Sonnabend nachmittags von der Arbeit weg. Die Beschäftigten der anderen Betriebe wollten diesem Beispiele folgen. Nun scheint der Arbeitgeberverband doch eingesehen zu haben, daß nachgeben das Beste ist, und hat dann beschlossen, in Samtweberereien, wo die Beschäftigten den Sonnabendnachmittag frei haben wollen, die Bewilligung dieser Forderung dem eigenen Ermessen der Firma zu überlassen. Damit wurde in den letzten Samtweberereien der Sonnabendmittags-Arbeitschluß erreicht. Das bedeutet für circa 1450 Beschäftigte eine Verkürzung der Arbeitszeit um circa 4500 Stunden wöchentlich.

### Aus Industrie und Handel.

#### Betriebsgemeinschaft Hapag-Lloyd.

In Köln haben am Sonnabend erneute Verhandlungen zwischen den atlantischen Schiffsahrtlinien zwecks Verlängerung der nordatlantischen Schiffsahrtkonvention stattgefunden. Da mit den kanadischen Linien eine Einigung noch nicht zustande kam, wurden die Verhandlungen einstellend abgebrochen und auf den 5. August vertagt, wo sie in London wieder aufgenommen werden sollen. Zwischen den deutschen, holländischen und englischen Linien hat die Verständigung indessen bereits zu dem Beschluß geführt, die Zwischenbedruten sofort um 40 Mark (auf 150 Mark für Schnell dampfer und auf 140 Mark für sonstige Dampfer) zu erhöhen.

In Köln wurden auch die Verhandlungen zwischen Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutschem Lloyd weitergeführt und eine völlige Einigung über die Herstellung der Betriebsgemeinschaft beider Linien für den nordamerikanischen und ostasiatischen Verkehr erzielt.

#### Der Deltrust in China.

Nach dem Wortlaut des zwischen der Chinesischen Regierung und der Standard Oil Company im Februar 1914 getroffenen Abkommens über die Erschließung und gemeinsame Ausbeutung der Erdölvorkommen bei Yen Chang und Yen An Fu in der Provinz Shenjia und Cheng Le Fu (Jehol) in der Provinz Schihi ist das Abkommen durchaus nicht so ungünstig für China, wie es nach den ersten ungenauen Nachrichten schien.

Die Standard Oil Company verpflichtet sich, die Oelfelder von Yen Chang und Yen An Fu sowie die angrenzenden übrigen Felder der Provinz Shenjia und die Oelfelder von Chengtsefu sowie die daran angrenzenden übrigen Felder der Provinz Schihi durch Sachverständige untersuchen zu lassen und die Hälfte der hieraus entstehenden Kosten zu tragen. Für den Fall, daß sich die Felder als abbaubar erweisen, ist zum Zweck ihrer Ausbeutung die Gründung einer amerikanisch-chinesischen Gesellschaft vorgezehen, an der die Standard Oil Company mit 55 Proz., die chinesische Regierung mit 45 Proz. des Kapitals beteiligt sein soll. Der Anteil der Chinesischen Regierung wird jedoch nicht in bar eingezahlt werden, sondern stellt den von der Gesellschaft an die chinesische Regierung für die Erteilung der Konzession zu erstattenden Preis dar.

Die Chinesische Regierung verpflichtet sich dagegen, daß in den erwähnten Oelbezirken der Provinzen Shenjia und Schihi die neu zu gründende Gesellschaft das ausschließliche Recht auf die Produktion, die Raffinerie und den Verkauf von Petroleum haben, und daß fünfzig in China keinerlei Monopol oder Konzession auf Petroleumfelder an irgendwelche Ausländer vergeben werden soll. Diese Verpflichtung erstreckt sich auf einen Zeitraum von 60 Jahren. Außerdem hat sich die Regierung verpflichtet, der zu gründenden Gesellschaft in bezug auf den Transport ihrer Produkte, die Enteignung der Landbesitztümer und die Abfindung bereits bestehender Petroleumproduzenten alle erforderlichen Erleichterungen zu gewähren.

Von einem Rückfallsrecht oder automatischen Rückfall der Oelfelder an die Chinesische Regierung sowie von der Höhe des Kapitals der neu zu gründenden Gesellschaft ist in dem Vertrage nicht die Rede.

Weitere Freierrmäßigungen. Die Düsseldorf Warenbörse hat am Freitag für die meisten Feinzeilenprodukte gegen die Notierungen vom 17. April eine Reihe von Freierrmäßigungen vorgenommen, womit den seit längerer Zeit am Markte herrschenden Verhältnissen Rechnung getragen wird. Stabstiefen, Bandstiefen, Grob- und Reiffelstiefen wurden um 1 Mark, Feinbleche um 2 Mark ermäßigt. Diese Notierungen stellen aber keineswegs die niedrigsten Sätze dar, denn Stabstiefen und auch Eisenbleche wurden noch um 1—2 M. unter dem Preis der Düsseldorfer Probantenbörse angeboten. — Nach dem Marktbericht des Börsevorstandes hat sich das Geschäft am Kohlenmarkt weiter gebessert, wogegen der Koksabruß unbefriedigend ist.

### Soziales.

#### Ihr laßt den Armen schuldig werden, Dann überlaßt Ihr ihn der Pein.

Der Gutsarbeiter W. wurde mit drei anderen zur Anzeige gebracht, weil sie ihrem Arbeitgeber, dem Gutspächter Schütze in Kagenhagen i. Mecklenburg, verschiedene Male insgesamt etwa 11 Zentner Roggen und Hafer entwendet hatten. Zweimal soll dies mit je einem Sack beim Dreschen geschehen sein, zweimal war der Transportwagen für eine Bahnfuhr mit einem überzähligen Sack Roggen beladen und zweimal wurde Hafer vom Kornboden geholt. Das Korn wurde jedesmal verkauft und der Erlös geteilt.

Die Angeklagten behaupteten im Termin vor der Strafkammer des Landgerichts Neustrelitz Mitte Januar 1914, sie hätten aus Not gehandelt. Der Arbeiter W. hatte z. B. (wie auch die übrigen) diese Lohnbezüge:

Barlohn 150 M. jährlich, Kornbezahl 20 M., 40 Zentner Korn und Gerste im Wert von ungefähr 300 M., freie Wohnung mit etwas Gartenland, Wert 60 M., 100 Ruten Kartoffelacker im Pachtwert von etwa 80 M., 7 Meter Brennholz im Wert von etwa 40 M. und täglich 3 Liter Milch, die, pro Liter zu 10 Pf. berechnet, 100 M. ausmachen.

Dies stellt ein Einkommen von etwa 740 M. jährlich dar. Stellt man das Korn als voll verkauft in Rechnung, dann kommen aber nur 450 M. Barlohn in Betracht, davon müssen alle Ausgaben für Nahrungsmittel, Kleidung usw. bestritten werden.

Das Gericht kam im Urteil auch zu der Auffassung: „Mag nun auch eine gewisse Notlage unterstellt werden, so gab diese den Angeklagten doch keinen Grund zum Stehlen. Immerhin sind den Angeklagten um deswillen mildernde Umstände zugebilligt.“

Die mildernenden Umstände hinderten das Gericht aber nicht, ganz ungeheuerliche Strafen gegen drei der Angeklagten auszusprechen. Der am meisten Belastete erhielt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, die übrigen 9 Monate, 5 Monate und der vierte 3 Tage. Die drei Schwerbestraften hatten wegen ähnlicher Diebstähle bereits Vorktrafen. Bei einem lag eine am 30. Juni 1913 dikutierte noch nicht verbüßte Gefängnisstrafe von 2 Wochen vor wegen Entwendung von Weizen beim selben Arbeitgeber. Der mit 9 Monate bestrafte Arbeiter W. war nach dem Zeugnis des Gutspächters bereits mit Schulden auf die Arbeitsstelle gekommen.

Mit dem Verbüßen der Gefängnisstrafe sollten für die Familie des Letzgenannten die Leiden noch nicht erschöpft sein. W. war nach seiner Entlassung aus der Arbeitsstelle von Kagenhagen nach Neubrandenburg gezogen. Am 1. April dieses Jahres trat er die neunmonatige Gefängnisstrafe an. Für seine aus Frau und vier Kindern im Alter von einem bis sieben Jahren bestehende Familie sollte nun der bisherige Arbeitgeber Domänenpächter Schütze in Kagenhagen die Armenkosten aufbringen. Er weigerte sich, so daß die Familie nach dem Gut Kagenhagen abgeschoben werden mußte.

Der armen Frau sollte bald klar werden, weshalb der Agrarier die Familie selbst versorgen wollte. Einem Genossen, der ihr seine Hilfe anbot, schrieb sie am 4. April d. J.:

„Es geht mir hier in Kagenhagen sehr schlecht. Ich habe diese Woche noch nichts bekommen von Schütze. Ich war am Donnerstagabend zu ihm und habe ihm gebeten um bishen Lebensmittel für die Kinder, da ich doch nichts mehr hätte für die vier Kinder zu leben und die Kinder schrien immer hinter mir her, sie haben großen Hunger. Am Montag sind wir hergezogen und bis heute, Sonnabendmittag, habe ich noch nichts bekommen. Wir essen immer Pellkartoffeln, die tunken wir uns in Salz. Die ich bei Schütze war und habe ihn gebeten, da laßt er mich gar nicht zu Wort kommen. Er hielt mir die Faust ins Gesicht und sagte: „Ich schlage Ihnen mit der Faust in die Fresse, oder Sie kriegen Fuhrstritte von mir, daß Sie hinten aus der Tür fliegen!“

Er gibt mir nichts eher, bis er eine Befehung hat von Streich, daß mein Mann da ist (im Gefängnis), und wenn es noch acht Tage dauert. So lange kann ich doch nicht hungern mit den Kindern. Es kümmert sich hier kein Teufel um mich. Es ist beinahe so weit, daß man sich das Leben nehmen muß, und das wollte ich doch nicht gerne. Nun muß ich schliefen, der Kleine schreit zu toll vor Hunger.“

Besten Gruß Frau W.  
Der Briefempfänger machte sofort das Groh. Amt in Stargard auf die skandalösen Zustände aufmerksam und erjuchte, gegen den Gutspächter einzuschreiten. Obwohl er sein Schreiben zurückerteilt mit dem von einem Herrn v. Malhan unterzeichneten Vermerk: „als unbeschäftigt zurück, da jegliche Legitimation des Beschwerdeführers fehlt“, wurde doch ein Sendarm nach dem Gut zur Einholung von Erkundigungen geschickt. Dieser berichtete dann auch unterm 16. April (sein Bericht fand sich mit Papier überklebt auf dem zurückgeschickten Beschwerdeschreiben), daß die Familie im Schnitterhause mit den übrigen fremden Schnitterfamilien untergebracht sei und nun wöchentlich 30 Pfund Kartoffeln, 16 Pfund Brot, 3 Pfund Erbsen und 1 Pfund Mehl sowie täglich 2 Liter Milch erhalte. Es sei der Frau auch Arbeit zugelegt, wobei sie 1,50 M. Tagelohn verdienen könne.

Daß die Familie bis dahin hungern und von der Miltätigkeit anderer leben mußte, war nicht berichtet, ebensovienig, daß der Inspektor die Frau auf ihre wiederholten dringenden Bitten um Lohnarbeit — auf die Erntezeit verwiesen hat. Gegenwärtig brauche man neben den fremden Schnittern niemand.

Die Frau ist somit dem unterhaltspflichtigen Gutspächter auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Bezüglich kann sie nicht, weil sie völlig mittellos ist. Arbeitsverdienst wird ihr nicht gewährt und die wenigen Nahrungsmittel reichen für die fünf Personen gerade zum langsamen Verhungern. Will man die Frau ebenfalls dazu treiben, daß sie aus bitterer Not zur Diebin wird und man sie dann los wird?

So werden Landarbeiterfamilien zugrunde gerichtet und derweil überbieten sich Regierung und herrschende Klasse

Deutschland im Kampf gegen die Mittel, die zur Verhütung allzureicher Kindersegen in Arbeiterfamilien dienen.

Wahrlich, eine Gesellschaftsordnung, wert, daß sie zugrunde geht!

Der hygienische Maximalarbeitstag im Gastwirts-gewerbe.

Die letzte Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1911 hat eine Vervollständigung der Bestimmungen über den sogenannten hygienischen Maximalarbeitstag gebracht. Bis dahin war nur der Bundesrat befugt, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Verfügungen zu erlassen, durch welche Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit bestimmt wird.

Von diesem Rechte hat jetzt die Regierung von Oberbayern zum ersten Male für das Gastwirts-gewerbe, und zwar für den Polizeibezirk München Gebrauch gemacht. Nach dem Erlass der bayerischen Regierung werden die Bestimmungen des Bundesrats vom 23. Januar 1902 auf das Hilfspersonal ausgedehnt. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai in Kraft. Die oben bezeichnete Bundesratsverordnung hat für die gastwirtschastlichen Angestellten einen keinen bescheidenen Schutz ihrer Arbeitskraft gebracht. Keinerlei bescheidenen — den 16 stündigen Maximalarbeitstag und alle 14 Tage, in Städten von unter 20 000 Einwohnern alle drei Wochen, einen Ruhetag; für die Lehrlinge unter 16 Jahren ist eine neunstündige ununterbrochene Ruhezeit vorgeschrieben. Nach 10 Uhr abends und vor 6 Uhr morgens dürfen jugendliche Leute nicht beschäftigt werden.

Durch die Gewerbenovelle ist also jetzt ein Ausweg gefunden. Bis jetzt hat sich freilich, wie schon erwähnt, nur die Münchener Polizeibehörde dazu verstehen können, den Widerstand, der durch die unterschiedliche Behandlung von gelehrten und ungelerten Arbeitern durch die Bundesratsverordnung gegeben ist, zu forcieren. In die Münchener Verordnung sind auch die Fremdenpensionen mit einbezogen. Mit Recht, denn in diesen sind die Arbeitsverhältnisse nicht besser als in den eigentlichen Gastwirtschast. So wenig es ist, gegenüber den derzeitigen Zuständen ist es ein kleiner Fortschritt. Vorzuziehen wäre natürlich eine reichsgesetzliche Regelung. Wie die Dinge liegen, wird die Organisation der Gastwirtschastlichen überall an die ortspolizeilichen Behörden mit der Forderung heran-treten müssen, dem Münchener Beispiele zu folgen.

Im übrigen ist der § 120 f natürlich auch anwendbar auf andere Gewerbe, vor allem solchen die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie, die alle unter einer langen Dauer der Arbeitszeit zu leiden haben, sich die neue Gesetzeslage zunutze machen.

Die Not der Winger.

Wenn der Kleinbauer Pech mit der Ernte des Getreides hat, dann tröstet ihn gewöhnlich noch eine mittelmäßige Ernte in Weizen oder Kartoffeln. Anders ist es dagegen mit den Wingern, die einzig und allein auf den Ertrag ihrer Weinberge angewiesen sind und für die sie mangels eigener Landwirtschaft sogar den Lutz noch kaufen müssen, wenn sie auch ihre eigene Familie in die Arbeit des Jahres teilen, um so teure Arbeitskräfte zu ersparen. Die Steigerung aller Lebensmittel macht sich dann auch bei den armen Wingern doppelt fühlbar, die oft noch schlechter gestellt sind als manche Arbeiter.

In diesjährigen Bericht des Landesausschusses für den Regierungsbezirk Wiesbaden finden wir darüber folgende Bemerkung:

Dagegen hatte die Landwirtschaft eine in Getreide, Futtermitteln und Kartoffeln gleich vorzügliche Ernte zu verzeichnen. Nur Obst und Wein bildeten eine Ausnahme. Namentlich der Weinertrag muß zu den schlechtesten... seit Jahrzehnten gerechnet werden. Reber 12 Gemeinden, die eine vollständige Rebernte zu verzeichnen haben, stehen andere mit nur 1/10 Herbst und andere mit Zwischenstufen bis zu 1/4 Herbst. Die Qualität schwankt zwischen mittel und sehr gering.

In diesen amtlichen Zeilen spiegelt sich die ganze Not der Winger wider, die in 12 Gemeinden am Rhein eine vollständige Rebernte zu verzeichnen hatten und in den übrigen Gemeinden kaum einige Mark Ertrags erzielen. Die Folge ist, daß neue Schulden zu den alten Schulden gemacht werden müssen, da ja die meisten Winger ihr Darlehen vor einigen Jahren noch nicht einmal zur Hälfte tilgen konnten.

Wohl stellt man neue Mittel zur Bekämpfung des Saurewurm in den Ecken ein, der aber auch den reichen Weinbergbesitzern schädlich werden kann. Damit ist aber die große Not der Winger am Rhein nicht abgeholfen. So sorgt sogar die Natur für die Proletarisierung der Winger des Rheins, die seit am alten hängen, treue Zentrumswähler bisher waren und die ganze Verteuerungspolitik ihrer eigenen Partei jetzt doppelt am eigenen Leibe spüren müssen.

Gerichtszeitung.

Schuldig?

Wieder hatte der Revolver das letzte Wort in einer Diebstahlschlichte, deren Schluß das Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Seligmann gestern beschloß. Unter der Anklage des versuchten Totschlages hat sich die unberechnete Charlotte Viefeld zu verantworten. Als Nebenkläger ist der Kaufmann Kurt Giesinger zugelassen.

Die 30 Jahre alte Angeklagte hatte mit dem Kaufmann Giesinger seit einigen Jahren ein Liebesverhältnis. Früher hatte sie mit einem in Bielefeld wohnenden Herrn ein intimes Verhältnis, aus welchem ein jetzt 9 Jahre altes Kind kam. Die Angeklagte hatte in letzter Zeit mehrfach Differenzen mit Herrn Giesinger, dessen Mutter mit diesem Liebesverhältnis ihres Sohnes nicht einverstanden war. Dieser war anfangs Februar auf eine Geschäftsreise gegangen und hatte eine Prohibitivmännlein mitgenommen. Dadurch wurde die Eifersucht der Angeklagten, und nachdem sie einige Tage keine Nachricht von ihm erhielt, schrieb sie ihm einen von Eifersucht diktierten Brief, den Herr G. der Prohibitivmännlein zeigte. Die Prohibitivmännlein war über den Verdacht sehr

empört und schrieb der Angeklagten einen Brief folgenden Inhalts: „Ich verbitte mir ein für alle Male diese Neußerungen. Ich möchte Ihnen nur raten, Herrn Giesinger laufen zu lassen, denn er liebt Sie ja doch nicht; er hat gar nichts mehr für Sie übrig. Reineitwegen brauchen Sie nichts zu befürchten, denn ich habe für Herrn G. absolut nichts übrig.“ Herr G. kam Mitte Februar von der Reise zurück, und die Angeklagte las ihm den Brief seiner Reisebegleiterin vor. Ihre Eifersucht wurde dann aufs neue rege, als sie merkte, daß Herr G. wieder der Prohibitivmännlein von ihrer Unterredung mit ihm Mitteilung gemacht hatte.

Nun wurde die Spannung zwischen G. und der Angeklagten größer und größer. Am 17. Februar schrieb sie noch einem heftigen Streit mit G. vier Briefe, darunter einen an ihren früheren Petersburger Freund, von dem sie monatlich eine Unterstützung von 200 M. erhielt und einen an die Mutter des G., der mit den Worten schloß: „Bei Empfang dieser Zeilen ist Ihr heiliggeliebter Sohn und ich tot.“ Das Dienstmädchen hatte diese Briefe zur Post gebracht; der Angeklagten, die inzwischen wieder eine Aussprache mit G. hatte, wurde die Sache wieder leid, und dem Dienstmädchen gelang es auch, drei Briefe zurück zu erlangen, bis auf den Brief an die Mutter. Als sich Herr G. dann wieder von ihr fernhielt, suchte sie in der Nacht des 20. Februar auf alle Fälle Herrn G. zu treffen. Sie erfuhr, daß er in jener Nacht in das Cafe Nannen-berg kommen würde und wartete dort Stundenlang auf ihn. Als er erschien, kam es zu Auseinandersetzungen, die sich auf der Straße fortsetzten bis zu dem Hause, wo die Angeklagte wohnte. Sie bat ihn dann, doch noch einmal in ihre Wohnung zu kommen, was G. aber ablehnte. Er schloß die Haustür auf, und da bot sie ihm, ihr doch noch einen letzten Abschiedskuß zu geben. Als er ihr diesen Wunsch gewährte, gab die Angeklagte plötzlich Schüsse aus einem Revolver, den sie zumißt bei sich trug, auf ihn ab, die ihm eine Wunde in der Brust und eine am Ohr beibrachten. Der Revolver wurde ihr dann entwunden.

Die Angeklagte behauptete, daß sie nicht wisse, was sie getan habe. Sie habe starke Seelenqualen erlitten, und da sie Herrn G. wirklich liebte eine Trennung von ihm nicht ertragen konnte. Sie sei lebensüberdrüssig geworden und habe sich selbst töten wollen. Als sie nun endgültig von G. lassen sollte, habe sie Windlings geschossen, ohne jede Ueberlegung und ohne die Absicht, Herrn G. zu töten.

Als Zeuge gab Giesinger zu, daß er die Angeklagte in einem bestimmten Falle begünstigt habe, als er alle Veranlassung zu der Missetat gegeben habe, daß die Angeklagte den Besuch eines fremden Mannes gehabt hatte. Zur Sprache kam auch noch, daß der Zeuge dem Portier des Hauses, in dem die Angeklagte eine Dreizimmerwohnung innehatte, einmal eine hohe Belohnung versprochen hatte, wenn er ihm mitteilen würde, wenn die Angeklagte Herrenbesuche empfangt; auch einen Detektiv hätte er einmal mit der Ueberwachung der Angeklagten betraut.

Gerichtsarzt Dr. Warg gab sein Gutachten dahin ab, daß die Angeklagte eine seelisch leicht erregbare, nervöse Person sei und eine gewisse geistige Minderwertigkeit bei ihr vorliege.

Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der Schuldfrage wegen versuchten Totschlages und mit Rücksicht auf das Gutachten des Dr. Warg die Jubiligung mildernder Umstände. — Rechts-anwalt Dr. Schmidt beantragte als Verteidiger Freisprechung.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung verkündete der Obmann der Geschworenen den auf Nichtschuldig lautenden Wahr-spruch. Kaum war das Wort „Nein“ in der Frage-beantwortung erklingen, als ein minutenlanges tosendes Beifallsklatschen und ein allgemeines Bravourufen im Zuscherraum und auf den Logen begann, so daß der Vorsitzende nur mit Aufbietung aller Stimmittel Ruhe gebieten und im Wiederholungsfalle mit sofortiger Räumung des Saales und Verstrafung der betreffenden Personen drohen konnte. Das Tribunal wurde hier zur Szene und das Gendarmen- und Proboursen hörte erst auf, als die Gerichtsdiener Ruhe machten, einzelne Rufe aus dem Zuscherraum herauszuhören.

Das auf Freisprechung lautende Urteil wurde dann auch unter vollkommener Ruhe des Publikums verkündet.

Zum Nachdruckrecht der Zeitungen.

Nach dem Gesetze über das Urheber- und Verlagsrecht ist der Abdruck von Ausarbeitungen wissenschaftlichen, technischen oder unterhaltenden Inhalts verboten, auch wenn ein Vorbehalt der Rechte fehlt.

Die Strafkammer zu Detmold hatte am 30. April zu entscheiden, wie der Begriff „unterhaltenden Inhalts“ ausulegen sei, und in der Verhandlung wurde nebenher das Verhalten eines Korrespondenzinhabers Dr. Schönthal in München charakterisiert, der jeden Nachdruck seiner Erzeugnisse strafrechtlich verfolgen läßt, wenn seinen unverhältnismäßig hohen Honorarforderungen nicht entsprochen wird. Es handelte sich um drei kleine, nur wenige Zeilen umfassende Mitteilungen, die die Uberschriften trugen: „Das Doppelfrisen als Mittel gegen die Schlaflosigkeit“, „Der tote Papagei auf der Eisenbahn“ und „Die unsichere Hutmadel“. Der Redakteur der „Lipp. Landeszeitung“ in Detmold hatte diese kleinen Sachen in irgendeiner Zeitung gefunden und sie, in der Annahme, daß es sich um vermittelte Nachrichten tatsächlichen Inhalts handelte, ohne weiteres abgedruckt. Der Korrespondenzinhaber verlangte darauf ein hohes Honorar, die Zeitung lehnte diese Forderung aber ab und bezahlte nur den üblichen Satz. Dr. Sch. nahm das Geld an, stellte trotzdem aber Strafandrohung und verlangte eine Buße von 15 M. für jeden Artikel. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 M., zusammen 9 M.

In der Verhandlung wurde hervorgehoben, daß es sich hier um eine gewerdmäßige Veranschaulichung handelte. Der Korrespondenz-inhaber benutze vorgegedruckte Formulare zu seinen Strafandrohungen, und zwar allemal dann, wenn sich die Zeitungsbearbeiter seinen unverhältnismäßig hohen Ansprüchen nicht geneigt zeigten. Die Strafkammer hatte ein Gutachten der literarischen Sachverständigenkommission in Berlin erbeten. Es ging dahin, daß allerdings die Sachen unterhaltenden Inhalts hätten, womit jedoch über ihren Wert nichts gesagt sei. Das Kriterium des Begriffs „unterhaltender Inhalt“ sei eben, daß der Leser durch den Artikel nicht bloß über irgendein tatsächliches Vorwissen unterrichtet, sondern auch durch die Art der Darstellung gefesselt und unterhalten werde.

In den Urteilsgründen der Strafkammer heißt es: „Zugunsten des Angeklagten ist in Betracht zu ziehen, daß das Verhalten des Dr. Sch. keineswegs als ein sehr faures zu bezeichnen ist.“

Er hat es unzweifelhaft darauf angelegt, die Leute hinein-zulegen; er hat die Artikel geschrieben und dann herumprojiziert, wo sie abgedruckt würden, und er hat auch demnachst Bezahlung für den Nachdruck erhalten. Aus diesen Gründen ist von der Zu-erkennung einer Buße abgesehen worden.“

In der Verhandlung kam auch zur Sprache, daß in einem ähnlichen Falle vor der Strafkammer zu Stade Freisprechung des Angeklagten erfolgt ist, weil der Korrespondenzinhaber Strafandrohung gestellt hatte, obgleich Bezahlung für den Abdruck schon erfolgt war. Wiederholt haben wir gegen die Strofordrücke des Nach-druckgesetzes, die nachherade zu einem Erpressungsmittel geworden ist, und gewendet. Ist eine angemessene Bezahlung erfolgt, so fehlt jedes Interesse für eine Strafverfolgung derartiger Artikel.

Aus aller Welt.

Der Irrwahn des Kriegsveteranen.

In der brandenburgischen Kreisstadt Soldin haben sie un-länglich einen Kriegsveteranen ins Krankenhaus trans-portiert. Der bedauernswerte alte Vaterlandverteidiger litt an der fernen Idee, daß das Deutsche Reich die Wälder, die auf blutigen

Schlachtfeldern ihr Leben riskiert und zu seiner Erhaltung wesentlich beigetragen, im Alter ordentlich versorgt würde. Dieser Irrwahn verdrängte sich schließlich zu der verrückten Idee, auf dem Landrats-amt würden außer dem färglichen „Ehrensold“ noch besondere Veteranenbeihilfen ausgezahlt. Er stellte diesen politischen Ueber-glauben einer Anzahl Kameraden mit und fand bei ihnen einen solchen Anklang, daß sie unter seiner Führung nach dem Kreis-haus marschierten, um die eingebildete Belohnung in Empfang zu nehmen. Sie saßen sich aber nur angeführt. Die Beamten machten höflich vergebliche Versuche, als sie die anfällige Schar älterer Krieger antreten lassen und ihr Begehren hörten, und konnten den Kernstein statt des Geldes nur die traurige Erklärung geben, daß sie zweifellos einer Multiplikation zum Opfer gefallen seien. Da wurde der arme Anführer ganz wild und versiel in Tobsucht, sodah sich seine nachherige Ueberführung in eine Heilanstalt not-wendig machte.

Nach unseren psychiatrischen Erachten ist der Mann leider un-geheilbar. Wer sich einbildet, in dem militarisierten Deutschland werde auch für den einfachen Veteranen auskömmlich gesorgt, dem ist nicht mehr zu helfen, der ist ganz wahnsinnig. Das ist eine fast ebenso verrückte Idee, als wenn einer auf ostelbischen Guts-höfen praktisches Christentum vernunete, im Zentrum „Wahrheit, Freiheit und Recht“, wie es auf dem Programm steht, über bei den Nationalliberalen Standhaftigkeit und Liberalismus. Gegen alle derartigen Wahnvorstellungen hilft keine ärztliche Behandlung. Zum Glück sind die Patienten aber harmloser als der Anführer der Soldiner Kriegsveteranen, sodah sie ohne direkte Gefahr frei herumlaufen können.

Grubenunglück in Australien.

Wie ein Telegramm aus Melbourne meldet, hat sich in den Kohlenruben von Bondigo ein schweres Gruben-unglück ereignet. In dem Augenblick, als zahlreiche Berg-arbeiter den Schacht verließen, erfolgte aus bisher unbekanntem Gründen eine heftige Explosion. Sieben Gruben-arbeiter wurden auf der Stelle getötet, mehrere andere sehr schwer verletzt, so daß sie kaum mit dem Leben davontkommen dürften.

Automobilkatastrophen.

Auf der Västros-Äsköföer Chaussee geriet am Sonntag das Automobil des Herrn v. Tiele-Windler auf Mothen Moor, in dem sich außerdem Frau v. Müller zu Hohen-Ludow, der Chauffeur und ein Diener befanden, auf der abschüssigen Chaussee auf einen Nebenweg und schlug um. Frau v. Müller war so fort tot. Herr v. Tiele-Windler wurde schwer verletzt, der Chauffeur erlitt leichtere Verletzungen, der Diener konnte vorher abspringen.

Ein folgenschweres Automobilunglück, bei dem drei Pers-sonen getötet wurden, hat sich am Sonntagabend in der Nähe von Rewoort ereignet. Der Kaufmann Willis hatte mit seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern sowie zwei Bekannten, dem Advokaten Walsh und dessen Frau, eine Vergnügungstour im Auto unternommen. Als man sich auf der Heimfahrt befand, wurde plötzlich an einem Bahnübergang die Schranke heruntergelassen. Willis, der sein Auto selbst steuerte, bremste hart, um die Eskalade nicht zu überfahren. Der Wagen überschlug sich, flog gegen einen Baum und stürzte in den Chausseegraben, wobei das auslaufende Rad explodierte. Drei der Insassen, Willis, dessen Frau und Frau Walsh erlitten so schwere Brandwunden, daß sie nach wenigen Minuten verstarben. Auch die Kinder Willis' haben schwere Verletzungen und Brandwunden davongetragen, so daß sie gleichfalls kaum mit dem Leben davont-kommen dürften; ebenso ist Walsh schwer verletzt, doch dürfte er am Leben erhalten werden können.

Vom Javismus zu Tode geht.

Ein Opfer der bekannten russischen Gefängnisstrafe ist der Deutsche Johannes Holzmann geworden, über dessen Lage noch am Mittwoch in der Budgetkommission des Reichstages ge-legendlich der Verhandlungen über den Etat des Auswärtigen Amtes gesprochen wurde. Holzmann, der unter dem Namen Semma Hoh auch in Berlin lebte, machte seinerzeit als Anarchist viel von sich reden. Später ging er nach Frankreich, der Schweiz und nach Rußland. Hier fiel er Spitzeln in die Hände, die ihm den Paf eines von den russischen Behörden lange gesuchten schweren Verbrechers zu steckten. Bei der Revision des Falles wurde er festgenommen und von den russischen Behörden trotz aller Einwendungen als der lange von ihnen gesuchte Verbrecher zu lebenslänglicher Kerkerstrafe verurteilt. Im Gefäng-nis zu Warschau, in dem, wie in allen russischen Gefängnissen, insolge rücksichtsloser Ueberfüllung die Schwindsucht und andere Seuchen grassieren, erlöste ihn nun vor einigen Tagen der Tod nach einer achtjährigen Kerkerhaft von seinem Leiden, der Tuberkulose, die auch ihn ergriffen hatte. Gerade in letzter Zeit hofften die Angehörigen des Holzmann, die alles unter-nahmen, um den für die Schuld eines anderen Wählenden zu be-freien, auf seine Entlassung. Ihre Bemühungen hätten vielleicht zu seiner Befreiung geführt, so aber starb der Gefangenenerbe als unschuldiges Opfer der elenden Zustände in den russischen Ge-fängnissen, bevor die Bemühungen seiner Angehörigen von Erfolg gekrönt werden konnten. Die Leiche Semma Hohs wird nach Berlin übergeführt und hier beisetzt.

Kleine Notizen.

Verhaftung eines Rechtsanwaltes. Unter der Verhuldung, in einer Konturshöhe 25 000 Mark veruntrent zu haben, ist in Vamberg der Rechtsanwalt und Justizrat Hans Trautner verhaftet worden. Trautner ähte seine Anwaltspraxis seit etwa 20 Jahren aus.

Die Schulkonferenz in Rindesmörderin. In der rheinischen Ortschaft Weisweid wurde auf dem Speicher einer Schule die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Die Er-mittelungen ergaben, daß die Mutter des Kindes die Schul-beraterin ist, die das neugeborene Kind auf den Speicher ge-bracht hatte. Die schwerverkrankte Mutter wurde dem Krankenhaus als Gefangene zugeführt.

Am 30. Februar erschossen. Am Sonntagmorgen wurde in der westpreussischen Stadt Lüttenberg der Hausdiener des Hotels „Kronprinz“ aus Soldau von dem Kaufmann Prähndt in dessen Laden erschossen. Beide waren wegen einer Reche von 60 Pfennig, die der Hausdiener nicht bezahlen wollte, in Streit geraten.

Räuberhauptmann Daniel. Der russische Polizei ist es ge-lungen, den berüchtigten Banditen Daniel, genannt der „poden-narbiges Teufel“, der seit mehreren Monaten ganz Polen in Schrecken setzte, zu überraschen. Daniel setzte sich bei seiner Festnahme zur Wehr und wurde im Verlauf des Kampfes getötet. Von mehreren seiner Komplizen, die festgenommen werden konnten, haben sich zwei im Gefängnis das Leben genommen.

Die Suffragette als Bildhauerin. Eine Anhängerin des Frauenwahlrechts machte Montag vormittag in der Londoner Könige-lichen Akademie mit einer Art einen Angriff auf ein Gemälde des Malers Sargent. Das Bild, ein Porträt des Schriftstellers Henry James, eines der besten Bilder Sargent's, ist durch drei Schmitte beschädigt worden.

**Öffentliche politische Versammlungen.**

**Erster und dritter Wahlkreis.**

Heute Dienstag, den 5. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

**Öffentliche Volksversammlung**

in den Corona-Prachtjalen, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung:

**1. Ist Kinderschutz Kulturarbeit?**

Referentin: Genossin **Emma Döltz.**

**2. Diskussion.**

Die Einberuferin: **Martha Schröder, Ritterstr. 56.**

**Fünfter Wahlkreis.**

Heute Dienstag, den 5. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

**Öffentliche Volksversammlung**

in den Berliner Musterkälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Tagesordnung:

**1. Ist Kinderschutz Kulturarbeit?**

Referentin: Genossin **Elfriede Ryneck.**

**2. Diskussion.**

Die Einberuferin: **Röschen Wollstein, Riehmannstr. 5.**

**Zweiter Wahlkreis.**

Morgen Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

**Öffentliche Volksversammlung**

in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.

Tagesordnung:

**1. Ist Kinderschutz Kulturarbeit?**

Referentin: Genossin **Luise Zietz.**

**2. Diskussion.**

Der Einberufer: **Heinrich Schröder, Hagelbergerstr. 53/54.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.**

Heute Dienstag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

**Vier öffentl. politische Versammlungen**

in folgenden Lokalen:

Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10. | Kastanienwäldchen (Inhaber) Badstr. 15/16.  
 Germania-Säle, Chausseestraße 110. | Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47.

Tagesordnung:

**1. Auf zum Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus.**  
**2. Diskussion.** Referenten: Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour und Dr. Karl Liebknecht.  
 Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel und Stadtverordneter Dr. Kurt Rosenfeld.

**Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen.**

Für die Einberufer: **Friedrich Stäffler, Panzstr. 65.**

Am Mittwoch, den 6. Mai 1914, abends 8 Uhr, in den Räumen der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:

**Versammlung der Funktionäre**

aller zentralorganisierten freien Gewerkschaften Berlins u. Umgegend.

Tagesordnung:

**1. Die Politischerklärung der Gewerkschaften durch den Volkspräsidenten v. Jagow.** Referent: Reichstagsabgeordneter **Wolfgang Heine.**

**2. Diskussion.**

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

**Spezialarzt**

1. Gant-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder Art, Ebelich Gata - Ruten in u. Co. Ion, Laborat. Blutuntersuchung, Fäden u. Ganturde, gegenüber Friedlichstr. 81, Bonapartium, Epr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

**Hervorragend sind**



**Wyberl-Tabletten** dazu geeignet, die unangenehmen Nebenwirkungen des Rauchens zu bekämpfen. Wyberl-Tabletten sind vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel M 1

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.**

Bureau: Religiöstr. 28, part. Filiale Berlin. N. H. Kaspow-Garmannstr. 13  
 Fernspr.: Amt. Reichsp. 4787. Fernspr.: Norden 3791-97

Donnerstag, den 7. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

**Versammlung**

der Lackierer sämtlicher Branchen Berlins und der Vororte im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagesordnung:

**1. Der Einzug unserer Organisation auf die Gehaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Lackierergewerbe.** Referent: Kollege Klop. **2. Diskussion.** **3. Verbandsangelegenheiten.** Wir ersuchen die Kollegen, rege für diese Versammlung zu agitieren und besonders pünktlich zu erscheinen. — Auch sind die Kollegen anderer Verbände sowie Anorganisierte eingeladen.

135/5

**Die Sektionsleitung.**

Kollegen! Am 9. Mai findet unser **28. Stiftungsfest** in den Musterkälen statt. Silents sind bei den Vertrauensleuten und im Bureau zu haben. Eintrittskarte 50 Pf. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Verwaltung Berlin.

**Kammacher.**

Vertrauensmänner - Versammlung

Dienstag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 195.

Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

**Branchen - Versammlung der Autogenschweißer**

im Lokal von Andrig, An der Spanbauer Brücke 3.

Tagesordnung:

**1. Vortrag.** **2. Branchenangelegenheiten.** **3. Wahl eines Kommissionsmitglied.** **4. Verschiedenes.**

**Achtung! Bauanschläger Achtung!**

Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr:

**Branchen - Versammlung**

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.

Tagesordnung:

**1. Verbands- und Branchenangelegenheiten.** **2. Verschiedenes.** Mitgliedsbuch legitimiert. **117/17**

Zahlreichen Besuch erwartet

**Die Ortsverwaltung.**



**Neue Stiefel wie die alten, wird**

**Urban**

**stets blank erhalten.**

Fabrik: **Urban & Lemm, Charlottenburg.**  
 In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.

**Glumen- und Frankbinderei von Robert Meyer,**  
 Unt.: P. Golletz  
 Mariannenstr. 3. Tel. Npl. 346

**Wanderkarten**  
 hält stets vorrätig  
**Buchhandlung Vorwärts**  
 Lindenstr. 69 (Coden)

**Einladung**  
 der  
**Krankenkasse der Personen-**  
**Lohnfuhrwerks-Jungung**  
**Berlin,**

**Dirschsenstraße 5.**

Zur Wahl der Vertreter im Vorstande ist eine Ausschreibung der Wahlberechtigten auf den

**18. Juni 1914,**  
 im „Prälaten“, Dirschsenstraße, Stadtbahnhofen 110,

abermittelt worden. — Die Wahl erfolgt für die Arbeitnehmer in der Zeit von 5-7 Uhr nachmittags, und für die Arbeitgeber von 8-9 Uhr abends.

Die Zahl der zu wählenden Vertreter beträgt bei den Arbeitgebern 3 und bei den Arbeitnehmern 6. Wahlmänner sind von den Arbeitgebern 6 und von den Arbeitnehmern 12 zu wählen.

Der Wahlvorschlagn des Vorstandes folgt nachstehend und ist derselbe auch in der Geschäftsstelle, Dirschsenstraße 5, einzusehen.

Die wahlberechtigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hiermit ergebnis zur Einreichung von weiteren Wahlvorschlagn mit dem Hinweis darauf aufgefordert, daß nur solche Vorschlagn berücksichtigt werden, die spätestens vier Wochen vor dem Wahltag bei uns eingereicht werden, und daß die Stimmenabgabe hieran gebunden ist.

Auch die zugelassenen Wahlvorschlagn der Wahlberechtigten liegen bis zum Wahltag in der Geschäftsstelle, Dirschsenstr. 5, zur Einsicht für die Wähler aus; diese müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten der betr. Gruppe mit zusammen 10 Stimmen unterzeichnet sein. Als Nachweis zur Wahl und Stimmberechtigung genügt die jedem Wahlberechtigten besonders zugehende schriftliche Einladung.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe in der Größe 9 x 12 sein. Alle übrigen Bestimmungen sind aus der Wahlordnung ersichtlich.

**Wahlvorschlagn für Arbeitgeber:**

1. Alfred Hellerhoff
2. Adolf Klisch
3. Gustav Nole
4. Albert Erzel
5. Ernst Bestam
6. Johann Bellingner
7. Franz Richter
8. Ludwig Zimmermann
9. Hugo Siebert

**Wahlvorschlagn der Arbeitnehmer**

1. Julius Hennig
2. Friedrich Barth
3. Max Baumgart
4. Karl Runde
5. Willi Krause
6. Friedrich Ledßig
7. Otto Reper
8. Hermann Müller
9. Gustav Ballian
10. Adolf Haberstroh
11. Gustav Krensch
12. Oswald Graber
13. August Bella
14. Friedrich Nagz
15. Hermann Marten
16. Alfred Dietrich
17. Albert Behrendt
18. Paul Daus

Berlin, den 27. April 1914.  
**Der Vorstand.**  
 J. K.: Gustav Nole.

**1M.**  
 wöchentl. Teilzahlung  
 liefert elegante

**Herren-Moden**

fertig und nach Mass  
 Garantie für tadellos. Sitz  
 und feinste Verarbeitung

**J. Kurzberg & Co.**  
 Mass-Schneiderei  
 Gegründet 1898  
 Rosenthaler Strasse 36  
 I. Etage  
 Reinickendorfer Str. 4  
 Weddingplatz.

**Restaurant Schwarzer Adler**  
 Werder a. S., Fischerstr. 98.  
 Telephon Nr. 189. Gutes reiches Lokal,  
 am Wasser gelegen. Eigener Dampfer-  
 anlage, herrlicher Garten. Saal  
 800 Pers. saubere, bereiten Vorzugs-  
 preise. Kaffee in Rahmen Familien  
 können Kaffee kochen. Bes. Karl Welsert.

**itesser**  
 Videl, auch die hart-  
 nädigsten, fettglänzen-  
 de Haut u. sonstige Hautunreinig-  
 keiten werden am liebsten durch  
 meine seit fast 25 Jahren bewährten  
 Spezialmittel beseitigt. Garantiert  
 wirksam und unschädlich! 2.50 M.  
 Otto Reichel, Berlin 43, Lindenstr. 4.

Berliner Elektrizitätsfragen.

1. Das Problem.

Bei allen großen Fragen, zu deren Entscheidung der einzelne Mensch oder eine Vielzahl von Menschen, etwa ein Staat, eine Stadt, eine Partei oder ein Parlament berufen sind, kann man nur durch richtige Problemstellung die nötige Klarheit gewinnen.

Aus einer langen und auffälligen Schweigsamkeit durch unsere gutgemeinten und sichergestellten Rippenhöhe etwas unsanft aufgedrückt, beschäftigt sich das „Berliner Tageblatt“ in seiner Nummer vom 30. April d. J. endlich auch einmal in einem redaktionellen, von seinem neuen „Kommunalchef“ Herrn v. Tschä gezeichneten Artikel mit der zukünftigen Elektrizitätsversorgung Berlins.

Bei einem solchen Sachverhalt und angesichts der daraus zu veranschauendenden üblen Konsequenzen bleibt nichts anderes übrig, als daß wir die ganze Frage noch einmal gründlich ausrollen, auf die Weise hin, mandes wiederholen zu müssen, was unseren Lesern bereits aus früheren Artikeln, namentlich aus unseren Veröffentlichungen vom 6. und 7. Februar d. J. bekannt ist.

Oben sagten wir, daß es bei öffentlichen Erörterungen zuerst auf eine gewissenhafte Fragestellung ankomme. Dieser allgemein anerkannten Forderung hat auch Dr. v. Tschä dadurch ein formales Zugeständnis gemacht, daß er aus einer Reihe von Tatsachen das zu behandelnde Problem abuleiten sucht.

Wer die Geschichte der V. E. W. und ihrer Beziehungen zur Stadt Berlin kennt, weiß, daß das Problem ganz anders zu fassen ist, als das „Berliner Tageblatt“ uns glauben machen will.

Ran hat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine der größten Schwierigkeiten für die Stadt Berlins der Mangel eines wirklichen Kontrahenten bei der Regelung der Elektrizitätsfrage sei.

Eine Befragung der Berliner Elektrizitätsverhältnisse ist nur möglich, wenn die Erzeugungshelle ihre volle Freiheit von der V. E. W. gewinnt.

Die technischen und kaufmännischen Leiter der V. E. W. sind alles andere, nur keine Toren und keine einseitigen Bürokraten, die ohne Interesse am Gedeihen und am Ansehen ihres Werkes nur so fortgemurrt hätten; sie gehören im Gegenteil anerkanntermaßen zu den rührigsten und klügsten Fachmännern auf ihrem Gebiete in ganz Deutschland.

nicht an ihnen, sondern an der unnatürlichsten Verbindung der V. E. W. mit der V. E. G., die ihnen die Kräfte auslaugt, sie zur demütigen Sklavie fremden Willens macht.

Bevor irgend etwas über die zukünftige Form der Elektrizitätsversorgung von Berlin beschlossen werden kann, ist daher die Befreiung der V. E. W. aus der Umklammerung durch die V. E. G. vorzunehmen.

Wer etwas anderes vorschlägt, der besorgt, wie die Dinge nun einmal liegen, bewußt oder unbewußt die Geschäfte der V. E. W. und arbeitet damit zum Nachteil der Stadt; er gefährdet die Grundfrage, auf der allein die Möglichkeit einer ordentlichen Elektrizitätsversorgung von Berlin für die Zukunft aufgebaut werden kann.

Parteiangelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Saale von Graumann, Naumannstr. 27, eine Versammlung für das Göttinger Viertel statt.

Am Donnerstag, den 7. Mai, finden zwei Versammlungen der jungen Mitglieder des Wahlvereins im Alter von 18-21 Jahren statt.

Für den Stadtteil Ostern im Lokal von Siegel, St. Frankfurter Str. 30, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen E. Eichhorn über: „Aus sozialistische gesellschaftliche Zeit.“

Sonnabend, den 9. Mai, findet in den „Andreas-Heiläsen“, Andreasstr. 21, für die beiden Jugendsektionen des Ostern und Südostern ein Regattaabend statt.

Charlottenburg. Die Jugendsektion hält am Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3, ihren Diskussionsabend ab.

Die Genossen werden ersucht, sich bei Todesfällen betreffs Nachruhs und Krankheitsleistung nur an den Genossen Adolf Leunig, Hlmannstr. 12, zu wenden.

Lichtenberg. 10. Abteilung. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Doktor Blane, Alt-Bogkagen 56: Abteilungsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Wie ist die Religion entstanden?“ Referent: Genosse Alfred John. 2. Wahl des Delegierten zur Kreis- und Bezirks-Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Wartenberg. Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Kaiser-ordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Frau, Kurfürstendamm 44. Tagesordnung: Die bevorstehende Gemeindevahl. Diskussion. Keiner darf fehlen.

Vankow. Am Mittwoch, den 6. Mai, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung über den ganzen Ort zur Gemeindevahl.

Freidamm. Am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Hausmann: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung u. a.: Hauskasserung.

Berliner Nachrichten.

Vermist.

Es vergeht keine Woche, in der nicht Vermisstanzeigen in der Presse erscheinen. Die Anzeigen beziehen sich auf alle Altersklassen: auf Erwachsene, Halberwachsene und Kinder.

Die Polizei hat schon gewisse Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt; sie nimmt zuerst eine abwartende Haltung ein in der Hoffnung, daß der Vermisste sich doch noch von selber anfindet.

Wasgegend für die Beurteilung des einzelnen Falles ist die vernünftige Ursache der Entfremdung. Am verhältnismäßig einfachsten liegt er bei Kindern; in den meisten Fällen liegt einfaches Verlaufen vor; in selteneren Fällen Verabfolgung.

Die größte Zahl der Vermissten wird von den Halberwachsenen gestellt, von den jungen Menschen im Alter von 13, 14 bis 18 Jahren. Dieses Alter ist für die Entwicklung des Menschen das entscheidende. Die Zeit der Pubertät, in der die Geschlechtsreife eintritt, ist auf den jungen Men-

schen, ganz gleich ob männlich oder weiblich, einen starken Einfluß aus. Die jungen Menschen sind stark empfänglich für alle Einflüsse, die von außen auf sie einströmen. Leicht ist ein Fehltritt getan, vielleicht nur eine Dummheit, die aber von unserer bürgerlichen Gesellschaft geahndet wird.

So zieht die plötzliche Entfernung von Angehörigen aus der Familie bei den Verbleibenden Aufregung um Aufregung. Gram und Schmerz nach sich, Folgeerscheinungen, die schweren Schäden an Körper und Geist anrichten können.

Im die Jugend.

Ein neuer Spiel- und Sportplatz ist am Sonntag in Hohenschönhausen eingeweiht worden; er ist von den Jugendvereinigungen des Ostens eingerichtet worden.

Das gleiche trifft zu auf eine am Sonntag stattgehende Laufe von fünf Booten des Jungdeutschland-Rudervereins in Sadowa. Aus patriotischer Ueberbegeisterung haben die Boote die Namen Jahn, Friesen, Schiff, Lützow und Greifenau erhalten.

Heimstätten-Disziplin.

In der Heimstätte Buch kommandiert noch immer als leitender Arzt der Herr Dr. Reuter. Er machte früher viel von sich reden durch heftige Zusammenstöße, die er mit Patienten des Heims hatte.

Ein paar Proben werden genügen, zu zeigen, wie man im Buch „sich Achtung verschafft“. Etwa fünfzehn Patienten, die von einem Paraspaziergang verspätet zum Abendessen kamen, mußten zur Strafe sich die belegten Stullen entziehen lassen und wurden für diesmal mit unbelagten Stullen abgepeist.

Jungen Menschen verhängt worden sei, weil er im Umherhocken sein waschbares Oberbekleidungsstück zu rasch beschmutzte. Bei der Visite sagte die Oberärztin zu Dr. Reuter: „Sehen Sie sich mal den an — gestern hat er die Sachen gefriert, heute sind sie schon wieder schmutzig.“ Darauf verordnete Dr. Reuter ein Dauertreiben, das der Patient 14 Tage hindurch ausübte und dann eigenmächtig beendete. Es ist kennzeichnend, daß Patienten auch hier die Absicht einer Befragung angenommen und trotz unserer Zweifel dabei beharrt haben. Man sieht, was in Buch für möglich gehalten wird. Wir wiederholen: Ordnung muß in einer Anstalt herrschen. Das ist auch die Meinung der Patienten, die mit diesen Anlagen (und noch anderen, z. B. auch solchen über die Beförderung) sich an uns gewandt haben. Erbitternd wirkt aber die Sucht, jede Kleinigkeit auszunutzen und Strafen zu verhängen, wie wenn man's mit Schuljungen zu tun hätte. Dem Eifer des Sanitätsrats und seiner Oberärztin sollte wieder mal ein Jügel angelegt werden. Die Folge der hier geschilderten Zustände ist, daß über den Jassen der Heimgäste Buch eine schwer lastende Atmosphäre von Unzufriedenheit lagert. Sie verleitet ihnen den Aufenthalt in der Anstalt und kann der Zweck der Heimgästlingspflege ganz zu Grunde gehen.

### Vestattung von Hunden auf Aktien.

Mit einem Kapital von 6000 Markern hat sich in Berlin unter der Firma „Treue um Treue“ eine Aktiengesellschaft gebildet, die den Zweck verfolgt, Hunde und Katzen und andere Haustiere würdig zu bestatten.

Hoffentlich kommen die Hundbeerdigungsaktionäre später nicht in die Lage, als „Anatomieleichen“ behandelt zu werden. Caesar und Winka würden sich vielleicht noch in ihrem schöngepflegten, mit dem christlichen Kreuz geschmückten Grabe undreien, wenn Herrchen oder Frauchen, wie heutzutage Hunderte von Menschen, unter dem Seziermesser zerfällt, dann verbrannt und mit seinen jämlichen Resten irgendwo eingebuddelt wird. Es paßt aber zu unserer Zeit des bürgerlichen Sittenverfalls, daß das krepierende Vieh höher geachtet wird als der im Fleck ohne Raum gestorbene Mensch.

### Arbeiterentlassungen im Außenbetrieb der städtischen Wasserwerke.

Die Verwaltung der städtischen Wasserwerke Berlins läßt zurzeit neue Hochleitungen in der Nähe von Biesdorf legen. Vor etwa acht Wochen wurden für diese Arbeiten eine Anzahl in Berlin ansässige Arbeiter mit einem Stundenlohn von 48 Pf. und Jahrgeldvergütung eingestellt. Hundert von diesen Arbeitern sind jetzt plötzlich entlassen worden. Als Entlassungsgrund wurde Arbeitsmangel angegeben. Das trifft jedoch nicht zu, denn die Arbeiten, bei denen die Entlassenen beschäftigt wurden, sind noch lange nicht fertig. Aber die bisher in eigener Regie der Stadt Berlin ausgeführten Arbeiten sind kürzlich einem Privatunternehmer übertragen worden. Wenn nun die Stadt die Arbeiter nicht mehr beschäftigen kann, so könnte es doch der Privatunternehmer tun, denn er braucht wahrscheinlich noch mehr Arbeitskräfte als die Stadt beschäftigte, da die Arbeiten bis zum 15. Mai fertiggestellt werden sollen. Doch der Unternehmer zahlt nur 40 Pf. Stundenlohn und kein Jahrgeld. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Arbeiter, die in Diensten der Stadt 48 Pf. und Jahrgeld bekamen, sich nicht um Einstellung bei dem Privatunternehmer gedrängt haben. Dieser hat dann zu dem niedrigeren Lohnsatz Arbeiter, meist von auswärtig, angenommen, wo er sie gerade bekommen konnte. In anderen Zweigen der städtischen Verwaltung besteht der auf Drängen unserer Parteigenossen eingeführte Grundsatz, daß bei Vergebung von Arbeiten den betreffenden Unternehmern die vertragliche Verpflichtung auferlegt wird, Tariflöhne zu zahlen und in Berlin ansässige Arbeiter zu beschäftigen. In dem Vertrage, durch den die Wasserwerke dem Privatunternehmer die genannten Arbeiten übertragen haben, fehlt diese Bestimmung. Gerüchweise wird behauptet, die Stadt zahle dem Unternehmer im vorliegenden Falle einen Lohn von 63 Pf. pro Stunde und Arbeiter. Wenn das richtig sein sollte, dann hat doch wohl die Verwaltung der Wasserwerke damit gerechnet, daß der Privatunternehmer dieselben Löhne zahlen werde, die sie den Arbeitern bisher gezahlt hat. Er würde ja dann immer noch ein gutes Geschäft machen und die jetzt entlassenen Arbeiter brauchen nicht auf die Straße gesetzt werden.

Am Sonntag kamen die Entlassenen in einer vom Gemeindearbeiterverband einberufenen Versammlung zusammen. Allgemein war der Unwille darüber, daß man sie wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen hat, während die Arbeiten noch in vollem Gange sind. Man verlangte, daß die Sperre über die Arbeitsstelle verhängt werde, doch davon riet die Verbandsleitung aus tatsächlichen Gründen ab. Verlangt wurde, daß in allen Fällen, wo die Stadt Arbeiten zu vergeben hat, die betreffenden Unternehmer in Berlin ansässige Arbeiter zu beschäftigen haben, wie dies in der Bauverwaltung bereits geschieht.

### Spar fürs Kind!

Unter dieser Überschrift geht uns folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu: „Mit frühlichem Gang und wehenden Zähnen ziehen die Berliner Volksschulkinder jetzt ins Freie zu Landaufenthalt, Wald-erholung, Ferienwanderung und Ferienkolonie — wohl 8000, gesunde und fröhliche Kinder. Aber mehr als 200 000 müssen zu Hause bleiben in diesem Jahre und in den kommenden — weil es an Geld fehlt, in den Vereinen, wie bei den Eltern.“ Und doch sind die Kosten für die Erholung eines Kindes für viele zu erdrückend, wenn sie zur rechten Zeit, also schon jetzt, anfangen für den Sommer zu sparen. Unserer Jugend zu Aus ist in Dr. S. Neumanns Kinderhaus unter anderen gemeinnützigen Einrichtungen eine Sparsparke, die vielfach in Anspruch genommen wird und die folgendermaßen benutzt wird: Die Mutter besorgt für ihre Kinder im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97, vom part. Inst. 2-3 Uhr, eine Sparsparke. Hierbei erhält sie unentgeltlich Auskunft über jede zweckmäßige Form von Landaufenthalt. Da nur der Arzt bestimmen kann, welche Art Erholung notwendig ist, so werden die Kinder Unbemittelter zu diesem Zweck auf Wunsch auch unterrichtet. Wie auch diese Unternehmung ausfällt, so läßt sich jedenfalls für das gesparte Geld eine Erholung im Freien vermitteln. Die Sparsparke sind in der Nähe der Wohnung der Sparer zu haben. Das gesparte Geld kommt ohne Abzug den Sparern wieder zugute.

**Berliner Asylverein für Obdachlose.** Im Monat April nährigten im Männerasyl 14 835 Personen, wovon 6346 badeten, im Frauenasyl 2396 Personen, wovon 546 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer und Frauen Biesenstr. 55/59.

### Folgschwerere Gasexplosion in der Mittelstraße.

Durch eine heftige Detonation wurden gestern morgen 6 $\frac{1}{2}$  Uhr die Bewohner des Hauses Mittelstr. 36 aufgeschreckt. Im Keller des Seitenflügels war in der Wohnung des Gränkrämhändlers Schröder eine Gasexplosion erfolgt, die einen so starken Luftdruck erzeugte, daß fast im ganzen Hause die Fensterhebeln in Trümmer giengen. Man alarmierte sofort die Feuerweh, die in die Kellerwohnung, in der infolge der Explosion auch Feuer ausgebrochen war, vordrang. Die Feuerwehmannschaften fanden den Gränkrämhändler leblos

vor; er war zum Teil von den abgerissenen Studmassen der Kellerbede und von Brettern der Verkleidung verdrückt. Seine Frau Dorthea stand höhnend an ein Fenster gelehnt und wies schwere Verbrennungen an beiden Unterarmen auf. Sie wurde von den Samaritern der Wehr in Behandlung genommen und dann in die königliche Klinik in der Fiegeßstraße gebracht. Bei ihrem Eintritte stellten die Samariter sofort Wiederbelebungsvorläufe an, es waren aber alle Bemühungen vergeblich, da der Tod schon eingetreten war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Mann schon vor Eintritt der Explosion an den Folgen der Gaseinwirkung gestorben ist. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und dem Schauhaus überwiesen. Nach den polizeilichen Ermittlungen hatte der Mann in dem hinteren Raum, in dem der Explosionsherd lag, geschlafen, während die Frau die Nacht in einem vorderen Zimmer verbracht hatte. Vermutlich ist in dem hinteren Raum eine Gasleitung undicht geworden, so daß das Gas über Nacht ausströmte und sich unter der Kellerbede ansammelte. Als dann gestern morgen Frau Schroeder den hinteren Raum betrat, um ihren Mann zu wecken, erfolgte die Explosion, da die Frau wahrscheinlich ein brennendes Licht in der Hand hatte. Das durch die Explosion entstandene Feuer konnte von der Wehr in kurzer Zeit gelöscht werden. Im ersten Stock des Hauses wurde ein Kleinkind infolge des Schrecks ohnmächtig. Sie stürzte zu Boden, erholte sich aber unter den Händen der Samariter nach einiger Zeit wieder.

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde die Feuerweh nach der Straßmannstraße 20 gerufen. Die Löscharbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch. Ein Teil vom Dachstuhl des Quergebäudes ist zerstört.

Verloren wurde bei der Kaiserfeier in der Neuen Welt eine goldene Damenuhr. Da es sich um ein Familienandeken handelt, wird der ehrliche Finder gebeten, dieselbe im Bureau des Wahlvereins, Redaktions 8, abzugeben.

Die Lessing'sche Bibliothek und Lesehalle, E. O., Adalbertstr. 41, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist im Monat April von 11 277 Personen besucht worden. In der Lessing'schen Bibliothek wurden 6121 Bände unterhalten und belehrende Literatur nach Hause verliehen. In der Lesehalle liegen zurzeit 630 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. Das Institut ist werktäglich von 5 $\frac{1}{2}$  bis 10 Uhr abends, Sonntags von 9 bis 1 und 8 bis 6 Uhr geöffnet.

Im Apollotheater wird das Reprogramm von Otto Reutter beherbergt. Reutter wartet allein mit einem umfangreichen Programm auf. Und wenn er, die Hände über den Bauch gefaltet und mit den Augen gespannt einem Schlagern nach dem andern so fröhlich-gemüht vortritt, dann kann er doch Befalls sich gar nicht erwehren. Jedem gibt er etwas. Seine Coupletts mit dem Refrain: „s' wird langweilig mit der Zeit“, „Niemand, sei Holz“ und mit der Schlussfrage: „Barium?“ brachten dem besetzten Humoristen Befallsfährne ein.

Auch die übrigen Programmnummern, in denen Redakroboten, ein Blauschönleier und Keulenschwinger vorzügliches leisten, können zu erstklassigen Darbietungen gerechnet werden.

**Luisen-Theater.** „Ein feltamer Fall.“ Vor Jahren haben wir bereits an mehreren diegenen Pächern ein englisches Drama gleichen Namens und gleichen Inhalts gesehen. Jetzt hat es ein Herr v. Mey-Schilbach, der seinerzeit Margarete Wöhmes weltberühmtes „Zugend einer Verlorenen“ umgearbeitet zu einem Spektakelstück verarbeitet und dafür zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, abermals zu einem „Sensationschauspiel“ hergerichtet. Dies Fragezeichen vorausgeschickt, mag dem „Bearbeiter“ zugegeben werden, daß er sich auf die Erzeugung wirksamster Theater gut versteht. Alle Ingediegen der Hintertropfenliteratur: Gift, Dolch, Revolver, Mord und Totschlag, Kriminalpolizei usw. wobei es einem gruselig über den Rücken läuft, marschieren hier prompt wieder auf. Ja, sie sind so raffiniert kientoppmäßig vor die Kampe gerückt, daß jegliches tiefer menschliche Interesse an dem gestellten Problem selbst verschwindet. Es handelt sich nämlich darum, daß jemand im „Dämmerungszustand“, wie das auch Paul Lindau in seinem gefilmten Schauspiel „Der Andere“ demonstriert hat, gestörter Mensch und schmerzlicher Verbrecher in einer Person sein könne, ohne es zu wissen. Kur wie gelangt: was an dem Stück ursprünglich noch einen gewissen lustmäßigen Anstrich beifließen haben mochte, das erscheint jetzt heruntergeschraubt in die muffige Atmosphäre einer Journalkritik. Und das Bedauernde ist, daß an dergleichen Nachwerke schauspielerische Qualitätsleistungen geleistet werden, die einer oberen Sache würdig wären. Die meisten Darsteller waren überaus gut; Helma Huber in seiner Doppelrolle als Lord Jekyll und Rörber Henke sogar verblüffend naturalistisch.

## Vorortnachrichten.

### Neukölln.

#### Gültigkeit eines sozialdemokratischen Stadtverordnetenmandats der zweiten Abteilung.

Bei der Stadtverordneten-Stichwahl, welche im 3. Wahlbezirk der 2. Wählerabteilung am 3. Mai 1912 stattfand, fielen auf den Kaufmann Weber und auf den sozialdemokratischen Kandidaten, Maurermeister Wilhelm Schuch, der neben dem Rufnamen Wilhelm auch noch die Vornamen Hermann Friedrich hat, die gleiche Anzahl von Stimmen. Bei der notwendigen Auslosung fiel das Los auf den Genossen Schuch, der für gewählt erklärt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärte jedoch die Wahl des Genossen Schuch auf den Einpruch eines Reisenden Vogt für ungültig, weil eine Stimme nicht auf Wilhelm Schuch, sondern auf Hermann Schuch lautete.

Der Bezirksausschuß verwarf die von Schuch angestregte Klage mit folgender Begründung:

Es sei durch die Vernehmung eines Zeugen für festgestellt zu erachten, daß tatsächlich eine der dem Maurermeister Wilhelm Schuch zugezählten Stimmen für Maurermeister Hermann Schuch abgegeben worden sei, und daß vom Wahlvorstand diese Stimme dem Kläger Maurermeister Wilhelm Schuch, ohne Feststellung der Identität beider Personen, zugezählt worden sei. Der frohliche Wähler habe also eine andere Person als den Kläger genannt. — Unrechtlich sei hierbei, daß Kläger auch den Rufnamen Hermann führe. Es komme darauf an, daß Kläger den Rufnamen Wilhelm habe. Der Zweck des Rufnamens sei es gerade, eine Person bestimmter, als dies allein mit dem Rufnamen geschieht, zu bezeichnen. Im Verstehe komme daher nur der Rufname von mehreren Vornamen in Betracht. — Eine Wahl sei ein formaler Akt, der eine Auslegung der hierbei getanen Willensäußerungen über dasjenige hinaus ausschließt, was aus der Willensäußerung selbst nicht ohne weiteres zu entnehmen ist. Es komme deshalb auch nicht darauf an, ob der Wähler Jahn die Absicht hatte, Wilhelm Schuch zu wählen, sondern nur darauf, daß er einen anderen als Wilhelm Schuch gewählt habe. Demgemäß hätte der Wahlvorstand jene Stimme nicht ohne weiteres dem Wilhelm Schuch zurechnen dürfen. Die Wahl sei deshalb, da es auf eine Stimme ankam, ungültig.

Genosse Schuch legte Berufung ein. Sein Vertreter Rechtsanwalt Wolf gang Heine betonte unter anderem, daß der in Betracht kommende Wähler Jahn niemand anderem als Wilhelm Schuch seine Stimme habe geben wollen. Wenn er verstanden worden wäre, was nicht geschehen sei, dann würde er dies auch be-

fundet haben. Es sei auch sonst ohne weiteres klar, daß sein Wille dahin gegangen war, da bei der Stichwahl, um die es sich handele, außer dem Gegenkandidaten Weber nur ein Maurermeister Schuch in Frage gekommen sei. Im übrigen: selbst wenn man in dem Bezirksausschuß annehmen wollte, Jahn habe tatsächlich den Namen Hermann Schuch und nicht Wilhelm Schuch genannt, so wäre die Stimme dem Kläger schon deswegen mit Recht durch den Wahlvorstand zugerechnet worden, weil der Kläger auch den Vornamen Hermann habe. Doch dies nicht sein Rufname sei, wäre gleichgültig. — Schon im Interesse der Aufrechterhaltung einer durchaus rechtsgültig zustande gekommenen Wahl sollte solche Willkür unterbleiben, wie sie von denjenigen vorgenommen seien, welche die Ungültigkeit der Wahl des Klägers beantragt und durchgeführt haben. Die Wahl mühte für gültig erklärt werden.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Berufung statt, hob die Vorentscheidung auf und erklärte die Wahl des Genossen Schuch für gültig.

Gründe: Der Senat sei der Ueberzeugung, daß tatsächlich bei der Stichwahl einer der Wähler seine Stimme für Hermann Schuch abgegeben habe. Auch sei der Senat der Meinung, daß die Abgabe der Wahlstimme als reiner formaler Akt anzusehen sei, wobei ein Irrtum nicht, wie auf Grund des bürgerlichen Rechts, angefochten und berichtigt werden könne. Es müsse so die Abgabe einer unrichtigen Stimme als definitiv angesehen werden. Dieser Grundsatz finde, wie auf die Hauptwahl auch auf die Stichwahl Anwendung. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, sei nur zu prüfen gewesen, ob der Wähler Jahn mit der Abgabe seiner Stimme für „Maurermeister Hermann Schuch“ einen anderen gewählt habe, wie den Maurermeister Wilhelm Schuch. Diese Frage habe der Senat verneint. Sie wäre dann zu bejahen gewesen, wenn der Maurermeister Schuch nicht auch noch, neben seinem Rufnamen Wilhelm, den anderen Namen Hermann hätte. Wenn letzteres nicht der Fall wäre, dann läge eine falsche Bezeichnung vor, die ebenso zu behandeln gewesen wäre, als wenn der Wähler einen ganz anderen Namen genannt hätte. Im Gegenja dazu lägen die Dinge hier aber so, daß der Vorname Hermann einer von mehreren Vornamen Schuchs sei, die ihm ebenso gut zuläue, wie der Vorname Wilhelm. Unter diesen Umständen sei die Stimme Jahns als für Kläger abgegeben anzusehen und seine Wahl müsse für gültig erklärt werden.

Die erste Schulzahnklinik für unseren Ort ist nunmehr Wilhelms-Bruchstraße 78/80 eröffnet. Für bedürftige Kinder der Mittel- und Volksschule ist die Behandlung völlig unentgeltlich: für die anderen Kinder ist ein Abonnement für ein Jahr zum Preise von 1 M. festgesetzt. Bedenkt man, daß 90 bis 95 Proz. aller Kinder zahnlindend sind, dann ist zu ermessen, von welchem Segen es gerade für die ärmeren Kinder ist, früh und sachgemäß zahnrärztlich behandelt zu werden. Der Pflege der Zähne wird leider in vielen Familien viel zu wenig Sorgfalt geschenkt, sehr zum Schaden der Kinder. Es ist anzunehmen, daß die Lehrer jetzt die Kinder auf die Schulzahnklinik aufmerksam machen, um so dazu beizutragen, daß Kindern die Zähne gesund erhalten bleiben. Die Klinik selbst ist allen modernen Anforderungen entsprechend eingerichtet; vier Operationsstühle stehen zur Verfügung, drei Krätze und eine Krankechtstühle versehen den ärztlichen Dienst. Am Sonntag wurde die Klinik eingeweiht, deren Einrichtung in erster Linie den unermülichen Anstrengungen unserer Genossen im Stadtparlament zu danken ist.

### Charlottenburg.

**Neue Urlaubsgrundzüge für die städtischen Beamten.** Angestellten und Arbeiter hat der Magistrat aufgestellt. Danach erhalten Stadtschreiber, Sekretäre und Diakone mit Sekretärprüfung sowie die im gleichen Range stehenden Beamten der Betriebsverwaltungen, die bisher 3 Wochen und nach 10jähriger Dienstzeit 4 Wochen Urlaub erhielten, künftig auch nach 4jähriger Dienstzeit und Vollendung des 50. Lebensjahres bis 4 Wochen Urlaub. Sekretariatsassistenten, Diakone, Registraturassistenten und den entsprechenden Kategorien der Betriebsverwaltungen kann nach 10jähriger Dienstzeit oder nach 5jähriger Dienstzeit und Vollendung des 33. Lebensjahres bis 3 Wochen, nach 5jähriger Dienstzeit und Vollendung des 50. Lebensjahres 4 Wochen Urlaub erteilt werden. Voten, Führer, Schuldiener usw. erhalten bereits nach 3jähriger (bisher 2jähriger) Dienstzeit 2 Wochen Urlaub. Den weiblichen Dienstverrichteten stehen zunächst 3 Wochen, nach 10jähriger Dienstzeit oder nach 5jähriger Dienstzeit und Vollendung des 50. Lebensjahres 4 Wochen Urlaub zu (bisher nur 2 bzw. 3 Wochen). Den städtischen Arbeitern wird bereits im 2. Dienstjahre (bisher im dritten) ein Urlaub bis zu 8 Tagen gewährt, im 4. bis zu 6 Tagen, im 6. bis zu 7, im 8. bis zu 10 und vom 11. Dienstjahre bis zu 14 Tagen (bisher 10). Die Aufsicher, Vorarbeiter, Offenarbeiter der Gaswerke usw. sowie die Wärter und Wärterinnen der Krankenhäuser können im 2. Dienstjahre bis zu 5 Tagen, im 4. bis zu 7, im 6. bis zu 9, im 8. bis zu 12 und vom 11. Dienstjahre ab bis zu 14 Tagen Urlaub erhalten.

Am kommenden Sonnabend, den 9. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses, Rosenthalstr. 3, ein Lichtbildvortrag statt über: Wanderungen in der Mark. Nach dem Vortrag gefälliges Beisammensein. Es wird gebeten, für einen recht zahlreichem Besuch dieser Veranstaltung Sorge zu tragen. Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben bei Scharrnberg, Seifenbeimer Str. 1 (Vorwärts-Spedition) und in der Stehbierhalle des Volkshauses.

### Marientdorf.

In der gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins nahmen die Genossen den Geschäftsbericht des verfloffenen Jahres entgegen. Der Vorsitzende, Genosse Huhn, erwähnte, daß das verfloffene Jahr ein arbeitsreiches gewesen sei. Die Landtagswahl habe uns von 58 Wahlmännern 30 gebracht. Bei der Gemeindeverordnetenwahl wurden für unsere Kandidaten 1100, für die Bürgerlichen nur 400 Stimmen abgegeben. Die Zahl der Mitglieder stieg von 384 männlichen und 98 weiblichen auf 400 männliche und 182 weibliche Mitglieder. Die Rote Woche brachte dem Wahlverein 124 Aufnahmen, davon 79 Frauen, außerdem noch 85 Leser des „Vorwärts“. Die Zahl der Abonnenten stieg im ganzen Jahre von 780 auf 900. Der Vorsitzende teilte ferner noch mit, daß Genosse Hermann verjüngter Mandat als Gemeindevertreter niederlege; da auch der im März von uns gewählte Gemeindevertreter Schramm das Mandat nicht angenommen hat, stehen wir wieder vor der Wahl von zwei Vertretern. Es sei Pflicht eines jeden Parteigenossen, bis zur Wahl seine Schuldigkeit zu tun. Den Kassenbericht erstattete Genosse Spannberg. Der vermehrte Bibliothek wurde 388 Bücher entliehen. Es folgten dann noch die Berichte des Bildungs- und Jugendauschusses, deren Veranstaltungen nicht genügend Interesse entgegengebracht worden ist. — In der Diskussion wurden wesentliche Einwendungen an der Tätigkeit des Vorstandes nicht gemacht. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Berleim. 2. Vorsitzender: Oldenburg. Kassierer: Spannberg. Schriftführer: Krüger. Beisitzer: Genossin Goeb. Den Schluß der Versammlung bildete die Wahl der übrigen Funktionäre sowie die der Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung.

### Raulsdorf.

Die am Sonntag stattgefundene Gemeindevertreterwahl brachte uns nicht den erhofften Erfolg. Unser Kandidat erhielt 104, der bürgerliche 134 Stimmen. Dieses Resultat war nur unter Anwendung krassester Terrorismus zu erreichen. Wurden doch u. a. Antipersonen vor den Wählerzettel gepannt, in der wohlbegründeten Aussicht, daß deren Untergebene genau dem Sprichworte „weh Drot

### Reichstag.

248. Sitzung. Montag, den 4. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare.

### Die Konkurrenzklausel.

Abg. Hoch (Soz.):

Schon der Regierungsentwurf hatte die Handlungsgehilfen enttäuscht, sie hatten erwartet, daß mindestens die Forderung, die alle Parteien der Handlungsgehilfen stellen, die völlige Befreiung des Wettbewerbsverbot, erfüllt werde. Leider ist das nicht geschehen. Bei der Erörterung der Gründe, die der Staatssekretär dafür vorgebracht hat, ist in der Kommission festgestellt worden, daß irgend ein sachlicher Grund für die Beibehaltung des Wettbewerbsverbots nicht vorhanden ist, wenn man sich auf den Boden des gleichen Rechts stellt. Der Staatssekretär hat den Fall angeführt, ein Reisender ernennt die Kundschaft des Geschäftes und nehme dann eine andere Stellung an, worin er diese erworbene Kenntnis zum Gunsten des früheren Geschäftes verwendet. Gerade dieser Fall zeigt, wie unrichtig es ist, hier mit einem Wettbewerbsverbot einzugreifen. Der Reisende erwirbt doch kraft seiner Tätigkeit die Kunden für das Geschäft, er muß die Fähigkeit haben, zu erkennen, was sie brauchen, durch seine Tätigkeit wird ein ganz neuer Kundenkreis für das Geschäft erst erworben. Sowie das Geschäft wie der Angestellte sind an diesem Erwerb beteiligt und haben Vorteile davon; wenn der Angestellte nun die Stellung wechselt, soll das Geschäft den Vorteil, den es seiner Tätigkeit verdankt, behalten, er aber soll die von ihm erworbene Kundschaft nicht mehr besuchen dürfen. Das ist

eine durch und durch ungerechte Maßregel.

Sie wollen den Angestellten zwingen, aus dem Kundenkreis, den er kennt, herauszugehen und wieder einen neuen Kreis zu suchen, wo er mit einem ungenügenden Umfangsgehalt zufrieden sein muß. Eine solche Ungerechtigkeit ist unerbittlich mit der Gleichheit vor dem Gesetz, und früher hat das die bürgerliche Rechtspflege auch anerkannt. So hat im Jahre 1827 das Oberappellationsgericht in München ein derartiges Wettbewerbsverbot für unbedingt ungültig erklärt. Seit 1827 haben wir ja aber eine gewaltige Entwicklung durchgemacht. Der Staatssekretär Delbrück hat es für nötig gehalten, den bürgerlichen Parteien gestatten eine Strafbefreiung zu halten, als ob man nirgends so wenig Verständnis für die Entwicklung Deutschlands hätte, als im Deutschen Reichstage. Wenn diese Strafbefreiung wirklich so gelautet hat — und ich für meine Person glaube es — dann kann sie ja nur an die bürgerlichen Parteien gerichtet gewesen sein; wir Sozialdemokraten haben stets mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse im Laufe der letzten Jahrzehnte sich ganz gewaltig entwickelt haben, daß das Großkapital sich zu einer Allmacht im Wirtschaftsleben herausgebildet hat. Wir erkennen das an, aber gerade darum verlangen wir, daß dieser Allmacht im Interesse des Volkes entgegengetreten wird. Auch in der Frage des Wettbewerbsverbots ist die Nachstellung der Großunternehmer gegenüber den Handlungsgehilfen immer gewaltiger geworden, und deshalb müssen wir nicht zum Schaden, sondern zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingreifen. Trotzdem in der Kommission gerade in dem angeführten Fall festgestellt wurde, daß das Wettbewerbsverbot unberechtigt ist, wurde unser Antrag auf völlige Aufhebung des Verbots, den wir heute wiederholen, abgelehnt. Man meinte, es können doch einmal berechtigte Fälle vorkommen. Aber es ist weder der Regierung noch den bürgerlichen Parteien gelungen, ein Mittel anzugeben, um solche angeblich berechtigten Fälle von den anderen Fällen zu trennen. Zunächst versuchte man dadurch auf die Unternehmer einen Druck auszuüben, daß sie bei Eingehung des Wettbewerbsverbots dem Angestellten eine Entschädigung zahlen müßten. Aber dieser Druck wird umso geringer sein, je elender die Bezahlung des Angestellten ist. Außerdem kommt die Annäherung hinzu für den Fall, daß der Angestellte einen neuen Erwerb hat. Man ist deshalb auf die Gehaltsgrenze von 1500 M. gekommen, unter der das Verbot ausgeschlossen sein soll. Eine solche Bezahlung ist so elend, daß der Angestellte eine Familie dabei nicht ernähren kann, und heute hören wir, daß die Grenze weiter

auf 1500 M. heruntersetzt

werden soll. Mit rührenden Worten schilderte Herr Waldstein in der Kommission, wie etwa eine arme Witwe ohne das Wettbewerbsverbot ihre Existenz gar nicht halten könnte. Nun, eine solche arme Geschäftsfrau hat sicher keine großen Geschäftsgeheimnisse zu bewahren. Übrigens können solche kleinen Geschäftsleute gar nicht die Befreiung der Entschädigung eingehen; diese Bestimmung zeigt, daß das ganze Gesetz nur auf den Großkapitalisten zugeschnitten ist. Auch vom Standpunkt der bürgerlichen Rechtsordnung müßte eine solche unverantwortliche Ungerechtigkeit, eine solche unverantwortliche Vergewaltigung beseitigt werden, und da haben Sie es fertig bekommen, noch eine Verschlechterung hinzuzufügen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn jetzt ein Angestellter gegen die Konkurrenzklausel verstoßt und für diesen Fall eine Vertragsstrafe eingegangen ist, etwa von 100 oder 200 M., so hat der Prinzipal lediglich das Recht, diese Vertragsstrafe einzufordern. Nach dem neuen Gesetz aber soll er auch verlangen können, daß der Angestellte aus seiner neuen Stellung austritt, und es sollen dabei gegen den Angestellten fortgesetzte Geldstrafen und Haftstrafen von sechs Monaten bis zum Gesamtbetrag von zwei Jahren zulässig sein. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegenwärtig ist nach der Zivilprozessordnung eine Haftstrafe im Falle der Verurteilung zur Leistung von Diensten aus einem Dienstvertrag nicht zulässig, weil sie als unerbittlich mit unserem Empfinden von Menschenrecht und Menschenwürde erachtet wird. In Zukunft wollen Sie einen Mann, der eine Vertragsstrafe von 100 Mark oder 200 Mark eingegangen ist, weil er diese für ersichtlich hat, durch Gefängnis zwingen, seinen Protestversatz anzugeben und seine Familie dem größten Elend zu überlassen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist

eine Bestimmung so unerhörter Art,

daß sie allem menschlichen Empfinden ins Gesicht schlägt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär sagt, ohne die Erfüllung würde gegen Treu und Glauben gehandelt. Gerade das Umgekehrte ist der Fall, die Haftstrafe als Erfüllungsmittel erzieht die Unternehmer dazu, hinterhältig und niederträchtig zu handeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieses unerhörte unerbittliche Vorgehen kann gar nicht schatz genug verurteilt werden. Wenn Sie erklären, es geht gar nicht anders bei dem Wettbewerbsverbot, so ist das eben nur ein Beweis, daß jedes Wettbewerbsverbot beseitigt werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) (Hört! Kaempff erklärt es für unzulässig, von unverantwortlicher Vergewaltigung durch Gesetzesbestimmung zu unverantwortlicher Vergewaltigung durch Gesetzesbestimmung zu sprechen.) Wir erweisen den Handlungsgehilfen einen schlechten Dienst, wenn wir ein solches Gesetz annehmen. Leben wir es ab, so bleiben die Zustände, wie sie waren, und die haben ja gerade die Regierung und die bürgerlichen Parteien gezwungen, mit einer Änderung zu kommen. Die Handlungsgehilfen sind an alle Parteien herangetreten, und die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben ihnen Versprechungen gemacht, nach denen sie meinen müßten, das unbedingte Verbot des Wettbewerbsverbots würde beschaffen werden. In der Presse sagt man, die bürgerlichen Parteien wollten gar nicht eine Verschlechterung, nur

die böse Regierung. Aber das ist nicht wahr. Sie selbst sind verantwortlich für diese Bestimmung. Sie sind hierbei nicht über den Stod der Regierung geprüngt, sondern die Regierung ist über Ihren Stod geprüngt, sie ist nur das ausführende Organ der Bestimmungen, die Sie beschließen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Erst boten Sie den Handlungsgehilfen als Entgelt für die Erfüllung die Gehaltsgrenze von 3000 M. Nachdem Sie die Erfüllung hatten, wurde die Gehaltsgrenze heruntergesetzt. Immer wieder haben Sie mit den Handlungsgehilfen zu verhandeln, weil Sie es nicht wagen konnten, ihnen ein solches Gesetz vorzulegen. Die Handlungsgehilfen müssen leider für ihre Erfahrungen mit Ihnen ein schweres Lehrgeld zahlen. Dieselben Parteien, die mit dieser Forderung die Handlungsgehilfen so schwer geschädigt haben, machen jetzt das selbe Spiel in der Sonntagruhe-Kommission. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch da werden die Handlungsgehilfen

systematisch geschädigt.

Es bewahrt sich eben auch für die Handlungsgehilfen und die bürgerlichen Parteien das Wort: Niemand kann zweien Herren dienen. Die Arbeiter haben das längst erkannt und die Konsequenzen daraus gezogen. Dasselbe werden Sie auch bei den Handlungsgehilfen erleben müssen. Koch sträuben sich die Handlungsgehilfen mit aller Gewalt gegen den Anschlag an die Sozialdemokratie, aber die Erbitterung unter ihnen wird immer größer. Die Arbeiter haben durch ihren Anschlag an die Sozialdemokratie Fortschritte auf sozialpolitischen Gebieten erreicht; auch die Handlungsgehilfen werden zu der Erkenntnis kommen; der einzige Ausweg bleibt der Anschlag an die Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Widerspruch und Jurahe bei den bürgerlichen Parteien.) Das klingt Ihnen unangenehm in die Ohren, aber wenn die Handlungsgehilfen sich in immer größeren Scharen der Sozialdemokratie anschließen werden, so wird Ihnen das Radien vergehen. Traurig ist nur, daß diese Entwicklung mit so viel Elend der Angestellten verbunden ist, aber dafür tragen Sie die Verantwortung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimbom (Z.):

Der Versuch des Vordredners, die Handlungsgehilfen ins sozialdemokratische Lager zu ziehen, ist recht ungeschickt. Wir wollen einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Handlungsgehilfen und denen der Prinzipale. Von den Interessen der Prinzipale aber hat Herr Hoch nichts gesagt, deren Schicksal ist ihm gleichgültig. In zwei Punkten haben wir dem Unannehmbar der Regierung entsprochen, um die Vorlage zustande zu bringen, in der Gehaltsgrenze und in der wahlweisen Zulassung der Erfüllungsklage. Die völlige Befreiung der Konkurrenzklausel ist nicht erreichbar. Auch unsere Bemühungen, die Gehaltsgrenze zu beseitigen, sind leider erfolglos geblieben. Das Existenzminimum muß auf alle Fälle von der Konkurrenzklausel freibleiben, dagegen werden wir das Gesetz nicht an der Frage scheitern lassen, ob dieses Minimum 1500 oder 1800 Mark betragen soll. In der Frage der Erfüllungsklage ist der Standpunkt der Regierung logisch, denn wenn man den Gehilfen dafür entschädigen will, daß er nicht zur Konkurrenzklausel geht, so muß man auch die Gegenleistung dafür verlangen. Auf Anregung des Kollegen Waldstein sind wir dann zu der Formulierung gelangt, die der Kompromißantrag enthält.

Durch ihn wird auch die Wirksamkeit der Konkurrenzklausel bei Kündigung des Gehilfen wesentlich beschränkt gegenüber der Vorlage der Regierung. Es werden also erhebliche Fortschritte gegenüber dem gegenwärtigen Zustand erreicht, so daß man es nicht verantworten könnte, die Vorlage scheitern zu lassen.

Abg. Dr. Thoma (natl.):

Den bisherigen Ausführungen der Konkurrenzklausel wird durch die Vorlage mit Erfolg entgegengetreten. Wenn wir den Kompromißantrag zustimmen, so nehmen wir dadurch durchaus nicht einseitige Unternehmerinteressen wahr. Die Unternehmer würden sich am meisten freuen, wenn die ganze Vorlage zu Fall käme. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Nur wenn wirklich schuldbedürftige berechtigten Interessen des Prinzipals in Betracht kommen, ist die Konkurrenzklausel wirksam. Freilich ist nicht, wie ich das in erster Lesung verlangte, die Beweislast für die Schuldbedürftigkeit dem Prinzipal überlassen, sondern der Gehilfe muß die Einrede machen, es seien schuldbedürftige Interessen nicht gegeben. Aber das kommt ja fast auf dasselbe heraus, da sich der Prinzipal auf diese Einrede wird vorbereiten müssen. Die Herabsetzung der Gehaltsgrenze auf 1500 M. ist deshalb nicht ganz unbedeutend, wenn wirklich schuldbedürftige Interessen des Unternehmers vorhanden sind, sie ebensogut bei 1800 wie bei 1500 M. Gehalt des Gehilfen vorhanden sein können. Und die kleinen Gehälter bis 1200 M. bleiben auf jeden Fall von der Konkurrenzklausel befreit. Bei der sogenannten Wiedereinführung der Erfüllungsklage ist die Logik auf Seiten der Regierung; sie war auch heute schon möglich und würde die Regel werden, wenn der Entwurf scheitert. — Auf die verbliebene Nebenart vom „Umfallen“ gebe ich nichts. Regierung, Reichstag, Prinzipale sind schon bei dieser Vorlage ungenügend und schließlich werden auch noch die Gehilfen umfallen. (Heiterkeit.) Sie (zu den Sozialdemokraten) sollen ja auch um Sie verlangen ja jetzt 3000 M. Gehaltsgrenze. Sie kommen ja aus dem Umfallen gar nicht heraus. (Heiterkeit.) Ich persönlich wäre bereit gewesen, das Gesetz zum Scheitern zu bringen, da es ja eigentlich niemand will, die Regierung nicht, die Unternehmer nicht und die Gehilfen auch nicht. Aber dafür konnte ich meine politischen Freunde nicht bekommen und da alles ungeschicklich ist, warum sollte ich allein nicht umfallen? (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß wenn nach einiger Zeit eine Statistik aufgenommen werden wird, sich herausstellen wird, daß die Konkurrenzklausel nur noch in sehr wenigen Fällen die Gehilfen belasten wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Waldstein (Sp.):

Ich freue mich, daß der Vordredner der Besseren Einsicht seiner Freunde gefolgt ist. Herr Hoch meinte mit Bezug auf uns und die Handlungsgehilfen, niemand könne zweien Herren dienen. Das mag stimmen für diejenigen, die die Interessen nur einer Klasse vertreten. Wir aber müssen nicht nur zwei Herren, sondern einer ganzen Anzahl von Herren dienen, denn wir müssen die Interessen aller vertreten. (Sehr richtig! bei der Volksp.) Bei der Gelegenheit hat Herr Hoch auch gesagt, der Staatssekretär Delbrück habe uns ja getrennt gesagt, daß an uns nichts dran sei. Deshalb will ich hier doch feststellen: Jemand etwas, was dem Ansehen des Reichstages abträglich ist, habe ich aus dem Munde des Staatssekretärs Delbrück gefahren nicht gehört. — Wir hatten nicht ein Gesetz gegen die Konkurrenzklausel zu machen, sondern ein Gesetz gegen den Mißbrauch der Konkurrenzklausel, und in dieser Richtung enthält die Vorlage der Kommission manches Dankenswerte.

Herr Hoch behauptete, im Punkt der Erfüllungsklage hätten wir die Regierung gezwungen, über unsern Stod zu springen. Das ist ganz und gar nicht richtig. Übrigens hat die ganze Frage nicht eine solche Bedeutung wie ihr gegenwärtig aus Agitationsrücksichten zugelassen wird. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) und die Regierung hat ganz recht, wenn sie der Agitation gegenüber ihren Standpunkt nicht aufgibt, denn ich wünsche eine starke Regierung, stark mit uns,

aber auch stark gegen uns.

(Lachen und Jurahe bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, ich wünsche eine starke Regierung, wie ich auch ein starkes Parlament wünsche. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Daß die Klage auf Erfüllung bis jetzt ausgeschlossen war, beruht lediglich auf einem

Fehler, einem „Versehen“ des Gesetzes; die Begründung paßte lediglich für den Ausschluß der Klage auf Entschädigung, nicht für den Ausschluß der Klage auf Erfüllung. Vertraglich übernommene Verpflichtungen müssen eben erfüllt werden, und wir können daher nicht dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen, in solchen Fällen die Androhung und den Vollzug von Freiheitsstrafen für unzulässig zu erklären. Will man der Kommission überhaupt den Vorwurf der Einseitigkeit machen, so kann es nur in dem Sinne geschehen, daß die Interessen der Arbeitnehmer zu sehr berücksichtigt worden sind gegenüber den Interessen der Arbeitgeber. Das ist ja aber natürlich, da es sich hier um ein Arbeiterdoggel handelt. Die Wirkung des Gesetzes wird eine gegenwärtige sein, die leichtfertigen Konkurrenzklauseln werden verschwinden und nur die berechtigten werden bleiben. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Frommer (L.):

Nur scheinbar sind die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber einander widersprechend, in Wirklichkeit sind beide Gruppen auf einander angewiesen, im Handwerke ebenso wie auf anderen Gebieten. Nur den Auswüchsen soll entgegengetreten werden, aus deshalb muß man fragen: Ist die Konkurrenzklausel nötig, ist sie nur wünschenswert, oder ist sie gar unmoralisch? Bei objektiver Würdigung aller Umstände muß man dazu kommen, sie in manchen Fällen für unentbehrlich zu erklären. Den Auswüchsen auf diesem Gebiet wird durch die Vorlage in ausreichender Weise entgegengetreten. (Bravo! rechts.)

Ueber den sozialdemokratischen Antrag auf Nichtzulassung der Freiheitsstrafe bei der Erfüllungsklage wird namentlich eine Abstimmung beantragt.

Abg. Dombel (Volk):

bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Mertin (Sp.):

Bundesrat und Reichstag sind gleichberechtigte Faktoren, aber die Gleichberechtigung des Bundesrats wollen die Herren links nie gelten lassen. Dabei sind die Verbündeten Regierungen auch bei dieser Vorlage im Laufe der Kommissionsverhandlungen den Wünschen des Reichstages sehr weit entgegengekommen, und wo sie „unannehmbar“ gesagt haben, haben sie gute Gründe dafür. Wir können Gesetze doch auch nicht anders machen, als daß die Regierungen und der Reichstag sich auf einer mittleren Linie entgegenkommen. — Auch die Prinzipale haben ihr Recht zu leben und zu atmen. — Das Gesetz bringt zweifellos dem gegenwärtigen Zustand gegenüber große Vorteile. (Bravo! rechts.)

Abg. Ramm (Wirtsh. Vg.):

Vor die Frage gestellt, die Kompromißvorlage anzunehmen oder die Vorlage scheitern zu lassen, müssen wir den Bundesrat als gleichberechtigten Faktor anerkennen und nachgeben, zumal der Bundesrat auch in manchen Punkten nachgegeben hat. Dazu kommt, daß nicht abzusehen ist, ob die Vorlage sobald wiederkommt, wenn sie jetzt scheitert. Die Initiative des Reichstages selbst in sozialpolitischen Dingen ist ja sehr zurückgedrängt. Gehört haben wir die Vertreter der Handlungsgehilfen gern, aber entscheiden müssen wir nach eigenem Ermessen.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück:

Der Herr Staatssekretär ist zu seinem Bedauern durch seinen Gesundheitszustand verhindert, den Beratungen über dieses Gesetz beizuwohnen. — Herrn Trimbom erwidere ich: Die Wohltaten des Gesetzes kommen auch den Angestellten der Versicherungsgesellschaften auf Gegenleistung zugute.

Abg. Dr. Quaref (Soz.):

Die Verbesserungen, die das Gesetz bringt, wie sie Herr Trimbom anführte, gehen mindestens zur Hälfte auf unsere Anträge in der Kommission zurück. Also so gut wie alle Parteien haben auch wir durchzusetzen versucht, was möglich war. — Der springende Punkt aber ist, daß die bürgerlichen Parteien sogar eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes zugelassen haben. Diese Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien eine solche Verschlechterung gegen die Regierung nicht haben verhindern können, muß die Handlungsgehilfen zu uns hinüberziehen. Eine Alles-oder-Nichts-Politik kann man und bei dieser Vorlage wirklich nicht vorwerfen. Daß doch bereits eine vollständige Einigung zwischen uns und den bürgerlichen Parteien vor, nur wollten sich die bürgerlichen Parteien für die dritte Lesung nicht binden. Den Vortwurf der Alles-oder-Nichts-Politik in diesen Fällen kann ich nur als Demagogie bezeichnen. (Präsident Kaempff ruft den Redner zur Ordnung.) Wir sind mit dem Leipziger Verband der Meinung, daß die Konkurrenzklausel

ein Hohn auf die Arbeitsfreiheit

ist. Für uns spricht auch, daß ein sehr großer Teil der Prinzipale schon heute ohne Konkurrenzklausel aufkommen zu können öffentlich erklärt haben. Aufgabe der sozialen Gesetzgebung soll es doch gerade sein, praktisch zum Teil bereits errungene Fortschritte der Gesamtheit zu gute kommen zu lassen. Sonstige Dienstleistungen sind schon seit 1900 nicht mehr erzwungen durch Haftstrafe. Da wäre das notwendige Korrelat, daß auch das Unterlassen einer Dienstleistung nicht mehr erzwungen werden kann. Die Position des Reichstages der Regierung gegenüber war diesmal besonders hart, und daß Sie diese harte Position nicht benutzt haben, machen wir Ihnen zum Vorwurf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Die Einrede des Gehilfen, von der Abg. Thoma sprach, wird selten zum Erfolg führen, denn die Entscheidung liegt dem Sachverständigen vor Gericht ob d. h. der Handelskammer; also Prinzipale entscheiden hier über Prinzipalinteressen. Es wird eben hier vielfach so sein, daß die Nachteilhaftigkeit die Bestimmungen der Vorlage unwirksam machen. Was gilt nicht alles als vertragswidriges Verhalten? Wenn eine Gehilfin, die eine Kranke Mutter zu Hause hatte, plötzlich zu spät kam, ist das schon als vertragswidriges Verhalten angesehen worden. — Bei der Bezahlung der Entschädigung werden sich die Prinzipale leicht befreien können, denn sie haben das Recht, freiwillig auf die Konkurrenzklausel zu verzichten noch bis zum letzten Augenblick, nachdem so lange der Gehilfe unter dem Druck der Konkurrenzklausel gestanden hat. Erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wollen Sie noch Herrn Trimbom wirklich reformieren. Dabei müssen Sie doch wissen, wie schwer solche nachträglichen Verbesserungen einmal beschlossener Gesetze durchzuführen sind. Und

das rührende Vertrauen des Herrn Trimbom

zu derselben Regierung, die in der Jugendlichsenage das Reichsvereinsgesetz in einer Weise mißbraucht, daß die Praxis allem Glauben verliert, was der Minister damals versprochen hat. Dabei ist dieser Minister inzwischen Reichskanzler geworden. Auf dem Weg des Vertrauens zur Regierung können wir Ihnen nicht folgen. Durch unseren Antrag auf namentliche Abstimmung haben wir Ihnen Gelegenheit geboten, sich noch zu besinnen und die schärfsten Bestimmungen rückgängig zu machen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück:

Der Vordredner hat behauptet, der Reichskanzler habe ein als Staatssekretär gegebenes Versprechen nicht eingelöst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und polizeiliche Mißbräuche des Reichsvereinsgesetzes gegenüber den Jugendlichen in Preußen geduldet. (Selbstverständlich! bei den Sozialdemokraten.) Diese Vorwürfe finden in den Tatsachen keine Begründung, und ich muß gegen sie auf das schärfste protestieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Vell (3.):

Gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Quard ließe sich noch vieles sagen, aber bei der vorgerückten Stunde verzichte ich darauf.

Abg. Markwart (natl.):

Die Aufregung der Handlungsgehilfen über die Konkurrenzklausel ist berechtigt. Ich bin für eine Befreiung der Konkurrenzklausel; werde aber für die Kompromißanträge stimmen, soweit es irgend möglich ist.

Präsident Kaempf

ruff den Abg. Quard (Soz.) wegen seiner Keüherung gegen den Reichskanzler nachträglich zur Ordnung.

Abg. Dr. Cohn (Soz.):

Mit un...trägen konnten wir nicht früher kommen, weil ja auch der Kompromißantrag erst heute gekommen ist. — Der Anspruch auf Erfüllung darf nicht bis zur Entziehung der bürgerlichen Freiheit gehen.

Taktik des Tintenfisches

die Aufmerksamkeit von den sachlichen Punkten abzulenken. Sie können uns nicht zwingen, von unserer wohlwollenden Ueberzeugung abzugehen, um von Ihnen eine gute Jenur zu erhalten.

Damit schließt die allgemeine Ansprache. § 75a handelt u. a. von der Gehaltsgrenze.

Abg. Dr. Quard (Soz.):

Wir beantragen die Heraushebung der Gehaltsgrenze auf 2000 M. Ein Gehilfe, der nicht mehr Gehalt bezieht, hat zweifellos überhaupt keinen Einblick in Geschäftsgeheimnisse.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt; der Kompromißantrag auf 1500 M. wird angenommen. Bei § 75c erklärt

Direktor Dr. Delbrück

den Antrag Albrecht in bezug auf die Freiheitsstrafen bei Erfüllungslagen als unannehmbar. Die namentliche Abstimmung über diesen Antrag wird auf morgen vertagt.

Abg. Schumann (Soz.)

Befürwortet einen Antrag, folgenden neuen Artikel einzufügen: In die Gewerbeordnung ist einzuschalten: § 125a.

Eine Vereinbarung zwischen einem Arbeitgeber und einem gewerblichen Arbeiter, die den Arbeiter für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt (Wettbewerbsverbot) ist nichtig.

Der Antrag ist notwendig, weil die Konkurrenzklausel vielfach auch auf nicht kaufmännische Angestellte, z. B. sogar Woten in Buchhandlungen usw., ausgedehnt wird.

Der Antrag wird abgelehnt. Endlich wird beschlossen, daß das Gesetz am 1. Januar 1915 in Kraft treten soll.

Angenommen werden Resolutionen der Kommission auf Vorlegung eines Gesetzes, der für Angestellte und Arbeiter die Unpändbarkeit des Arbeitslohns erweitert, und eines Gesetzes zur Regelung der Konkurrenzklausel für die Angestellten und Arbeiter, auf welche das vorliegende Gesetz keine Anwendung findet.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr pünktlich (Anfragen, namentliche Abstimmung, Militäretat). Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung, Montag, den 4. Mai 1914, vormittags 11 Uhr.

Von Ministeriell: v. Troitz zu Solz.

Kultusetat.

Höhere Lehranstalten.

Abg. Fiesler (Sp.)

wünscht, daß die Gemeinden, wenn sie an Stelle des Staates höhere Schulen errichten, in diesen auch etwas zu sagen haben sollen.

Ob die Einheitschule bei uns jemals eingeführt wird und ob sie zum Segen des Volkes sein würde, ist sehr zweifelhaft.

zu ernster Arbeit erziehen soll. (Beifall rechts.) Die wissenschaftlichen Leistungen dürfen nicht zurückgehen und es darf nicht auf Kosten anderer Eigenschaften der Intellekt allein gefördert werden.

Ob die Einheitschule bei uns jemals eingeführt wird und ob sie zum Segen des Volkes sein würde, ist sehr zweifelhaft.

für seinen Sohn erstrebt. Dagegen ist die Schule selbst machtlos. Die Errichtung von Mittelschulen ist sehr wünschenswert, aber es ist leider den kleinen Städten der Konzeption gemacht worden, daß die Mittelschulen zur Vorschule für höhere Schulen gemacht wurden.

Abg. Haenisch (Soz.):

Als Kulturpartei im eminentesten Sinne haben wir natürlich auch ein Schulprogramm. Ehe ich darauf eingehe, möchte ich einige Einzelheiten erörtern. Das Schulgeld für die höheren Schulen ist so hoch, daß den Kindern der Arbeiter und des Mittelstandes der Besuch der höheren Lehranstalten unmöglich gemacht oder im höchsten Maße erschwert ist.

weiter verlangen wir die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel — eine solche Petition liegt dem Hause von Deutschen Bergarbeiterverband vor — auch für die höheren Schulen.

Was nun den Lehrplan anlangt, so verwerfen wir die unsinnige Ueberfütterung der Kinder mit religiösem Memorierstoff, den sie gar nicht verstehen können.

Das ist zweifellos eine Fälschung der Geschichte. Ferner wird in den höheren Lehranstalten in schlimmster Weise parteipolitische Agitation getrieben.

Sehr im argen liegt weiter auch der staatsbürgerliche Unterricht. In einem solchen Lehrbuch heißt es: „Alle selbstigen und guten Bürger leben ruhig und glücklich dahin, nach arbeitsreichen Wochen feiern sie frohe Sonntage und Feste.“

Sehr im argen liegt weiter auch der staatsbürgerliche Unterricht. In einem solchen Lehrbuch heißt es: „Alle selbstigen und guten Bürger leben ruhig und glücklich dahin, nach arbeitsreichen Wochen feiern sie frohe Sonntage und Feste.“

haben — vielleicht auch weltschmerzende Parlamentarier — Leute, die von den wirklichen sozialen Zuständen in unserem Volk keine Ahnung haben und die in jedem, der die Zustände bessern will, einen gewissenlosen Heger und Vaterlandsverräter sehen.

Herr v. Kessel sprach davon, daß in unseren höheren Lehranstalten endlich einmal Ruhe eintreten müsse und auch der Reuber des Reentrums und der Freisinnigen wände sich gegen das ewige Experimentieren.

ein körperlich und geistig gleich gesundem Geschlecht heranzuziehen. Großes Gewicht wird von der freien Schulgemeinde auf das Turnen in Luft, Licht- und Sonnenbädern gelegt.

Als wir erstrebten die Einheitschule. Bis zum 14. Jahre sollen alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, erst dann folgt die Trennung in solche, die einen wissenschaftlichen Gelehrtenberuf ergreifen wollen, und die anderen, die eine andere, für die Gesellschaft ebenso nützliche Arbeit leisten wollen.

Abg. Dr. Krause-Lauenburg (L.) wünscht strenge Verfolgungen, wendet sich gegen die Ueberhöhung höherer Bildung und ist mit dem Schularbeitererlaß des Ministers unzufrieden.

Abg. Münsterberg (Sp.) führt aus, daß die Schule in den Dienst der sexuellen Aufklärung und der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geführt werden müßte.

Abg. Cassel (Sp.): In den Schulen soll nur historisch feststehendes Material gelehrt werden, alles Anekdotenhafte muß ausgemerzt werden.

Abg. Dr. Pfeil (3.): Wenn es sich nicht um einen Protest des evangelischen Presbyteriums gehandelt hätte, dann wäre der Minister in der Frage der Benennung der Kölner Gymnasien nicht so vorgegangen.

Parlamentarisches.

Der Militäretat in der Kommission.

Zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Militärverwaltung und der Sozialdemokratie kam es am Montag in der Budgetkommission des Reichstags. Genosse Kosske hatte Befremdungen zur Sprache gebracht, die über ungeheuerliche Vorgänge bei der Unterführung eines thüringischen Infanterieregiments berichteten, und angefragt, inwiefern sich die Nachrichten bestätigten.

Eine längere Aussprache entspann sich sodann über die feider graue Uniform, die sich nach einer Erklärung des Kriegsministers qualitativ nicht bewährt hat.





ich esse, des Lieb ich singe", dem Beispiel ihrer Vorgesehten bei der Stimmabgabe nachsehen. Soviel Beamte und Staatsarbeiter, Pensionäre sind noch bei keiner öffentlichen Wahl gesehen worden. Weiter warteten die Bürgerlichen mit 11 Freistenimmern auf; auch leisteten sie in ihren Veröffentlichungen das menschlichste an Entschlossenheit von Tatsachen. Der bürgerliche Vertreter kann sicher nicht mit Stolz auf sein durch Wahllügen und Terrorismus erobertes Mandat blicken. Pflicht der Genossen muß es jetzt sein, in die Reihen der Bevölkerung jenes Maß von Aufklärung zu bringen, das es in Zukunft den Bürgerlichen unmöglich macht, mit solchen Mitteln Erfolge zu erringen.

#### Zehlendorf (Bannseebahn).

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vorsitzende Genosse Arefeler den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand hat sich gegen das Vorjahr nicht verändert, er betrug 113 männliche und 24 weibliche. "Vorwärts"-Leser sind 180 am Ort. Den Kassendbericht erstattete Genosse Döhling. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzierten mit 641,50 M. Genosse Kaspar berichtete, daß in der Bibliothek 175 Bücher vorhanden sind, dieselben wurden aber leider nur von zehn Lesern 18mal in Anspruch genommen. Die Neuwahlen hatten folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Arefeler, 2. Vorsitzender Hoffmann, Kassierer Döhling, Schriftführer Stüb, Beisitzer Kahn. Lokalkommission Kranz, Revisoren Steinborn und D. Müller, Bibliothekar Kaspar. Als Bezirksführer wurden gewählt im 2. Bezirk Pfeifer, im 4. Bezirk Pfister. Die Wahlen vom 1. und 3. Bezirk sowie die des Jugend- und Bildungsausschusses mußten zurückgestellt werden. Die Bibliothek ist zur Ausgabe von Büchern jeden Donnerstag abends von 8½ Uhr an geöffnet, und zwar bei H. Kisei, Potsdamer Straße 25.

#### Alt-Landsberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung ist zu berichten, daß mit den beiden Kerzen am Krankenhaus ein Vertrag abgeschlossen wurde, wonach die Stadt für Armenbehandlung 1500 M. und für Krankenhausbehandlung 1200 M. zahlt. Der Einladung des Bürgermeisters an die Bevölkerung, an der ersten Sitzung im neuen Rathaus teilzunehmen, war nur der besser situierte Teil gefolgt.

#### Karlshorst.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Küter den Jahresbericht. Der Besuch der Versammlungen und der Frauenlesende habe sich gehoben. Die Zahl der Mitglieder (einschließlich Wiesdorf) sei seit dem vorigen Jahresabschluss um fünfzig gestiegen. Für die Kinder seien Märchenvorlesungen veranstaltet worden, doch hätten nur fünf Vorlesungen stattfinden können, weil die Fortführung derselben an der Lokalfrage scheiterte. Hierauf kritisierte der Referent die Gemeindevahl und meinte, daß man mit dem Anfall derselben zufrieden sein könne, zumal der Jugend nach Karlshorst in der Hauptsache sich nicht aus Arbeitern rekrutiere. Beachte man ferner, mit welchen Geldmitteln und welchem Terrorismus gegenüber den Beamten unsere Gegner arbeiteten, so sei die Zunahme unserer Stimmen um 90 gegenüber der Wahl vor zwei Jahren beachtenswert. Nach dem vom Genossen Führer erstatteten Kassendbericht betragen die Einnahmen 1842,70 M., die Ausgaben 1808,70 M. Aus der Kinderkommission wurde berichtet, daß in jedem Monat eine Kontrolle stattfand. Nach dem Bericht der Lokalkommission ist es uns als der größten Partei im Orte bisher leider nicht möglich gewesen, größere Säle für Versammlungen zu bekommen. Appelliert werden müsse an die Eltern der jungen Leute aus Berlin, welche hauptsächlich die Lokale an den Sonntagen frequentieren, daß diese ihre Kinder darauf aufmerksam machen, gepörrte Lokale zu meiden. In der Diskussion meinten mehrere Redner, daß bei der Gemeindevahl die Leitung nicht genügend gearbeitet hätte. Auch wurde getadelt, daß die Leitung einen gleich in die Tat umgesetzten Beschluß des Frauenleseabends, eine Sechserklasse zu gründen, aufgehoben habe. Von anderer Seite wurde die Stellungnahme der Leitung für richtig befunden; es sei nicht zu verkennen, daß bei der Wahl tüchtig gearbeitet wurde.

In die Bezugsleitung wurden die Genossen Baumeister als erster Vorsitzender, Perste als Kassierer und Jahl als Schriftführer gewählt.

#### Nowawes.

Ein Sturm im Glase Wasser tobte in der letzten Gemeindevorversammlung ob des Verfalls, den der Genosse Reumann über unseren Gemeindevorstand in der Wahlvereinsversammlung gegeben hatte. Nachdem der Schuldlos Gollisch den Bericht zur Verlesung gebracht, bestritt er ganz energisch, daß die Gemeinde, nach Ansicht des Gemeindevorstandes Reumann, vor der Pleite stünde; gebe es doch Gemeindevorstand, die sehr viel höhere als 100 Proz. Zuschläge zahlen. Was man den neuen Schulhausbau anbetreffe, so bestritt er ganz entschieden, daß derselbe 750000 M. kosten würde. Er überließ aber die Tatsache, daß der Februar des Jahres 1913 der Finanzkommission eine oberflächliche Berechnung des Schulhausneubaus in Höhe von 280000 M. vorgelegt hat. Rechnet man die Summe des Baulandes wie beim Schulhaus in der Schornhorststraße auf 60000 M., so ergibt das schon die Summe von 440000 M. Wie die Verhältnisse am Orte sich aber in der Zeit auch mit dem Bau eines Mädchenknabenhauses zu rechnen, so daß die Summe von 750000 M. gewiß nicht hoch gegriffen ist. Nun ergriff der Gemeindevorstand Reumann das Wort und stellte die Behauptung auf, daß unsere Finanzen kerngesund seien. Unsere höheren Schulen genossen einen ausgezeichneten Ruf und unsere Volksschulen seien muntergültig. Das hinderte uns aber nicht, beim nächsten Punkt der Tagesordnung die Mittel für eine fliegende Klasse zu bewilligen. Diese Lobpreisung die Mittel für eine fliegende Klasse zu bewilligen. Diese Lobpreisung unserer Verhältnisse ging aber selbst seinen bürgerlichen Freunden weit. Gemeindevorstand Reiff erklärte, daß die offene Sprache der Finanzmiliere der Ostpropaganda Schaden bräute, dann sprach er der vom Gemeindevorstand Reumann vertretenen Ansicht entgegen.

In seiner Erwiderung gab Genosse Reumann zu, daß der Bericht allerdings, wenn man ihn wörtlich nehme, zwei Fehler enthalte, die jedoch keine große Bedeutung hätten, weil jeder, der zu lesen versteht, über den Sinn der beanstandeten Ausführungen laum im Zweifel gewesen sein wird. Erstens könne von einem tatsächlichen Bankrott der Gemeinde wie im Privatleben selbstverständlich keine Rede sein; er habe lediglich zum Ausdruck bringen wollen, daß unsere wie auch andere Gemeinden mit ihrer Politik vor der Pleite stehen, sofern sie es mit ihren Pflichten wirklich ernst nehmen. Zweitens hätte statt der 750000 für den Schulhausbau nur die Veranschlagungsumme genannt werden müssen. Bezüglich der Schulhausbauten als für die Volksschulen. Von dem übrigen Teil seiner Ausführungen, die die Aufwendungen für die höheren Schulen tatsächlich weit höhere als für die Volksschulen. Von dem übrigen Teil seiner Ausführungen, die die Aufwendungen für die höheren Schulen tatsächlich weit höhere als für die Volksschulen. Von dem übrigen Teil seiner Ausführungen, die die Aufwendungen für die höheren Schulen tatsächlich weit höhere als für die Volksschulen.

flühe die Einrichtung einer fliegenden Klasse an der 4. Gemeindevorversammlung in der Schornhorststraße und die Verteilung des Unterrichtes in dieser wurde die geforderte Summe von 220,50 M. ohne Debatte bewilligt. Zum Schluß gab Gemeindevorstand Reumann an Hand des neuen Kreisbezirks einen interessanten Einblick in die Verwaltung des Kreises Zeltow, wobei er auch erwähnte, daß das hiesige Kreiskrankenhaus einen jährlichen Zuschuß von rund 100000 M. erfordert.

#### Friedrichshagen.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht des Vorstandes vom letzten Halbjahr entgegen. Durch intensive Vorbereitung in der Roten Woche wurden 70 Mitglieder und 54 "Vorwärts"-Abonnenten gewonnen, so daß der jetzige Bestand 421 männliche und 54 weibliche Mitglieder ist. Der "Vorwärts" wird in 573 Exemplaren gelesen. Bei den Wahlen zur Gemeindevorstellung behaupteten wir unsere Siege mit großer Mehrheit, trotzdem im Orte eine Abwanderung der Arbeiterbevölkerung vor sich geht. Die Bildungsarbeit hat die Kassendverhältnisse ungünstig beeinflusst; leider wird dieser Tätigkeit noch zu wenig Interesse entgegengebracht. Die Lokalkommission berichtete, daß alle Lokale frei sind bis auf "Velleue", welches durch den Arbeiterverein und andere patriotische Korporationen abgetrieben wurde, die den Wert vor die Alternative stellten: entweder rot oder blau. Aus der Gemeindevorstellung wurde berichtet, daß unsere Vertreter sich in der Hauptsache auf die Kritik beschränkten. Die Schlappeheit der bürgerlichen Mehrheit habe sich bei der Friedhofsausschuss gezeigt. Während noch vor einiger Zeit einstimmig beschlossen wurde, einen kommunalen Friedhof zu errichten, um auch Abwandernden ein ehrenvolles Begräbniß zu sichern, habe man sich nachträglich vor der Kirche gebeugt und gegen ein kleines Engagement den Beschluß aufgehoben. Das Ungeheuerliche jedoch sei, daß man die Straßenreinigung demnachst an einen Privatunternehmer verbeuge. Von einem Genossen wurde zur Sprache gebracht, daß bei der Einstellung von Kräften auf der Eisenbahn Güterverkehrswirtschaft geherrscht habe. Der Chairman der Gemeindevorstellung versprach, daß, wenn die Angaben auf Wahrheit beruhen, er ganz energisch auf Abhilfe dringen werde. — Die Wahl des Vorstandes ergab keine wesentlichen Veränderungen.

#### Aldershof.

Die Gemeindevorstellung erkannte in ihrer letzten Sitzung die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevorstellung an und erledigte die Wahlen von Ausschussmitgliedern. Der Ortsteilung über die Verteilung der Beamten und Lehrer von der Krankenversicherungsanstalt stimmte die Vertretung zu. Dem Antrage, die Chaussee nach dem Flugplatz zu pflastern, lehnte die Mehrheit ab. Bei dieser Gelegenheit wurde das Verhalten der Terränggesellschaft einer Kritik unterzogen. Im Laufe der Verhandlung stellte Genosse Jabel den Antrag, die Gesellschaft aufzulösen, innerhalb zweier Monate einen Bedienungspersonal fertigzustellen und der Gemeindevorstellung vorzulegen. Sollte letzteres nicht geschehen, soll gerichtlich vorgegangen werden. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit allen gegen die Stimme des Bürgermeisters angenommen. Unter Verschiedenem machte Genosse Rodt auf die zum Teil ungenügende Abdeckung der Regenwasserabflüsse aufmerksam. Der Bürgermeister erklärte, die Regenwasserabflüsse dem Amtsvorsteher übergeben zu wollen.

#### Vichternsdorf.

Die Schulhausfrage bildete den Anlaß zu einer lebhaften Debatte in der letzten Gemeindevorstellung. Der Mangel an Schulräumen hat bereits dahin geführt, daß die Klassenräume für Unterrichtszwecke benutzt werden müssen. Obwohl ein neuer Schulhausbau bereits im Juli vorigen Jahres beschlossen wurde, ist jetzt noch kein Anfang damit gemacht. Nicht der Aufsichtsbehörde wäre es eigentlich schon längst gewesen, diesem Zustand ein Ende zu machen. Der durch den starken Anwohler hervorgerufenen Staubplage in der Kaiser-Wilhelm-Straße soll durch regere Bepflanzung gesteuert werden. Außerdem wurde Klage darüber geführt, daß die Anlagen durch Kinder arg verunstaltet werden. Im Allgemeininteresse sollen Eltern ihren Kindern Anweisung geben, die Anpflanzungen zu schonen.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, gegen den Gemeindevorsteher Klage zu erheben. Er wird beschuldigt, daß er bei der Steuererhebung die Befreiung von der Verbindungsstraße nach dem Bestgelände mit 1200 M. pro Morgen zur Steuer herangezogen habe, obwohl die Einleitungskommission diesen Befreiung nur mit 600 M. pro Morgen bemerkt habe.

#### Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit der Verlegung des Wittwoorckmarktes vom Alten Markt nach dem Volkspark. Vom Magistrat wurde die Vorlage damit begründet, daß der jetzige Platz des Marktes bei der Verlegung jährlich 2000 M. mehr Kosten zahlen würde und daß die Marktdarstellung auf dem Volkspark weit abgegrenzt werden sollen. Auch im Interesse der Bevölkerung sei die Verlegung notwendig. Diese Vorlage wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Stadtverordneten erblicken in der Verlegung eine Schwächung der Anwohner des Alten Marktes und können auch eine Gefahr für den Verkehr nicht einsehen. 7000 Mark wurden gefordert für die Kanalisation der Walderholungsstraße, die in der Nähe der Kolonie Cecilienhöhe errichtet werden soll. Die Vorlage wurde abgelehnt, weil erst die Verhandlungen bezüglich der Eingemeindung abgeschlossen und das Projekt erst verwirklicht werden solle. — Am Samstag zur Lustbarkeitssteuer fand Annahme. Danach soll die Lustbarkeitssteuer von Kinematographen in der Zeit vom 1. Mai bis Ende August um ein Viertel des sonstigen Satzes ermäßigt werden.

#### Pankow.

In der gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Schindler den Jahresbericht. Redner konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Wahlverein, obwohl er die Landorte an den Kreis abgegeben hat, immer noch einen Gewinn von 100 Mitgliedern verzeichnen konnte. Der "Vorwärts" werde in 1958 Exemplaren gelesen. Obwohl die Landtagswahl, wie auch die Gemeindevahl hätten mit einem guten Erfolge für die Partei abgeschlossen. In der Diskussion kritisierten u. a. die Genossen Spießermann, Wische, Gerhart und Hengler, daß unsere Vertreter im Rathaus nicht für die Wichtigkeit der Wahl des Genossen Schindler gestimmt hätten, dem bekanntlich die Qualität eines Angehörigen abgesprochen wurde. Man hätte sich an die vorläufigen Bestimmungen der Landtagsordnung nicht halten sollen. Die Gemeindevorstellung, Genossen Aubig und Schmidt wiesen demgegenüber nach, daß unsere Proklamation in der Gemeindevorstellung in schärfster Form gegen die Bestimmungen der Landtagsordnung protestiert hätte. Im Entschluß, Stimmabgabeung zu lösen, sei nach reiflicher Überlegung gefaßt worden und bedeute durchaus keine Konzeption an die Landtagsordnung.

Die Neuwahlen der Bezugsleitung ergaben: Schindler Vorsitzender, Barfen Kassierer, Reumann Schriftführer; als Revisoren fungieren: Bremer, Juttner und Steinmann; dem Bildungsausschuss gehören an: Fischer, Wildanger, Rißmann und Genosin Gensjäh. Jäger und Wenzel; der Kinderkommission für Abteilung Süd: Genosin Gensjähel; für Abteilung Nord: Genosin Wundereh. Als Leiterinnen der Frauenleseabende fungieren für Süd Frau Körner, für Nord Frau Kopejzka. Der Lokalkommission gehören an:

Gejner, Junge, Penich, Bartels und Trippernau. Als Kandidat für die an Stelle des Genossen Schindler erforderliche Gemeindevorstellung wurde Genosse Egidler einstimmig nominiert. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrender Weise der verstorbenen Mitglieder.

Am 1. Mai ist bei Ebersbach, Berliner Str. 102, nach der Abendfeier durch den großen Andrang an der Garderobe ein grau-geprenter Sommerpaletot abhanden gekommen. Der Finder wird gebeten, denselben bei Ebersbach oder bei Karl Pohl, Kaiser-Friedrichstr. 15, abzugeben, da anderenfalls die Garderobenfrau dafür haften muß.

#### Mühlenbeck.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde zunächst der neu gewählte Vertreter Genosse Paul Beckmann in sein Amt eingeführt. Des Weiteren wurde der Gemeindevorsteher ermächtigt, die Auflösung einer Wegparzelle zu bewirken. Die Wahl von vier Mitgliedern zum Schulvorstand gestaltete sich infolgedessen interessant, als Paul Beckmann empfahl, nur solche Herren zu wählen, welche selbst schulpflichtige Kinder haben. Genosse Bärtsch protestierte gegen das ganze System, wonach Sozialdemokraten durch die Nichtbestätigung von der so notwendigen Mitwirkung ausgeschlossen und dadurch als Bürger zweiter Klasse degradiert werden. Unbefürwortet dessen und ohne ein Wort der Erwiderung wählten sich die bürgerlichen Vertreter aus ihrer Mitte die Herren Aug. Müller, Jochen, Neudorf und Reubauer. Ein Antrag auf Beitritt zum Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik wurde abgelehnt. Die Umpflasterung der Hauptstraße soll möglichst im Mai noch beginnen, es wurde die Vorlage des Niederbarnimer Bauamtes mit der Abänderung angenommen, daß nicht, wie vorgesehen, die Seitenstraßen mit altem, sondern ebenfalls mit neuen Steinen ausgelegt werden.

#### Waldmannslust und Umgebung.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Lischer den Jahresbericht des letzten Jahres. Die diesjährigen Gemeindevorstellungswahlen brachten uns drei Mandatgewinne, so daß wir jetzt in dem Bezirk 13 sozialdemokratische Gemeindevorstellung wählen. Der Mitgliederbestand des Wahlvereins beträgt 422, darunter 90 weibliche; die Zahl der "Vorwärts"-Leser beträgt 449. Die Kasse brachte 41 neue Mitglieder und 22 "Vorwärts"-Leser. Den Kassendbericht gab Genosse Vienta. Einer Einnahme von 2929,11 M. steht eine Ausgabe von 1851,26 M. gegenüber, so daß ein Kassendbestand von 777,85 M. verbleibt. Die Ausgaben für die Landtagswahl betragen 235,92 M. und die Ausgaben für die Gemeindevahl 229,44 M. Auf Vorschlag der Bezirkskonferenz wurden gewählt: erster Bezirksleiter Sobrauer, zweiter Bezirksleiter Lischer, Kassierer Vienta, Schriftführer Stegmaier, Revisoren Wehrndt, Brichmeier und Palm, Lokalkommission Kranz, Zeitungskommission Zimmermann und Bibliothekar Aug. Schulz-Dermendorf. Beschlossen wurde, die Delegierten für Ost-Berlin und für den Kreis von der Bezirkskonferenz zu wählen. Bestätigt wurden als Gruppenführer: Baum und Palm für Hermsdorf, Feuter für Waldmannslust, Krüger und Schulz für Birkenwerder, Scheibhaner für Hohenneudorf, Ufert und Pauer für Olenide und Reich für Vergelde.

#### Reinickendorf-West.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Falk den Bericht vom verflochten Geschäftsjahr. Die Zahl der Mitglieder ist von 804 auf 827 gestiegen. "Vorwärts"-Abonnenten sind 954 im Orte. Unsere Stimmzahl hat sich seit der letzten Gemeindevorstellungswahl von 745 auf 1004 Stimmen erhöht. Die Agitation in der Roten Woche brachte uns 69 männliche und 12 weibliche Mitglieder, sowie 47 neue Abonnenten für den "Vorwärts". Der Kassendbericht schlägt mit 323,84 M. Genosse Vendi schilderte die Aufgaben des Bildungsausschusses im letzten Jahre; er führte Klage, daß die Veranstaltungen des Ausschusses nicht in genügender Weise unterstützt werden. Die Neuwahl der Bezirksleitung ergab: Max Falk, Vorsitzender; Richard Schulz, Kassierer und Hermann Wolfslager als Schriftführer. Es wurde noch beschlossene, die Verwaltung der Bibliothek und der Ausschuldungsunterlagen dem Bildungsausschuss zu übertragen.

#### Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Rosenstraße 3: Reigenübungen. Donnerstag bleibt das Heim geschlossen, da sich die Jugendlichen zur öffentlichen Jugendversammlung nach den Epiphany-Sälen, Epiphanystraße 3, begeben. Freitag: Mädchenabend. Vorlesung aus dem Buche aus dem Jugendjahre einer Arbeiterin von Adelheid Bopp. Sonnabend: Mitgliederversammlung im großen Saale des Volkshauses: Wanderungen in der Karl. Eintritt für Jugendliche 20 Pf. Anfang 8½ Uhr. Sonntag 2 Uhr: Spielhalle nach Belieben.

#### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Borsigwalde-Wittenau. Heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus. Vichtenberg. Donnerstag, den 7. d. M., abends 6 Uhr, im Rathaus, Möllendorffstraße. Hermsdorf bei Berlin. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Gemeindehaus. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewöhnliche ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Marktpreise von Berlin am 2. Mai 1914. nach Ermittlungen des Amtl. Preisprüfungsamts. Weizen (mitred), Ratal 00,00—00,00, Donau 0,00—0,00, Rals (runder), gute Sorte 14,00—15,20. Roggen 6,00, Weizen 7,60—9,40. Kartoffelbrot (100 Mgr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Erdbeeren, weiße 25,00—40,00. Unter 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seite 0,00—0,00. Rindfleisch, Schmalz 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Hammelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—4,50. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,20. Rale 1,00—3,20. Jander 1,00—3,40. Rale 1,40—2,80. Wache 1,00—2,30. Schleie 1,40—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Aechse 3,50—21,00.

#### Witterungsbericht vom 4. Mai 1914.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. u. p. n.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. u. p. n.
Eintriede	745,8		3 wolkf.	19	12,0	Dabaranda	750,8		2 wolkf.	1	12,0
Damberg	742,8		3 wolkf.	10	10,0	Petersburg	760,8		1 bedekt	11	11,0
Berlin	745,8		3 wolkf.	10	11,0	Sellg	758,8		3 wolkf.	11	11,0
Kranf. a. M.	746,8		1 Dunst	11	10,0	Aberdeen	748,8		2 bedekt	10	10,0
Rügen	748,8		4 wolkf.	12	12,0	Paris	765,8		3 Regen	12	12,0
Wien	771,8		3 wolkf.	9	12,0						

#### Wetterprognose für Dienstag, den 5. Mai 1914.

Zunächst etwas wärmer, nordöstlich wolkig bei leichten südwestlichen Winden. Gewitterneigung und Regen; nachher wieder zeitweise aufklarend, aber kühl. Berliner Wetterbureau. Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag: Vorherrschend wolkig bei wenig veränderter Temperatur. Wetter wiederholt, im westlichen Binnenlande und an der Küste ziemlich stark, sonst meist geringe Regenfälle, streichende Gewitter.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen **Santa Lucia** Stärkungs-Fl. 1.50 Nachahmung bitte zurückzuweisen. **Rotwein** u. 2. Käuf. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.

Zünftig Goldfuchs "König" 1! In größter, weil es könnlichste Wodka

**Todes-Anzeigen**

Vom 2. Mai verschied schnell und unerwartet unser hoch- verehrter Chef, Herr **Alfred Brahn** im 36. Lebensjahre.  
Sein Tod, der seinem eifrigen Streben ein so frühes Ziel setzte, hat auch in unseren Reihen das tiefste Mitgefühl erweckt. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.  
Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Brahn u. Co.,  
Kammfabrik, Berlin-Hohenschönhausen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Arbeiter **Julius Weilandt** plötzlich verstorben ist.  
Dies zeigen selbstbetitelt an **Martha Weilandt**, geb. Alt, nebst Sohn.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Groß-Berlin.  
Am Freitag, den 1. Mai, verstarb unser Mitglied **Julius Weilandt**.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
36/17 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis**  
Stralauer Viertel, Bezirk 305 I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Julius Weilandt** Friedrichsfelder Straße 32 gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
24/9 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
14. Abt. Bezirk 699.  
Am Freitag, den 1. Mai, verstarb unser Genosse, der Steinmetz **Albert Mehlmann** (Haldenstraße 16).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Haldenstraße, Ecke Zerkstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
27/9 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
14. Abt. Bezirk 699.  
Am Freitag, den 1. Mai, verstarb unser Genosse, der Steinmetz **Albert Mehlmann** (Haldenstraße 16).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Haldenstraße, Ecke Zerkstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
27/9 Der Vorstand.

**Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen**  
Zahlstelle Berlin  
Den Mitgliedern diese zur Nachricht, daß der Kollege **Otto Wentk** verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt heute nachmittags 5 Uhr auf dem Zentralfriedhof in Weihenau, Wörthstraße 17.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Vom 2. Mai verschied nach längerem Leiden mein hoch- verehrter Mann, unser Schwager, Vater und Schwager **Albert Köpke** im 33. Lebensjahre.  
Für die kranken Hinterbliebenen: **Minna Köpke**, Bornholmer Straße 65.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Nordend aus statt.  
Die kranken Hinterbliebenen **Familie Jirhott**.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.**  
Bezirk Nieder-Schönhausen.  
Am Sonntag verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Genosse **Johann Käsehagen** im Alter von 50 Jahren an der Choleraerkrankung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des alten Nieder-Schönhauser Friedhofes, Buchholzer Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.**  
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Franz Schulz** welcher im Betriebe des städtischen Gärtnereis Danziger Straße deschäftigt war, verstorben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Bestattung findet am Dienstag, den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Wohnung Danziger Straße 77 aus nach dem Friedhof der Gensheimer-Gemeinde in Nordend statt.  
34/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kaufherr **August Brachlow** von der Firma Fabergé & Co. am 2. Mai im Alter von 56 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
64/13 Die Bezirksverwaltung.

Am Sonntagmorgen, den 3. Mai, entfiel nach kurzem, schwerem Leiden meine innig- geliebte Frau, unsere verzagte Mutter **Marie Freimuth** geb. Lieske, Hermannstr. 332.  
Dies zeigen selbstbetitelt an **Armin Freimuth nebst Kindern**.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Haldenstraße, Ecke Zerkstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
27/9 Der Vorstand.

Durch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Karoline Bodinka** am 1. Mai sanft entschlafen ist.  
Beerdigung: Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, Zentral-Friedhof, Friedrichsfelde.  
Im Namen der kranken Hinterbliebenen **J. Bodinka**, Säger Str. 42.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Eingliederung meines lieben Namens, des Hochwürdigsten **Oskar Pirch** sage allen Beteiligten meinen aufrichtigen Dank.  
1961b **Helene Pirch.**

**Danksagung.**  
Für die herzlichste Teilnahme, die uns beim Tode meines Vaters **Albert Harndt** von allen Seiten übermittelt wurde, auf diesem Wege besten Dank.  
1961b **Adolf Harndt.**

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, sage ich allen Freunden, Verwandten u. Bekannten, dem Sozialdemokratischen Wahlverein Bezirk Weihenau, dem Verband der Weihenauer- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin sowie den Kollegen der Gewerkschaft unseren herzlichsten Dank.  
Witwe **Sierzschala u. Kinder.**

**Reste**  
Damentuche schwarz u. farb. Mtr. 3 M.  
Kostümfstoffe neueste englische Muster p. Meter von 2 M.  
Côtelé ... von 3.25 M.  
Gabardine von 2.75 M.  
Futter-Seide in allen Preislagen  
Satin-Futter größte Auswahl  
Knöpfe u. Besatzartikel usw.  
**C. PELZ**  
Kottbuser Str. 5

**Herangefüttert**  
werden schlüßliche junge Mädchen, schlüßliche, häßliche Beronen, schlüßliche Frauen, blasse, schlüßliche Kinder, wenn sie regelmäßig mit

**Dr. A. J. Weil's Hafermark**  
ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schon gelehrt. Aber kein anderes Haferpräparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Weil's Hafermark.  
Gebrauchsanweisung auf den Packeten.  
Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.  
General-Depot:  
**D. Mader, Prinzenstr. 86.**  
Zu haben in den Filialen der **Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.**

**Oskar Wollburg Trauer-Magazin**  
Berlin N., Brunnenstraße 56.  
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch in Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.  
Änderungen sofort.

**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.  
Zigarren - Zigaretten - Rauchtabake.  
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.  
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma **F. J. Burrus St. Kreuz**  
Größte deutsche Rauchtabakfabrikation.  
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabake.  
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

**Ohne Anzahlung**  
Sofort an jedermann **Möbel auf Kredit**  
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung u. bezogen. Anzahl.  
komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne **Möbelstücke, Porzellan, farb. Küchen**  
Portieren, Gardinen, Lein- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Gardinen, Sofas, Kissen, Kleiderwagen usw.  
in modernster Ausführung. - Ferner: Garderobe für Herren, Damen u. Kinder  
Größte Auswahl moderner Façons  
Sonntags 9-10 geöffnet.  
**S. DORN, Welmeierstr. 9**  
Ecke Alte Schönhauser Str.

**Bei Rückgratverkrümmung glänzende Erfolge**  
Mit meinem berühmten regulierbaren **Redressions-Apparat - System Haas** - für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat wurde auf dem N. Ärzte-Kongress in Lemberg mit dem 1. Preis ausgezeichnet und erhielt auf der Internationalen Hygiene Ausstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille. Prospekt und technische Erläuterung kostenlos.  
**F. Menzel, Berlin W. 35, Schönbergstr. 11/12**



Der beste Zusatz zum Bohnenkaffee ist Kathreiners Malzkaffee. Je mehr Malzkaffee man zusetzt, umso bekömmlicher wird das Getränk. Der Gehalt macht's!

**Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Sühling, Amt Norden, 2438.  
**Achtung!**  
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalinspektoren unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.**  
Geschäftszeit täglich von 10<sup>1/2</sup> - 1 Uhr mittags.  
Repeten vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.  
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal blau und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist unzulässig und ist sofort anzugeben.

**Bruchbandagen**  
Leibbinden, Geradenhalter, Irrigatore, Spritzen etc., **Suspensoren**, sowie **alle Artikel z. Krankenpflege** empfiehlt **Fabrikant Pollmann**, jetzt Berlin N., Lehniger Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferung für Krankenkassen. Fachgem. Besorgung. **Berlin SO. 16.**

**Möbel-Angebot.**  
Solche Möbelwerke liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratezahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27. **Keine Kassierer. Größte Kulanz.**

**Das Universal-Fernglas**  
Ein billiges, aber gutes Glas!  
Die hervorragenden Eigenschaften unseres Spezial- für **Reise, Sport, Theater, Jagd** usw. gleich gut geeigneten Universalglases durch Worte zu beschreiben, erscheint uns ungenügend. Damit sich jedermann von der Ausstattung, den optischen Leistungen und der Preiswürdigkeit unseres Glases persönlich überzeugen kann, versenden wir **10 000 Stück kostenlos**  
5 Tage zur Probe mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen. Wir liefern es mit feidüchtligem Etui und 2 Um- 2 M. ohne Anhängeriem. für nur 39.50 M. gegen Monatsraten v. zahlung Verlangen Sie sofort Ansichtsendung. Postkarte genügt.  
**Bial & Freund, Postfach 120 215 Breslau II**  
Photogr. Apparate unter gleichen Vergünstigungen laut Katalog

**Otto Plehl Berlin N.**  
Kompl. Küche von 45-150 M.  
Wohnzimmer von 150 M an  
Eig. Schlafzimm. von 295 M an  
Wohnungs-Einrichtung **ab 230 M.**  
Speisezimmer von 320 M. an  
Garnituren 100-350 Mark  
Umbausola von 52 Mark an  
**Otto Plehl Möbel-Magazin Brunnenstrasse 120**  
Teilzahlg. jedem Kein Kredithaus  
Teilzahlg. ohne Preisaufschlag  
5% Extra-Rabatt auf kompl. Zimmer  
Brautleuten Vorzugsofferten